



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Qualitative Nachverdichtung in der wachsenden Metropole:
Innenentwicklung durch kooperative Planung“

verfasst von / submitted by

Michael Fleißl, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2017 / Vienna 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 857

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Raumforschung und Raumordnung

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Hans-Heinrich Blotevogel

Erklärung

Hiermit versichere ich,

- dass ich die vorliegende Masterarbeit selbstständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubter Hilfe bedient habe,
- dass ich dieses Masterarbeitsthema bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe
- und dass diese Arbeit mit der vom Begutachter beurteilten Arbeit vollständig übereinstimmt.

Wien, am.....

Die weibliche Form ist in dieser Masterarbeit der männlichen Form gleichgestellt. Lediglich aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde die männliche Form gewählt.

Danksagung

„Die Stadtplanung (...) ist wie eines dieser gefährlichen Gifte, die, richtig verabreicht, ein Heilmittel sind, aber verkehrt angewendet, fatale Folgen haben können“. (Fassbinder 1997: 26)

Zuallererst möchte ich mich bei meinen Eltern bedanken, die mir mit ihrer Beharrlichkeit überhaupt ermöglicht haben, diese Zeilen zu verfassen. Ihr Mut, den Glauben an meine akademische Laufbahn nie verloren zu haben, sucht seinesgleichen.

Bedanken möchte ich mich außerdem bei Univ. Prof. Dr. Hans-Heinrich Blotevogel, der mich durch mein Masterstudium begleitet hat und ein ebenso verlässlicher und kompetenter Vortragender wie Zuhörer ist. Ihm verdanke ich einerseits viel Wissen in dieser querschnittsorientierten Wissenschaft, andererseits auch das methodische Rüstzeug, um dieses Wissen in die Praxis umzusetzen.

Außerordentlicher Dank gebührt den drei Interviewpartnern, deren unkomplizierte und rasche Terminzusagen dabei geholfen haben, ihre Sicht der Dinge zu erklären und mein Hintergrundwissen aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu erweitern: Dipl. -Ing. Volkmar Pamer von der MA 21 in Wien; Dipl. -Ing. Elke Szalai, MA, Planung & Vielfalt aus Wr. Neustadt und Ing. Mag. Andrés Pena vom Standpunkt Liesing.

Mein größter Dank gebührt meiner Lebensgefährtin, die mit mir seit knapp 4 Jahren durch alle Höhen und Tiefen gegangen ist und unfreiwillig Teil meines Studiums wurde. Sie ist mir mit Rat und Tat zur Seite gestanden und hat stets versucht, mir den Rücken frei zu halten. Dafür gebührt ihr meine innigste Liebe.

Inhalt

1. Einleitung.....	9
1.1. Aufbau der Arbeit.....	9
1.2. Methodik	10
2. Die Stadt	11
2.1. Kriterien zur Abgrenzung von europäischen Städten	11
2.1.1. Regionaltypologie der OECD	12
2.1.2. Stadt-Land-Typologie der Europäischen Kommission.....	13
2.1.3. Grad der Urbanisierung der Europäischen Kommission	14
2.1.4. Statistik Austria.....	15
2.2. Die Europäische Stadt	16
2.3. Dichte	19
2.4. Flächenverbrauch.....	21
2.5. Nachverdichtung und Innenentwicklung	22
3. Planung und Planungsprozesse	25
3.1. Akteure	27
3.2. Kooperative Planung	29
3.2.1. Grundlegende Formen kooperativer Planungen.....	32
3.2.2. Verfahrensbegriffe in Wien	34
3.2.3. Kooperation vs. Konkurrenz	36
3.2.4. Vorteile	37
3.2.5. Nachteile.....	38
4. Das Untersuchungsgebiet Wien Liesing	39
4.1. Die historischen Ortskerne innerhalb der Bezirksgrenzen.....	41
4.1.1. Atzgersdorf	41
4.1.2. Erlaa.....	42
4.1.3. Inzersdorf.....	43
4.1.4. Liesing.....	44
4.1.5. Siebenhirten	45
4.2. Liesing als der 23. Wiener Gemeindebezirk	46
5. Fragestellung 1 – Konfliktpotential vor Ort.....	47
5.1. Selbstbilder vs. Fremdbilder	47
5.2. Legitimation und Legitimität	48
5.3. Bürgerbeteiligung und Information.....	49
6. Fragestellung 2 – Kooperative Planung vor Ort	51
6.1. Knüpfwerk Atzgersdorf.....	51

6.2. In der Wiesen Ost	52
6.3. Perspektive Liesing	54
6.3.1. Perspektivenwerkstatt	55
6.3.2. Strukturprojekt	57
6.3.3. Schwerpunkt Atzgersdorf	63
6.3.4. Schwerpunkt In der Wiesen	66
6.4. Quartiersmanagement Standpunkt Liesing.....	67
6.4.1. Aktuelle Projekte	69
6.4.2. SWOT-Analyse	70
6.4.3. Masterplan	71
7. Fragestellung 3 – Nutzung der vorhandenen Flächenpotentiale.....	73
7.1. Atzgersdorf	74
7.2. Erlaa	77
7.3. Inzersdorf.....	78
7.4. Liesing.....	79
7.5. Siebenhirten	80
8. Handlungsempfehlungen	80
8.1. Stadt Wien	81
8.2. Bezirk Liesing	83
8.3. Bürger	84
8.4. Fachöffentlichkeit.....	86
9. Zusammenfassung und Ausblick	86
10. Verzeichnisse	88
10.1. Abbildungsverzeichnis.....	88
10.2. Tabellenverzeichnis	88
10.3. Quellenverzeichnis	89
11. Anhang.....	93

„Es gibt nicht nur ein Liesing, es gibt viele Liesings.“ (MA 21 2015: 25)

1. Einleitung

Stadt und Planung ergänzen sich in ihrer modernen Ausprägung auf eine bestimmte Art und Weise, nämlich jener der Kooperation. Den von Selle als „gottgegebenen Anspruch“ der Stadtplaner hinter sich lassend, finden heutzutage in Wien kooperative Planungsprozesse statt, die im Frühjahr 2017 durch den Entwurf eines „Masterplans Partizipation“ ihren Höhepunkt finden. Dabei gibt es keineswegs das eine, immer und überall anwendbare Verfahren, sondern eine Fülle derselben alleine in der Stadt Wien. Ein Blick auf weltweit angewandte Verfahren würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Als Untersuchungsgebiet wurde der Bezirk Liesing ausgewählt, der anhand der Bezirksteile Atzgersdorf, Erlaa, Inzersdorf, Liesing und Siebenhirten auf kooperative Planungen (bzw. Planungsverfahren) in den letzten Jahren untersucht wurde. Gerade Liesing hat aufgrund des in Wien einsetzenden Bevölkerungswachstums und der heterogenen Bebauung, die von Einfamilienhäuser über Wohnhausanlagen, Gewerbe- und Industriegebiete und landwirtschaftlich genutzte Flächen reicht, hohes Potential, um Wachstum im Bestand für die nächsten Jahre zu garantieren. Diese Heterogenität führt allerdings dazu, dass kooperative Planung eine noch größere Notwendigkeit als in anderen Bezirken Wiens zu haben scheint, da divergierende Interessen auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden müssen.

1.1. Aufbau der Arbeit

Der Anspruch an die Gliederung dieser Arbeit ist, über die Begriffe Stadt, Dichte und Planung eine Annäherung an kooperative Planungsverfahren zu wagen. Dazu wird in Kapitel 2 aufgezeigt, wie unterschiedlich die Grenzen einer Stadt gezogen werden können und hierzu europäische und österreichische Beispiele herangezogen. Wien ist eine historisch gewachsene Stadt im europäischen Kontext und sollte auch als eine solche Stadt behandelt werden, bevor über Flächenverbrauch, Dichte und Nachverdichtung gesprochen werden kann. Nach einer knappen Aufstellung von moderner Stadtplanung werden kooperative Planungen anhand ihrer Ausprägungen in Wien, der Verfahrensfülle und den Vor- und Nachteilen behandelt (Kapitel 3). Darauf aufbauend wird in Kapitel 4 das Untersuchungsgebiet Wien/Liesing (bzw. die behandelten Bezirksteile) in historischer und aktueller Ausprägung vorgestellt, das den Rahmen für drei konkrete Fragestellungen liefern soll. Fragestellung 1 beschäftigt sich mit

dem Konfliktpotential zwischen der Politik, dem Verwaltungsapparat, den Bürgern und der Fachöffentlichkeit (Kapitel 5). Im folgenden Kapitel 6 werden vier Beispiele von kooperativer Planung – zwei in knapper, zwei in ausführlicherer Form – vorgestellt, die einen Blick in die jüngere Planungsgeschichte von Liesing werfen sollen. Die dritte Fragestellung – Nutzung der Flächenpotentiale vor Ort – berichtet vor allem über die sich über mehrere Monate erstreckenden Begehungen der Bezirksteile (Kapitel 7). Ausführliche Handlungsempfehlungen an die Stadt Wien, den Bezirk Liesing, die betroffenen Bürger vor Ort und die Fachöffentlichkeit werden in Kapitel 8 behandelt. Abgeschlossen wird die vorliegende Masterarbeit mit einer Zusammenfassung und einem Ausblick in die Zukunft.

1.2. Methodik

Grundlage dieser Masterarbeit ist eine umfassende Literaturrecherche, die einen Grundstock in den Bereichen (europäische) Stadt, Dichte, Nachverdichtung, Flächenverbrauch und Innenentwicklung gebildet hat. Dem folgten Publikationen über Planung und kooperative Planung sowohl in analoger als auch digitaler Form, deren Schwerpunkte sich nach und nach auf Wien verlagerten und durch eine im Internet von der Stadt Wien zur Verfügung gestellte Literatursammlung ergänzt wurde. In einer eher allgemeinen Herangehensweise an das Thema werden mehrere „Good-Practice-Beispiele“ im europäischen Raum vorgestellt, die bewusst keine „Best-Practice-Beispiele“ sein sollen, um den Blickwinkel über den Tellerrand hinaus zu erweitern.

Von großer Bedeutung waren mehrere Begehungen des Untersuchungsgebietes, die sich über mehrere Monate erstreckten und mittels einer Fotodokumentation in die Arbeit eingeflossen sind. Schwerpunkte waren dabei Atzgersdorf und Erlaa, die von Inzersdorf, Liesing und Siebenhirten ergänzt wurden. Zur Verfügung stehende Karten werden um eigene Gedankengänge ergänzt.

Zudem wurden drei Experteninterviews durchgeführt, die verschiedene Sichtweisen auf Wien/Liesing und kooperative Planungsprozesse ermöglichten. Der Zielgebietskoordinator für den 23. Bezirk, Dipl.-Ing. Volkmar Pamer, berichtete vor allem aus Sicht der Verwaltungsebene, während Dipl.-Ing. Elke Szalai, MA aus der Sicht des Wissensmanagements

heraus argumentierte. Ing. Mag. Andrés Pena, Quartiersmanager des Standpunkt Liesing, konnte seine Sicht der Dinge vor Ort in einem Betriebsgebiet erklären.

2. Die Stadt

Die erste zu klärende Frage, mit Bezug auf den Titel dieser Arbeit, ist jene nach dem Begriff der Stadt an sich, auf dem alle weiteren Termini wie Dichte, Nachverdichtung, Flächenverbrauch, Innenentwicklung und kooperative Planung aufbauen werden. Dabei scheint es zunächst unmöglich, eine alles umfassende Definition zu finden, da sich „das komplexe und dynamische System Stadt (...) einem einheitlichen Stadtbegriff, der in allen Kulturen und geschichtlichen Epochen gelten könnte“, entzieht (ARL 2005: 1048). Auch Hahn (2014: 19) spricht davon, dass „weder auf europäischer Ebene noch im zentraleuropäischen Raum (...) ein einheitlicher Begriff von Stadt“ existiere. Es scheint so, als ob der Versuch einer Definition von Stadt (und übrigens nachfolgend ebenso jener von Dichte) schon durch das Fehlen einheitlicher Begriffe mit verschiedensten Interpretationsmöglichkeiten deutlich erschwert wird. Jedoch sollte man „das Wesen der Stadt nicht mit gebautem Volumen und gestalteten Fassaden (...) verwechseln“ (ebenda: 11). Die Stadt würde daher „den Kristallisationspunkt (bilden), in dem unmittelbar und ungefiltert die Forderungen des Kollektivs auf die Anliegen des Individuums prallen“ (ebenda: 11). Außerdem würden sich Städte „seit jeher aufgrund von bestimmten menschlichen Bedürfnissen“ entwickeln (Husemann 2005: 4).

2.1. Kriterien zur Abgrenzung von europäischen Städten

Tabelle 1 zeigt beispielhaft einige ausgesuchte europäische Staaten, die anhand unterschiedlicher Kriterien wie der Einwohnerzahl oder der vorhandenen Arbeitsplätze jeweils eigene Ansätze zur Abgrenzung von Städten vornehmen, die sich, um etwa die Einwohnerzahl heranzuziehen, massiv in ihren Ausprägungen unterscheiden können (vgl. Perlik 2001: 62 – In: Hahn 2014: 19 f).

Staat	Grenzwerte	Begriffe
Deutschland	20.000 – 50.000	Einwohner
Italien	10.000	Einwohner
Schweiz	10.000	Einwohner
Frankreich	5.000	Arbeitsplätze

Tabelle 1: Abgrenzungen von Stadt im europäischen Raum, Quelle: Perlik 2001: 62 – In: Hahn 2014: 19f

In der Schweiz oder Italien kann bereits ab 10.000 Einwohnern von einer Stadt gesprochen werden, während in Deutschland mit 20.000 – 50.000 Einwohnern ein viel breiterer Ansatz gewählt wurde. Mistelbach in Niederösterreich wäre mit ca. 11.000 Einwohnern nach deutscher Definition keine Stadt, wohl aber in den beiden anderen genannten Ländern. Die für Frankreich genannten 5.000 Arbeitsplätze könnte diese österreichische Stadt ebenso nicht erreichen.

2.1.1. Regionaltypologie der OECD

Diese Typologie wird in der Statistik des ländlichen Raums mittels eines zweistufigen Verfahrens auf NUTS 3-Ebene verwendet. Dabei wird zwischen überwiegend ländlichen (mehr als 50 % der Einwohner in „ländlichen“ Regionen), intermediären (zwischen 15 – 50 % ebenda) und überwiegend städtischen Bereichen unterschieden (Anteil der „ländlichen“ Bevölkerung unter 15 % der Gesamtbevölkerung). Mittels dieser Typologie werden „urbane Zentren“ mit mindestens 200.000 bis 500.000 Einwohnern und einer Bevölkerungsdichte von mehr als 150 EW/km² angenommen (Statistik Austria 2016 b: 3).

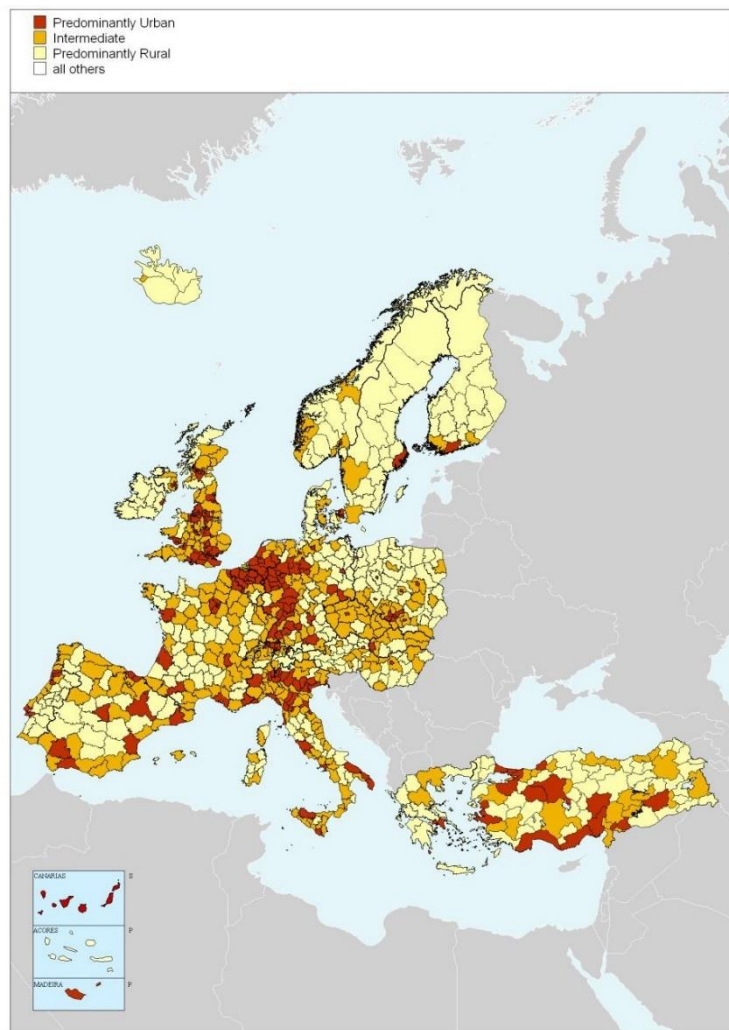


Abbildung 1: OECD Regional Typology: Europe, Quelle: Directorate for Public Governance and Territorial Development 2012:

8

Interessanterweise wäre nach dieser Definition nur Wien in seiner Stadtgrenze „Predominantly Urban“, während der Bereich um Bratislava die Vorortregionen der Stadt miteinschließt. Die Stadtregionen Linz, Salzburg oder Graz wären mit „Intermediate“ gekennzeichnet.

2.1.2. Stadt-Land-Typologie der Europäischen Kommission

Auch diese Typologie beruht auf einem zweistufigen Verfahren auf NUTS 3-Ebene und wird vorrangig für Veröffentlichungen der Europäischen Kommission herangezogen. Auf der Basis von 1 km Rasterzellen können städtische Ballungen (mehr als 300 EW/km² bei mindestens 5.000 EW) und ländliche Rasterzellen (alle Rasterzellen, die nicht als städtische Ballungen klassifiziert sind) unterschieden werden. Auf NUTS 3-Ebene erfolgt eine Unterteilung in

überwiegend ländliche (mehr als 50 % in „ländlichen Rasterzellen“), intermediäre (zwischen 20-50 % ebenda) und überwiegend städtische Bereiche (unter 20 % in „ländlichen Rasterzellen“ am Anteil der Gesamtbevölkerung) (Statistik Austria 2016 b: 4).

2.1.3. Grad der Urbanisierung der Europäischen Kommission

Zunächst zur Erhebung von Arbeitskräften entwickelt, orientiert sich der Grad der Urbanisierung an der Stadt-Land-Typologie (1 km Raster). Hoch verdichtete Ballungen umfassen mindestens 50.000 Einwohner mit mehr als 1.500 EW/km², im Gegensatz zu städtischen Ballungen mit mindestens 5.000 EW mit mehr als 300 EW/km². Ländliche Rasterzellen sind all jene Gebiete, die unter diesen Schwellenwerten liegen oder jeweils einen Schwellenwert erfüllen und einen anderen nicht erfüllen.

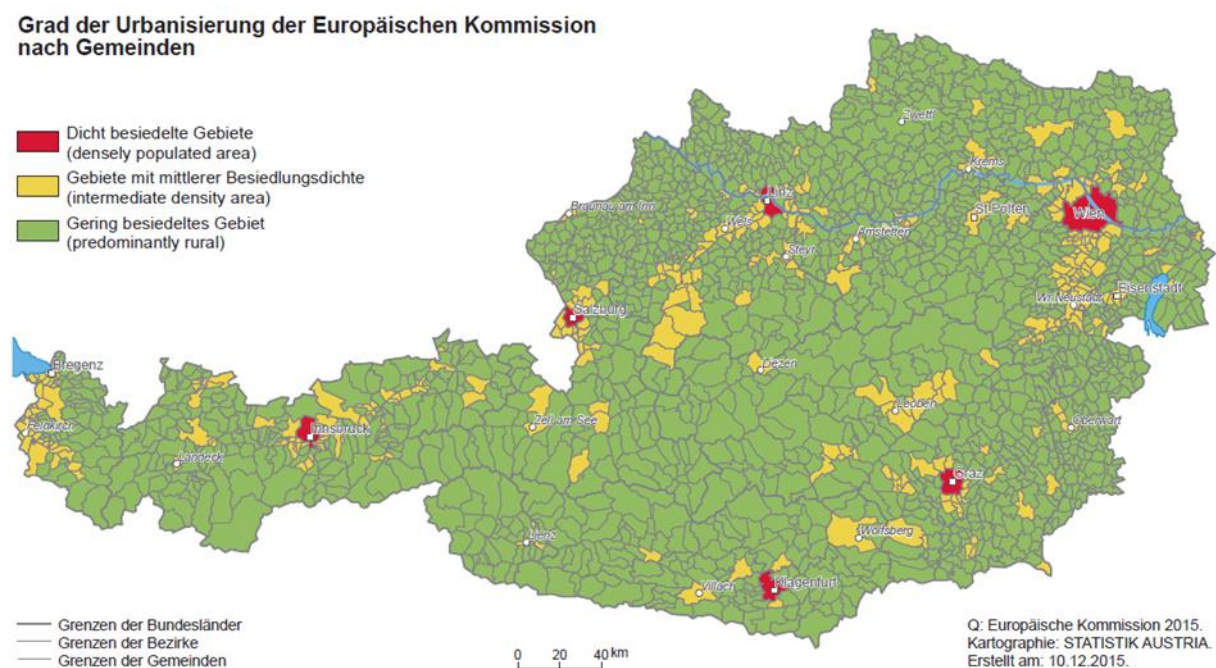


Abbildung 2: Grad der Urbanisierung der Europäischen Union nach Gemeinde, Quelle: http://www.statistik.at/web_de/klassifikationen/regionale_gliederungen/stadt_land/index.html, 13.03.2017, 10:27

Dicht besiedelte Gebiete sind alle Landeshauptstädte Österreichs mit Ausnahme von St. Pölten, Eisenstadt und Bregenz. Gebiete mit mittlerer Besiedlungsdichte sind etwa die Städte an der Südachse Wiens, Wr. Neustadt, Hollabrunn, Mistelbach oder Kapfenberg, Bruck an der Mur, Dornbirn oder Feldkirch.

2.1.4. Statistik Austria

In Österreich soll die Gliederung der Statistik Austria eine Ergänzung zu internationalen Typologien zeigen und vor allem auf eine verbesserte Darstellung der „Vielfältigkeit des ländlichen Raumes“ hinweisen (Statistik Austria 2016 a: 2). Hierbei wird das Stadt-Land-Kontinuum durch eine Klassifizierung in Raumtypen für das gesamte österreichische Staatsgebiet dargestellt, die sich in urbane Zentren (Stadtregionen), regionale Zentren, dem ländlichen Raum im Umland von Zentren (Außenzone) und dem ländlichen Raum untergliedern (ebenda: 2 f).

		Zentral (Erreichbarkeit SR < 30 min)	Intermediär (Erreichbarkeit SR ≥ 30 min und RZ < 20 min)	Peripher (Erreichbarkeit SR ≥ 30 min und RZ ≥ 20 min)
Städtisch/ Urban	SR100 Stadt- regionen	101 Urbane Großzentren		
		102 Urbane Mittelzentren		
		103 Urbane Kleinzentren		
Ländlich/ Rural	RZ200 Regionale Zentren	210	220	
	LR300 Ländlicher Raum im Umland von Zentren	310	320	330
	LR400 Ländlicher Raum	410	420	430

Tabelle 2: Klassen der Urban-Rural-Typologie, Quelle: Statistik Austria 2016a: 2

Als Klassifizierung werden Schwellenwerte herangezogen, die entweder aus der Literatur stammen, aus bereits bestehenden Klassifizierungen übernommen oder empirisch übermittelt werden (Statistik Austria 2016 a: 2 f). Urbane Zentren werden in einem weiteren Schritt in urbane Großzentren, Mittelzentren und Kleinzentren unterteilt. Bei einer Bevölkerung von mindestens 100.000 EW im Kernraum ist dies ein Großzentrum, bei weniger als 100.000, jedoch mindestens 30.000 EW ein Mittelzentrum und bei Unterschreitung dieser Schwellenwerte ein urbanes Kleinzentrum (ebenda: 7).

Urban-Rural-Typologie

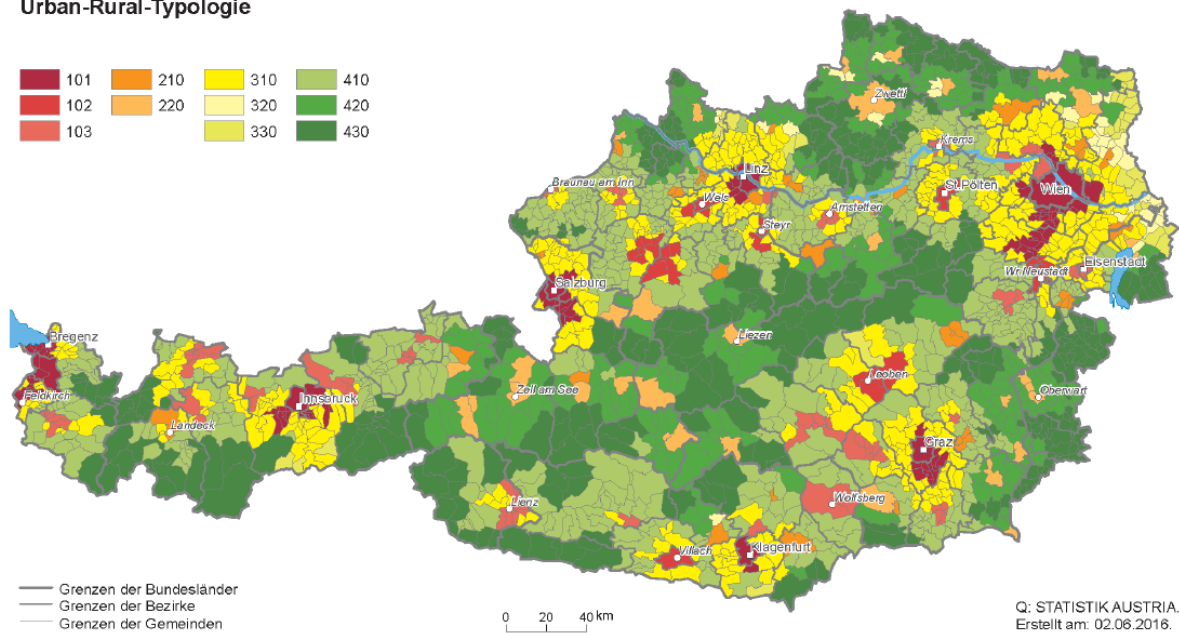
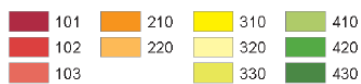


Abbildung 3: Ergebnis der Urban-Rural-Typologie, Quelle: Statistik Austria 2016a: 13

Die Urban-Rural-Typologie zeigt in Abbildung 3 das bisher differenzierteste Bild. Deutlich erkennbar ist Wien in seinen Stadtgrenzen, der sie umgebende „Speckgürtel“ und die Südachse Richtung Mödling, Baden und Wiener Neustadt. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den anderen Landeshauptstädten wie dem Grazer Becken, dem Inntal im Bereich Innsbruck oder der Bereich Bregenz und Dornbirn.

2.2. Die Europäische Stadt

Wenn von Wien mit dem Bezirk Liesing, von Kooperationen im städtischen Raum und Planung die Rede ist, dann muss auch auf die europäische Stadt Bezug genommen werden, die sowohl in der wissenschaftlichen Literatur als auch in der Alltagswelt, wenn auch unter verschiedenen Voraussetzungen, vorkommt. Einerseits definiert sie sich als eine geographische Bezeichnung in Abgrenzung zu Städten auf anderen Kontinenten, andererseits besitzt sie eine charakteristische, bauliche Gestalt; hinzukommen u.a. soziale Formationen und politische Organisationen, typische Bau- und Nutzungsstrukturen oder bauliche Merkmale (Koch 2010: 27; Frey & Koch 2011: 11).

Der bekannte Soziologe und Nationalökonom Max Weber sah aus einer ökologischen Sicht heraus die Stadt als „eine Ansiedlung, deren Insassen zum überwiegenden Teil von dem Ertrag

nicht landwirtschaftlichen, sondern gewerblichen oder händlerischen Erwerbs leben“ (Weber 2000: 1 – In: Koch 2009: 28). Außerdem definierte er fünf zentrale Merkmale, die aus seiner Sicht eine Stadtgemeinde (in europäischer Ausprägung) im Mittelalter ausmachten (Weber 2000: 11 – In Koch 2009: 29, verändert):

- Eine Befestigung des gesamten Stadtgebietes
- Ein Markt mit Tauschfunktion als Gegenpol zu Selbstversorgungskreisläufen
- Ein Gericht mit Rechtsprechung
- Eine soziale Organisation bzw. Verbände, die auf Freiwilligkeit beruhen und einen Gegenpol zu erblichen Zugehörigkeiten stellen
- Politische Autonomie und Selbstverwaltung mit Bürgerbeteiligung

Allerdings sollte richtigerweise an diesen zum Großteil sozialpolitisch orientierten Ansätzen Kritik in Form der nicht existierenden Beteiligung aller Bevölkerungsschichten gesetzt werden, da nur begünstigte Bürger (vgl. u.a. Bürgerrechte, Frauenrechte, Besitzstände) in diesen Genuss kamen (Koch 2009: 30 f). Auch Häußermann (2011: 23) spricht von einem „besonderen politischen Verband, einer besonderen Form der Organisation der Ökonomie und einer besonderen sozialen Formation“, wo „einzelne Individuen das Grundelement des Sozialen bildeten“.

Historisch setzte die neuere Geschichte der Stadt mit der Industrialisierung ein, die die alten Handelsstädte mit einem enormen Arbeitskräftezuwachs, einem Bauboom und neuen Regelwerken ablöste. Die enorm hohe, räumliche Dichte wurde durch die Notwendigkeit einer räumlichen Nähe zu den Absatzmärkten erreicht, die die Bevölkerungszahlen anwachsen ließen (Häußermann 2011: 24 – In: Frey & Koch: 2011). Häußermann formuliert weiter, „die Stadt war technisch und ökonomisch notwendig. Die Bedürfnisse der Bewohner waren nachrangig, sie mussten in den dichten Städten leben“ (ebenda). Damit einher traten Infrastrukturleistungen, die u.a. das Verkehrswesen und öffentliche Einrichtungen betrafen, und für massive bauliche Veränderungen sorgten. Erste kleinere Suburbanisierungsbewegungen vor dem 1. Weltkrieg wurden, unterbrochen durch zwei Weltkriege und den Wiederaufbau, von verstärkten Suburbanisierungswellen abgelöst, die eine zunehmende Verlagerung der Siedlungstätigkeit in das Umland der Städte auslöste. Die etwa hundert Jahre früher boomende Industrie wurde in den 1980er und 1990er Jahren durch eine Phase der Deindustrialisierung gekennzeichnet (ARL 2005: 1060 ff.), ebenso setzte ein

grundlegender Wandel von einer fordistisch geprägten Industriegesellschaft zu einer postindustriellen Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft ein (Frey & Koch 2011: 13). Die zentrifugalen Kräfte seien übermächtig, schreibt Häußermann, und macht dafür die Verlagerung der industriellen Massenproduktion, die wachsende Mobilisierung durch PKWs und des öffentlichen Verkehrs, eine veränderte räumliche Konzentration des Einzelhandels und verbesserte Kommunikationstechniken verantwortlich (Häußermann 2011: 27).

Mussten die Kernstädte im Rahmen der Suburbanisierungswellen alljährlich mit einer Abnahme bzw. Stagnation ihrer Wohnbevölkerung rechnen, so hat sich dieser Trend aktuell umgedreht; Städte wie Wien, aber auch viele andere europäische Großstädte, erhöhen wieder kontinuierlich ihre Einwohnerzahl. Hahn (2014: 13) spricht davon, „wir sind im Zeitalter der Stadt angekommen“. Die unbestreitbaren Qualitäten einer Stadt werden wieder vermehrt nachgefragt, womit auch eine Aufwertung von Innenräumen und Wohnstandorten einher geht (Häußermann 2011: 30).

Die von Weber geäußerten Aspekte einer (mittelalterlichen) europäischen Stadt treffen im 21. Jahrhundert klarerweise nicht mehr zu. Koch (2009: 45) schlägt deswegen, in Anlehnung an einen neo-weberianischen Ansatz, folgende idealtypische Merkmale der zeitgenössischen (europäischen) Stadt vor:

- Die Konstituierung der Stadt als kollektiver Akteur
- Ein umfassender kommunaler Handlungsspielraum innerhalb eines nationalen Wohlfahrtsstaats
- Eine spezifische, stark von öffentlichen Akteuren geprägte Steuerungsform, die ein Gegengewicht zu Marktmechanismen darstellt

Häußermann (2011: 29, gekürzt) attestiert der Stadt eine „umfassende Versorgungsapparatur, die Begegnungen mit dem Fremden und (...) Möglichkeit zu Differenz“ zulässt. Zudem spricht er, auf die erneute Aufwertung innerstädtischer Bereiche beziehend, von einer kulturellen und ökonomischen Bremse gegen eine fortschreitende soziale Entmischung der Stadt (veränderte Berufsbiographien, lebenslanges Lernen, Patchworkfamilien) (ebenda: 33).

Dabei durchläuft die europäische Stadt einen Wandel durch eine zunehmend unklare Abgrenzung zwischen staatlichem und privatem Handeln, die nicht nur durch eine regionale, nationale, europäische und globale Ebene (Koch 2010: 31) beeinflusst wird, sondern auch die

Frage aufwirft, „wer den Counterpart zur öffentlichen Hand übernimmt und von privater Seite ein Recht auf Stadt bzw. auf städtischen Grund und Boden hat und dieses auch ausübt“ (Frey & Koch 2011: 12). Ebenso wird die berechtigte Frage aufgeworfen, ob es sich „um die Beteiligung ausgewählter Eliten oder um das individuelle Recht aller Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner“ handelt (ebenda: 12). Klar ist jedenfalls ein „Rückgang der politischen Autonomie der Städte“ mit der „Einbeziehung privater Akteure sowie regionaler, nationaler oder europäischer Institutionen“ (ebenda: 15 f). Ebenso klar ist ein grundlegender Wandel der Stadtgesellschaft ebenso wie der Stadtplanung und Stadtpolitik (Frey & Koch 2011). Bevor die Sprache auf die verschiedenen Akteure der Stadtplanung kommt, sollen zunächst Begriffe wie Dichte, Flächenverbrauch und Nachverdichtung untersucht werden. Anknüpfend an die industrielle Revolution und ihre Auswirkungen auf die europäischen Städte lässt sich feststellen, dass „die industrielle Verstädterung (...) auf der städtischen Dichte auf (-baute)“ und diese steigerte (Häußermann 2011: 24).

2.3. Dichte

Der Begriff Dichte wird in vielerlei Hinsicht verwendet – im Alltag begegnet er den Lesern von Zeitungen oder Zeitschriften, in Diskussionen ist oft im positiven wie auch negativen Sinne von Dichte die Rede, ebenso widmen sich verschiedene Wissenschaften der Dichte. Eine zentrale Funktion der Stadt wird ihrer raumstrukturierenden Form der Verdichtung zugeschrieben, woraus sich die empirisch relevanten Fragen ergeben: Was, wie, wo und mit welchen Effekten wird verdichtet (vgl. Berking 2008 – In: Hahn 2014: 14)? Wie kann nun im Rahmen dieser Masterarbeit eine geeignete Definition für Dichte gefunden werden?

Wenn vorhin die Rede von der europäischen Stadt war, so ist Dichte mit dieser aufs Engste verbunden, da sie als zentraler Baustein ebenjener betrachtet werden kann und in Diskussionen im zweiten Drittel des 20. Jahrhunderts in Form von „Urbanität durch Dichte“ erörtert wurde (Hahn 2014: 23). Der Brückenschlag zwischen Bevölkerung und Dichte ist rasch geschlagen: erstmals wurde „Dichtigkeit“ Ende des 18. Jahrhunderts in einen geographischen Kontext gestellt, im 19. Jahrhundert erfolgten methodische Ausarbeitungen und Konstruktionen, bis die Bevölkerungsdichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die damit

untrennbar verbundene Politische Geographie sowie die Geopolitik dominierte (ebenda: 23 f). Zusammenfassend beschreibt Hahn diese Phase folgendermaßen (ebenda: 25):

„Die Auseinandersetzung mit der Dichte zu Beginn des 20. Jahrhunderts lässt sich daher auf drei grundlegende Argumentationslinien zurückführen: Einerseits wurde die aus der Antike stammende ‚Notwendigkeit der räumlichen Expansion aufgrund des Mangels an Raum‘ reproduziert. Zugleich wurde ein Wechselspiel zwischen Dichtigkeit und politischer Macht entworfen. Dieses führte in seiner Umkehrung letztendlich dazu, dass die Bevölkerungsdichte in der neuzeitlichen Geographie in einen naturdeterministischen Zusammenhang gesetzt wurde und führte im Weiteren zur Behauptung, dass ein kausaler Einfluss zwischen den natürlichen Begebenheiten und der Dichtigkeit existiert.“ Ab den 1960er Jahren wurden neue Ansätze diskutiert, was unter einer geringen oder hohen Bevölkerungsdichte zu verstehen sei (ebenda: 28). Erstmals waren durch einen gesellschaftlichen und politischen Wandel die Argumente einer aufgelockerten Stadt ins Hintertreffen geraten und eine hohe Dichte galt als Gebot der Stunde. Hahn sieht dadurch eine Grundlage für die „Stadt der kurzen Wege“ (ebenda: 31).

Husemann (2005: 13), die sich in ihrer Forschungsarbeit intensiv mit dem Instrumentarium der Dichte beschäftigt hat, schlägt folgende Aspekte vor, um eine Stadt der kurzen Wege bzw. eine kompakte Stadt zu thematisieren:

- Hohe bauliche Verdichtung (Bebauung von Brachflächen)
- Hohe Bevölkerungsdichte
- Nutzungsmischung (Wohnen, Arbeiten und Freizeit an einem Ort)
- Gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr (z.T. autofreie Zonen)

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist jener nach den positiven und negativen Eigenschaften von Dichte. Menschen neigen dazu, das Pendel in eine Richtung ausschlagen zu lassen, die mit persönlichen Erlebnissen verbunden sein können. Wenn „verdichtete Gebiete als unattraktiv bewertet (werden), führt dies zu einer Ghettoisierung derselben (...)“ (ebenda: 5). Auch Boeddinghaus (1969: 103 - In: Hahn 2014: 35) kritisierte schon in einer früheren Arbeit den „ursächlichen Zusammenhang zwischen hoher Bebauungsdichte und städtischen Mißständen“, da die „Wirkungen einer hohen Bebauungsdichte viel zu komplex (seien)“. Die zentralen Aussagen von Husemann (2005: 219) „zeigen, dass die Dichtewahrnehmung und -bewertung im Außenraum von sozialen Einflussfaktoren (Funktionalität eines Gebietes), von

physikalischen Einflussfaktoren (Straßenbreite, ruhender Verkehr, Begrünung, Gebäudehöhe, Anzahl der Geschosse, Lichtverhältnisse, Lärmbelästigung) und von personenbezogenen Einflussfaktoren (Eigentumsverhältnisse, Lärmempfindlichkeit, Verkehrstoleranz, Wichtigkeit von Grün) abhängen“.

Einflussfaktoren der Person	Physikalische Einflussfaktoren	Soziale Einflussfaktoren
Geschlecht	Höhe von Gebäuden	Anwesenheit und Verhalten von anderen Personen
Alter	Lärm	Art des Territoriums
Herkunft und Bezugssysteme	Verkehr	
Wohndauer	Grünflächen	
Andere Einflussfaktoren		

Tabelle 3: Einflussfaktoren der Dichtewahrnehmung, Quelle: Husemann 2005: 219

Innendichte bezieht sich damit auf den Innenraum einer Wohnung in räumlicher und sozialer Hinsicht, Außendichte auf den wohnungsnahen Außenraum (ebenda: 25). Lichtenberger (1991: 96 – In: Husemann 2005: 19) fordert die Festlegung von Obergrenzen, um negativen Effekten mit zunehmender Bebauungsdichte entgegenzuwirken. Klar ist jedenfalls, „die Rede von der Dichte ist immer ein Konstrukt (...) zum einen durch die jeweilige Definition des Begriffs, zum anderen durch die jeweilige Gebrauchspraxis“ (Hahn 2014: 12).

2.4. Flächenverbrauch

Stadtlandschaften haben in den vergangenen Jahrhunderten einen massiven Wandel erfahren, bei dem die historische Stadt „als einheitliches Lebenszentrum, die Arbeiten, Wohnen, Konsumieren und Erholen auf engem Raum miteinander (...)“ verbindet, nicht mehr existent ist (Linder 2015: 4). Verschiedenste räumliche, hier nicht näher ausgeführte „Wanderungen“ innerhalb und außerhalb der Stadtgebiete haben dazu geführt, dass diese Bereiche nur mehr schwer miteinander verbunden werden können (ebenda: 5). Nach wie vor ist die Rede von steigendem Flächenverbrauch, dem mindestens ebenso oft Bekenntnisse zur Eindämmung desselben folgen; es werden Maßnahmen und Zielerreichungsquoten vorgestellt, die in der Realität schwer durchführbar sind. Nach der ARL (2005: 315) sind „Flächen (...) die Grundlage jeglicher Stadt- und Regionalentwicklung, sie sind ortsgebunden und begrenzt“. Welche Gründe gibt es für einen weiterhin steigenden Flächenverbrauch? Die

ARL (ebenda: 308) macht dafür fehlende Präzisierungen der Leitvorstellungen, einen zögerlichen Einsatz vorhandener Steuerungsinstrumente, kommunale Egoismen und eine ungebremste Flächeninanspruchnahme verantwortlich. Das ÖREK (2011: 14) spricht, mit Bezug auf Österreichs Agglomerations- und Zentralräume, von einer wachsenden Flächeninanspruchnahme, die zu Knappheit von Flächen führen könne; eine geordnete Siedlungsentwicklung sei weiterhin dringlich geboten. Zudem hat die historische Stadt in den letzten Jahrhunderten ihren Status „als einheitliches Lebenszentrum, die Arbeiten, Wohnen, Konsumieren und Erholen auf engem Raum miteinander (...)“ verbindet, verloren (Linder 2015: 4). Demgegenüber hat Dichte seinen Schrecken in der städtebaulichen Leitdebatte zugunsten eines positiven Bildes verloren. Ihr wird „Urbanität“ ebenso wie „nachhaltige Stadtentwicklung“ zugeschrieben und sie sei ein Mittel gegen Flächenverbrauch, Energieverschwendung und Verkehrsaufwand (Rosskamm 2011: 321).

2.5. Nachverdichtung und Innenentwicklung

Wenn im vorangegangenen Kapitel von einer geordneten Siedlungsentwicklung die Rede ist, so müssen darauf aufbauend zwei Dinge angesprochen werden. Zunächst lässt sich unter Stadtentwicklung „alle Veränderungen der Stadtstruktur verstehen, z.B. solche des Bevölkerungsaufbaus, der Beschäftigtenstruktur, der Arbeitsplätze, der räumlichen Verteilung der Bevölkerung und der Flächennutzung“ (ARL 2005: 1059). Zudem verläuft Innenentwicklung diametral zu Außenentwicklung. Anstatt immer neue Siedlungsgebiete an den Stadträndern auszuweisen, die neben steigendem Flächenverbrauch erhöhte Infrastrukturkosten bedeuten, werden im Bestand Möglichkeiten zur Nachverdichtung gesucht, die die Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit, eine hohe Qualität des Wohn- und Arbeitsumfeldes und Nutzungsmischungen erhalten.

Es ist nicht zielführend, die gesamte Stadt mit Hochhäusern zu bebauen (was aus vielerlei Gründen gar nicht möglich wäre), sondern ein geeignetes Dichtemaß zu finden, um einen gemeinsamen Nenner zwischen den Stadtentwicklern und der Bevölkerung zu finden. Frey & Koch (2011: 15) sehen jedoch eine „hohe urbane Dichte mit historisch gewachsenen Strukturen“ mit Bezug auf die Vergangenheit und Gegenwart als charakteristisch für die europäische Stadt an. Oftmals geht es jedoch weniger um die sichtbare, bauliche Dichte einer Stadt, sondern vielmehr um „Fragen der sozialen Dichte, der sozialen Kohäsion“ (Häußermann

2011: 35). Die gegenwärtigen Tendenzen einer Innenentwicklung und Nachverdichtung als Reaktion auf Reurbanisierungstendenzen führt Brake (2011: 312) auf drei gesellschaftliche Entwicklungen zurück: den demographischen Wandel, Migration und Ressourcen-Schonung. Kunzmann (2011: 37) schreibt scharfzüngig davon, dass „die nächste Generation von gelangweilten, vereinsamten, kinderlosen und staumüden Stadtbürger (...) aus ihren suburbanen Gartenstadt-Residenzen (...) wieder in die Kernstädte“ zurückkehren. Mit welchen Konzepten eine qualitätsvolle und nachhaltige Innenentwicklung gelingen kann, zeigt ein „Wegweiser“ der Hochschule Luzern „für eine konsequente und qualitätsvolle Siedlungsentwicklung nach innen“ (Hochschule Luzern 2014: 5). Dabei werden kooperative Ansätze in Städten und Gemeinden anhand von vier zentralen Schritten beschrieben: Am Plan (Ermitteln von Möglichkeitsräumen), Am Ort (Ermitteln von Spielräumen), Am Runden Tisch (Aushandeln von Zielräumen) und Am Objekt (Handeln in Lösungsräumen).

	Am Plan Möglichkeits- räume	Am Ort Spielräume	Am Runden Tisch Zielräume	Am Objekt Lösungsräume
Was liegt vor?	Politischer Auftrag zur Innenentwicklung, Grundlagen	Erfassen der Akteure und ihrer Perspektiven, Feststellen ortsspezifischer Merkmale und Identitäten	Einigung auf einen gemeinsamen Prozess, Festlegen gemeinsamer Grundsätze zur Entwicklung und Gestaltung	Städtebauliche Detailkonzepte, formelle Planungen, konkrete Bauprojekte
Was sind die Ergebnisse?	Politisches Commitment, Potential-/Strategieplan	Akteursanalyse, Kommunikations-/Beteiligungskonzept, Katalog mit Ortsmerkmalen, Standortbewertung / Umgebungsanalyse	Prozessvereinbarung / Arbeitsprogramm, räumliche Zielvereinbarung / integraler Masterplan und Aktionsplan	
Wer ist beteiligt?	Gemeinde, Ortsplaner	Gemeinde, Ortsplaner, Eigentümer, Investoren / Bauträger, Nutzende, Experten	Gemeinde, Ortsplaner, Eigentümer, Investoren / Bauträger, Nutzende, Experten	Gemeinde, Ortsplaner, Eigentümer, Investoren / Bauträger, Experten
Wie geht man vor?	Analysen (Geo-/Daten, Pläne, Dokumente), Begehungen, Workshops	Plan- und Datenanalysen, Begehungen, Interviews, Workshops	Plan- und Datenanalysen, Begehungen, Interviews, Workshops	Studien, Wettbewerbe, Mediation / Verhandlungen, reguläre Planungs- und Bewilligungsverfahren

Tabelle 4: Qualitätsvolle Innenentwicklung von Städten und Gemeinden, Quelle: Eigendarstellung nach Hochschule Luzern 2014: 15 ff

Von Bedeutung ist zunächst die Wahrnehmung von Potentialflächen mittels eines Auftrags der Politik, die z.B. über Potentialhinweiskarten oder Strategieplänen erfolgen kann. Zielsetzungen, allfällige Herausforderungen, aber auch Lösungsstrategien und gewünschte Ergebnisse müssen in einem breit angelegten Prozess eruiert werden (ebenda: 15 ff). Vor Ort werden die Rahmenbedingungen ausgelotet: wer ist zu welchen Bedingungen mittels welcher Verantwortung beteiligt? Dabei werden sogenannte „Schlüsselakteure“ genannt, die unmittelbare, starke Interessen mit einem ausgeprägten Bezug zum Planungsareal aufweisen. Das können Eigentümer privater oder gemeinnütziger Natur, private oder gemeinnützige Investoren und Bauträger, Bewohner oder Anwohnende sein. Hinzu kommen Politik und Verwaltung sowie Experten aus verschiedensten Fachbereichen. Ihre Einflussmöglichkeiten erstrecken sich auf die Verfügbarkeit von Grundstücken (Eigentümer), die Standortwahl und Investitionskapital (Investoren/Bauträger), lokales Wissen und Erfahrungen (Betroffene), politische Entscheidungen, Planungs- und Beteiligungsverfahren (Politik und Verwaltung) und die Prozessgestaltung und –moderation (Experten) (ebenda: 27 ff). Der nächste Schritt sieht eine Einigung auf einen gemeinsamen Prozess und das Festlegen gemeinsamer Grundsätze zur Entwicklung des Gebiets vor: wie sieht die Ausgangslage aus? Was ist die genaue Aufgabenstellung? Wie sehen Organisation und Ablauf aus, wie sicher ist die Finanzierung? Welche Prinzipien werden hinsichtlich Kommunikation und Kooperation eingehalten? (ebenda: 41 ff). Am Objekt werden danach konkrete, städtebauliche Konzepte erarbeitet, die in konkrete Bauvorhaben münden sollen. Die Umsetzung soll dabei in möglichst enger Abstimmung zwischen den Akteuren erfolgen (ebenda: 55 ff).

Gemeindeentwicklung Fließ, Tirol

2012 initiierte die Gemeinde Fließ die Entwicklung eines Dorfzentrums mit einem Dorfplatz, der Wohnen, Arbeiten und Einkaufen vereinen sollte. Dazu wurde ein Architekturwettbewerb mit Bürgerbeteiligung angedacht, bei dem eine Jury zunächst fünf Architekturbüros auswählte, die drei Wochen vor Beginn Unterlagen zum Projekt ausgehändigt bekamen. Ein zweitägiges Hearing als sogenannte „Vor-Ort-Ideenwerkstatt“ umfasste Gespräche und Vorträge zwischen den Teams und der Bevölkerung, um Ideen zu generieren und Lösungen zu suchen. Eine eigene Website mit Gewinnspiel sollte vor allem Jugendliche an das Thema heranführen. Darauf aufbauend wurde ein Raumprogramm beschlossen und in den folgenden fünf Tagen von den Architekten Entwürfe entwickelt. Die Entscheidung, welches Projekt unter welchen Kriterien ausgewählt wurde, war ab dem 2. Tag der Jurysitzung öffentlich.

Abbildung 4: Best-Practice-Beispiel Fließ in Tirol, Quelle: MA21 2014b: 80f

3. Planung und Planungsprozesse

Unter Planung versteht die ARL (2005: 765) „ein systematisches Vorgehen zur Entwicklung von Handlungszielen und –abfolgen über einen längeren Zeitraum“. Von besonderer Bedeutung ist die Tatsache, womit Planung im Allgemeinen verbunden wird, nämlich mit „wissenschaftliche(r) Rationalität, Zukunftsorientierung, Steuerung und Koordination“ (ebenda). Im Laufe der letzten Jahrzehnte hat sich das Verständnis von Planung grundlegend gewandelt. Galt noch vor gar nicht allzu langer Zeit der Planer als „im Gottvater-Modell“ verankert (Selle 2016: 3/18), so hat sich dieses Verständnis inzwischen deutlich gewandelt. Einer Vertrauens- und Legitimationskrise von Verwaltung und Politik steht ein gestiegenes Interesse der Bevölkerung (oder zumindest eines Teiles derselben) gegenüber, die die Stadt

mitgestalten möchte (Bock 2015: 103). Frey & Koch (2011: 14) fassen den Wandel der Instrumente und Methoden der Stadtplanung wie folgt zusammen

1. Phase: Umfassender Steuerungsanspruch (top-down)
2. Phase: Zurückhaltendere Steuerungsabsicht (Leitbilder, Strategien)
3. Phase: Neue Instrumente und Verfahren, Governance-Modelle

Huning (2004: 48 ff) plädiert dafür, Planung einerseits als Herstellung und andererseits als gemeinsames Handeln zu interpretieren. Vor allem in den Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg, im Zuge des Wiederaufbaus, war herstellende Planung ein effektives Mittel, um diverse Bauvorhaben planmäßig fertigzustellen. Eine klare Abnahme von Konsens bei gleichzeitig gestiegenen Ansprüchen macht die Notwendigkeit von Planung als gemeinsames Handeln deutlich. Mit Bezug auf Hannah Arendt ist bei Huning von Pluralität, von unterschiedlichen Meinungen und Argumentationslinien, aber auch von differenten privaten, gruppenbezogenen und gesellschaftlichen Interessen die Rede. Ebenso notwendig ist der Faktor Wissen, der theoretisches Wissen, technisches Wissen und praktisches Erfahrungswissen beinhalten kann, wobei bei herstellender Planung eher ersteres, bei gemeinsamen Handeln eher letzteres von Bedeutung ist. Auch ohne die folgende Ausdifferenzierung von kooperativer Planung strebt räumliche Planung nach „Akzeptanz und Konsens in der Entscheidungsfindung, sei es im Rahmen des Gemeinwesen, sei es in Kooperation mit Berührten und Betroffenen – stets insistierend auf den Argumenten für das Langfristige. Insbesondere verweist sie auf die Rücksichtnahme zugunsten der kommenden Generationen“ (Lendi 2004: 33). In dieser Definition stecken einige interessante Aspekte von Planung – Akzeptanz von Entscheidungen, die Konsensfindung und eine langfristige Komponente, nämlich jene der nächsten Generation(en). Selbstverständlich gibt es auf diesem Feld gewaltige Auffassungsunterschiede nicht nur innerhalb der Politik, der Verwaltung oder den Bürgern untereinander, sondern auch innerhalb der Fachöffentlichkeit. Expertenwissen ist niemals zu gleichen Teilen auf alle Akteure aufgeteilt, sondern manifestiert sich in unterschiedlicher Intensität; gerne wird dem jeweils anderen fehlende Kompetenz vorgeworfen. Zwischen den Planern und Laien kann es – ebenso wie unter den privaten Akteuren – zu einem Machtgefälle kommen, dem nicht selten die Verweigerung demokratischer Legitimität bei (informellen) Verhandlungen folgen kann. Schließlich ist einer

der wohl größten möglichen Kritikpunkte an privaten Akteuren jener der fehlenden Sach- und Konsensorientiertheit zu Lasten von individuellen- oder Gruppeninteressen (Huning 2004: 45).

3.1. Akteure

Welche Akteure stehen bei Planungsprozessen im Vordergrund? Die Aufgabe einer aktiven Stadtpolitik ist es jedenfalls, für einen ausreichenden Zusammenhalt der Stadtgesellschaft zu sorgen (Häußermann 2011: 35), was mit Hilfe der wechselseitigen Verflechtung von Gesellschaft, Planung und Politik vonstattengeht (Frey & Koch 2011: 15). Keiner dieser Akteure kann heutzutage für sich allein die Deutungshoheit über Planung beanspruchen, vielmehr muss immer mehr Rücksicht auf andere Aspekte außerhalb des eigenen Wirkungsbereiches genommen werden. „Kooperationen, Verhandlungen und aufwendige Kommunikationsprozesse innerhalb städtischer Verwaltungen, zwischen privatwirtschaftlichen Akteuren und öffentlichen Akteuren, zwischen vielfältigen sozialen Gruppen der Zivilgesellschaft und kommunalen Stadtplanern – sie sind zu Kernelementen des Wandels der Stadtpolitik geworden“ (Frey & Koch 2011: 16). Im Sinne der ARL (2005: 761) stechen zwei Gruppen von Akteuren besonders hervor: planende Akteure, die aus den Planern selbst, den planenden Stellen und ihren Auftraggebern bestehen und öffentliche und private Akteure mit direktem Eingriff in den Planungsprozess. Besonders erstere gerieten dabei mit Organisationen, Gruppen und Personen in Konflikt. Die europäische Stadt ist schließlich auch „die Stadt der Bürgergesellschaften, die Stadt von mutigen und weitsichtigen, wie von ängstlichen und engstirnigen Bürgerinitiativen“ (Kunzmann 2011: 36). Linder (2015: 6) sieht hierbei eine Demokratiefrage: „Wer wird begünstigt, wer wird belastet und wer kann Forderungen durchsetzen? Wem ist wieviel Organisations- und Konfliktfähigkeit gegeben?“.

	Auftraggeberrolle	Mitgestalterrolle
Formen	Kooperative Planungsobjekte und Koplanungen durch: -Bürgerforen -Planungszellen -Mediationsverfahren -Lokale Agenda -Beiräte u.ä.	Mitgestaltung der Dienstleistungsproduktion durch: -Selbstverwaltung -Selbstorganisation und Selbsthilfe -Förderung individuellen Engagements
Ziele	-Verfahrensbeschleunigung -Besseres Steuerungswissen -Abbau von Entscheidungsblockaden -Höhere Akzeptanz	-Förderung der Selbststeuerung -Haushaltskonsolidierung durch Einbringung eigener Ressourcen -Höhere Akzeptanz
Zeitpunkt der Partizipation	Planungsphase	Überwiegend Implementationsphase
Theoretische Konzeption	Verhandlungsdemokratie	Kommunitarismus

Tabelle 5: Formen kooperativer Demokratie, Quelle: Bogumil 2002 – In: Haus 2002: 157

Politische Systeme weisen mehrere Konfliktregelungsverfahren auf, die in der Regel aus Mischformen bestehen und bei denen ein Widerspruch zwischen Konkurrenzverhalten und Gemeinwohlorientierung bestehen kann (Bogumil 2002: 153). Tabelle 5 zeigt kooperative Formen der Demokratie aus Sicht einer Auftraggeberrolle, bei der dialogisch orientierte Formen der Bürgerbeteiligung an Planungs- und Entscheidungsprozessen im Mittelpunkt stehen und einer Mitgestalterrolle, die aus Selbstverwaltungen, Selbstorganisationen in Vereinen, Clubs und Initiativen sowie individuellen Engagements bestehen können. Verschiedene kooperative Formen haben selbstverständlich ihre Stärken und Schwächen und werden gerade deshalb miteinander kombiniert (Bogumil 2002: 157 ff). Eine wesentliche Ursache für das Auftreten dieser kooperativen Elemente ist aus Sicht Bogumils das „gleichzeitige Auftreten von Finanzierungs-, Steuerungs- und Legitimationsproblemen“ (ebenda: 160). Zu betonen sind die ergänzende Formen von kooperativen Demokratieformen, die keine bestehenden Formen repräsentativer Willensbildung ersetzen, sondern für eine Verknüpfung hoheitlich-hierarchischer und kooperativer Formen sorgen (ebenda: 160 f.).

Eines sollte jedenfalls klar sein: Flächennutzungen durch urbane Politik sind ein Feld von Konflikt- und Konkurrenzsituationen (Linder 2015: 9). Einerseits wird von immer mehr Bürgerbeteiligung, Volksentscheiden, „die Stadt gehört uns“ gesprochen, andererseits wird über ausufernde Partizipation geklagt (Hummel 2015: 33). Kann in großen Städten von einer sogenannten „Atomisierung der Gesellschaft“ (Fassbinder 1997: 21) gesprochen werden? Die Anzahl der sozialen Kontakte ist jedenfalls nicht geringer als jener in ländlicheren Gemeinden,

eher kann von einer fehlenden Solidarität zwischen Menschen gesprochen werden, die sich auf den Leistungen des Staates im 20. und 21. Jahrhundert ausgeruht haben und Nachbarschaftshilfe bzw. Solidarität hintanstellen (ebenda). Demgegenüber steht eine – damals noch wahrgenommene Entwicklung und heutige Realität – multikulturelle Gesellschaft gegenüber, die eine große Diversität ausstrahlt (ebenda: 22). Interessant ist jedenfalls der Spagat zwischen einer wachsenden Pluriformität mit Spannungen und Gegensätzen und einem symbiotischen Nebeneinander unterschiedlicher Lebensphilosophien (ebenda: 22).

3.2. Kooperative Planung

Eine Stadt wird von unterschiedlichen sozialen Gruppen bevölkert, deren Interessenslagen widersprüchlich sind: welche Formen, Methoden und Ziele der Partizipation sind wünschenswert (Frey & Koch 2011: 16)? Was kann unter kooperativer Planung verstanden werden und welche Schritte waren auf der Abkehr von reinen „top-down“ Prozessen nötig? Im Werkstattbericht Nr. 142 der MA 21 (2014 b: 23) werden unter kooperativen Verfahren „Planungsverfahren verstanden, an denen – im Unterschied zur Planung durch ein einzelnes Architekturbüro – mehrere Planerinnen oder Planungsteams teilnehmen, die allerdings – im Unterschied zum Wettbewerb, zumindest teilweise beim Planen miteinander und mit den Stakeholdern des jeweiligen Projektes kooperieren“. Damit ist in knapper Form der Standard heutiger fortschrittlicher Stadtplanung und – entwicklung dargelegt, der auf „akteursübergreifender“ und „multilateraler Kommunikation“ beruht (Selle 2016: 2/18). Um den Wald vor lauter Bäumen nicht aus den Augen zu verlieren, ist es jedoch notwendig, auf lokalspezifische Ausprägungen Rücksicht zu nehmen. Le Galès (2002 – In: Wukovitsch 2011: 86) macht dafür die „Abhängigkeit von institutionellen Pfaden, (die) Balance politischer Kräfte und (den) strukturellen Kontext“ verantwortlich, in dem das Untersuchungsgebiet besteht. Es reicht mitnichten, einen Oberbegriff für das vielfältige Geflecht an Akteuren und Städten zu verwenden, der unterschiedliche Beteiligungsformen verdeutlichen soll. Um den Ist-Zustand der aktuellen kooperativen Verfahren überhaupt erreichen zu können, war ein „Wandel der professionellen Selbst- und Rollenbilder und (ein) Paradigmenwechsel in den Planungstheorien“ nötig (Selle 2016: 1/18). Selle spricht hierbei von einem Wandel „vom Monolog der Fachleute zur Kommunikation der Vielen“ (ebenda). Im 19. und 20. Jahrhundert hatte sich der Eindruck verfestigt, Städtebauer und Architekten seien dazu auserkoren, die

Stadt zu planen und würden die Zusammenhänge und Hintergründe bestmöglich verstehen (vgl. Selle 2016: 2/18 f.). Dieses Selbstverständnis entstand (auch) aus Kritik am rasanten, unkontrollierten Stadtwachstum der Gründerzeit und den Lebensverhältnissen in den alten Stadtkernen. Die Einbindung von vor Ort lebenden Menschen war gar nicht oder selten vorgesehen, die Zukunft war sowohl vorhersagbar als auch alle Fachplanungen widerspruchsfrei und Politik und fachliche Planungen hatten getrennt zu werden (ebenda: 19). Fast schon tragisch liest sich die Feststellung von Cornelius Gurlitt, man müsse sich der „praktischen Leute erwehren, die alles nach dem Augenblicksbedürfnis betreiben“ (Albers 1993 – In: Selle 2016: 3/18 f.). Die Planung in den einzelnen Ressorts war kein Miteinander, sondern vielfach ein Nebeneinander und manchmal sogar ein Gegeneinander. Ein großer, allumfassender Plan wurde so oft bearbeitet oder abgeändert, bis dessen Ziele nicht mehr ganzheitlich verwirklicht werden konnten. Stadtentwicklung wird aber (heute) als Querschnittsmaterie verstanden, die ein „integriertes“ Handeln als Standardanforderung an die Akteure stellt. Auch genügt es nicht, diese Integration nur dann aufflammen zu lassen, wenn wichtige Entscheidungen anstehen oder Konzepte erstellt werden; sie ist vielmehr als Daueraufgabe anzusehen (Selle 2016: 5/18).

Kabelwerk Wien

Nach dem Scheitern eines Projektes am damaligen Flugfeld Aspern wurde in Wien anhand eines Areals an der U6 eine Bebauung eines noch genutzten Areals geplant. Dazu waren drei ganztägige Treffen mit jeweils vier Wochen Abstand eingeplant, deren Resultate in zwei Ausstellungen präsentiert wurden. Nachdem das Areal ein Jahr später zur Verfügung stand, wurden 1998 ein Bürgerbeteiligungsprozess und ein städtebaulicher Ideenwettbewerb initiiert. Zweifel an der Umsetzbarkeit des Siegerprojekts führten zu einem weiteren Planungsprozess mit einer Arbeitsgruppe (Stadtverwaltung, Architekten, Bauträger), die über insgesamt zwei Jahre zumindest 14-tägige Treffen abhielt und einer städtebaulichen Begleitgruppe (Magistrat, Politik, Anrainer, Architekten, Verkehrsplaner, Kulturgruppe) mit vier Treffen über jeweils zwei Tage. Erfolgreich umgesetzt wurde ein Leitkonzept, aus dem ein Leitprojekt mit darauf aufbauender Widmung des Areals folgte. Begleitend wurde ein Rechtsworkshop forciert, der sich der Umsetzbarkeit der Ideen widmete. Von Bedeutung waren eine Vielfalt von Wohntypologien mit den dazu gehörigen Freiräumen, ein Gebietsmanagement und ein Zusammenschluss der Bauträger für die über die bindenden Widmungen hinausgehenden Aspekte.

Abbildung 5: Best-Practice-Beispiel Kabelwerk Wien, Quelle: MA21 2014b: 75 ff

Die Leistungsfähigkeit bürgerlicher Partizipation hängt dabei auf entscheidende Weise von einem Kräftegleichgewicht zwischen den Akteuren ab: einerseits von der Fähigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen, „ihre“ Partizipation institutionell zu festigen und durchzusetzen und andererseits dem Widerstand politischer Akteure, sie zu gewährleisten. Von Bedeutung ist es, bei dieser Ausbalancierung auf die Überwindung von Vorurteilen zu achten. Politiker sollten ebenso wenig Partizipation zu sehr für ihre eigenen Vorteile nutzen als auch Bürger einer Luftblase an Erwartungen nachhängen, wenn weniger Positionen als erwartet durchgesetzt werden können (Linder 2015: 12). Daran knüpft nahtlos der Begriff der Gerechtigkeit an: was bedeutet denn nun eine gerechte Entscheidungsfindung in Städten?

Menschen „zielen darauf ab, einen allgemein annehmbaren Ausgleich zwischen divergierenden Interessen der Beteiligten unter unparteiischer Betrachtung herbeizuführen“ (Stelzer 2015: 16). Bei Entscheidungsfindungsprozessen herrscht die Ansicht, wer betroffen ist, sollte entweder gehört werden oder mitentscheiden dürfen. Eine ständige direkte Mitbestimmung wäre in der Praxis jedoch sowohl für das politische System als auch für die Entscheidungsberechtigten eine große Belastung, weswegen oft Repräsentanten als Stellvertreter gewählt werden. Mehr Beteiligung muss nicht unbedingt zu mehr Demokratie und besseren Ergebnissen führen; die Qualität von Beteiligungsprozessen ist vor allem mit innovativen Formen lokaler Kooperation verbunden. Eine Differenzierung kann über unterschiedliche Partizipationsformen, verschiedene Bereiche, der Reichweite oder Funktionen und Zielen erfolgen (Stelzer 2015: 16 ff; Bock 2015: 112). Partizipation wird demnach als „politische Beteiligung möglichst vieler über möglichst Vieles und zwar im Sinne von Teilnehmen, Teilhaben und seinen-Teil-geben einerseits und innere Anteilnahme am Geschehen und Schicksal des Gemeinwesens andererseits“ verstanden (Stelzer 2015: 18).

3.2.1. Grundlegende Formen kooperativer Planungen

Allen Ausprägungen gemeinsam ist die erfolgreiche Lösung einer Problemstellung auf Mikro-, Meso- oder Makroebene, die in den meisten Fällen von einer Steuerungsgruppe, der Verfahrensorganisation, Planungsteams und dem Entscheidungsgremium versucht wird.

	Kooperatives Verfahren: Fall 1	Kooperatives Verfahren: Fall 2
Charakteristik	Erarbeitung eines gemeinsamen Konzepts mit kooperativer Entwicklung	Teilweise konkurrierende Planung mit kooperativem Austausch
Rollenverteilung	1. Steuerungsgruppe 2. Verfahrensorganisation 3. Planungsteams	1. Steuerungsgruppe 2. Verfahrensorganisation 3. Planungsteams 4. Entscheidungsgremium
Kooperationsprozesse	Gemeinsame Workshops mit engem, zeitlichem Rahmen	Workshops mit größeren Zeitabständen

Tabelle 6: Grundlegende Formen kooperativer Planung; Quelle: MA21 2014b: 24 f.

Die Festlegung der Rahmenbedingungen, die Steuerung der Verfahren und Beteiligung an den Entscheidungsverfahren obliegt der Steuerungsgruppe, die von der Verfahrensorganisation in der Moderation, Steuerung und (teilweise) an der Entscheidungsfindung unterstützt wird. Planungsteams übernehmen hauptsächlich die Planungsarbeit, wenngleich sie auch eine Rolle

in der Entscheidung haben können; zudem kann ein Entscheidungsgremium eine intensive Rolle als Moderator, Entscheider und Empfehler haben (MA 21 2014 b: 24). In welcher Intensität diese unterschiedlichen Rollen interpretiert werden können, zeigt die Abbildung 6, bei der fünf verschiedene Fälle dargestellt sind, die Steuerung bzw. Organisation, Entscheidung und Planung beinhalten. Fallbeispiel 1 geht von einer erhöhten Arbeitsleistung einer Steuerungsgruppe aus, Fall 2 stellt die Verfahrensorganisation in den Mittelpunkt und Fall 3 lässt die Planungsteams im Verlaufsprozess dominieren. Die Darstellung mittels schwarzer bzw. weißer Punkte zeigt zu den jeweiligen Beispielen die abnehmende oder zunehmende Wichtigkeit der Rollen im Planungsprozess. Kommt zu den bis jetzt genannten Rollen noch ein Gremium oder andere Rollen hinzu, zeigen sich veränderte Rollenbilder zu den ersten drei, klassischen Archetypen.

	Steuerung/ Organisation	Entscheidung im Verfahren	Planung	Rollen
1.	● ● ●	○ – ● ●	○	Steuerungs- gruppe
2.	● ● ●	○ – ● ●	○ – ● ●	Verfahrens- organisation
3.	●	○ – ● ●	● ● ●	Planungs- teams
4.	● – ● ●	● ● ●	○ – ●	Gremium
5.	○	○ – ●	● – ● ● ●	andere (exter- ne Experten, Anrainer)

Abbildung 6: Unterschiedliche Rollenverständnisse, Quelle: MA21 2014b: 101

Dem Irrtum, es gebe das eine bahnbrechende kooperative Verfahren, entsagt derjenige, der sich näher mit Beteiligungsverfahren beschäftigt. Selle (2016: 8/18) vermerkt dazu: „Kooperation und Kommunikation sind also heute für das Verhältnis von Grundeigentümern, Investoren und öffentlichen Akteuren durchweg kennzeichnend. Allerdings in sehr verschiedenen Formen und mit sehr unterschiedlichen Gewichtsverteilungen zwischen den Beteiligten“. Auch der Werkstattbericht der MA 21 (2014 b: 24 f) spricht explizit einen Unterschied zum deutschen Raum an, bei denen Kooperation nicht direkt zwischen Planungsteams stattfindet. In Wien wird demnach mit Hilfe des Begriffs der kooperativen Verfahren eine Fülle an unterschiedlichen Verfahren zusammengefasst, die unterschiedliche Herangehensweisen zur Zielerreichung aufweisen.

3.2.2. Verfahrensbegriffe in Wien

Lernende Verfahren sind ein Gegenpol zu Wettbewerben. Wird bei diesen mit einem mehr oder weniger identen Wissensstand eine Aufgabe angegangen, so erfolgt zwar ein parallel laufender Lernprozess, der aber durch die Kür eines Siegerprojektes wieder verloren gehen kann. Demgegenüber werden gemeinsame Wissensfortschritte im Austausch erzielt, die viel schwerer verloren gehen können (MA 21 2014 b: 25 f). Von noch größerer Bedeutung sind Kooperation und Dialog bei **Dialogverfahren**, bei denen verschiedenste Akteure zusammengeführt werden, um sich über ihren Wissensstand auszutauschen. Statt Konkurrenzdenken werden gemeinsame Standpunkte erörtert, Fortschritte generiert und öffentliche Auseinandersetzungen mit der Materie gesucht (ebenda: 26 f). Ein Meilenstein ist der Einbezug von Bürgern bei **Wettbewerbsverfahren** (z.B. Perspektive Liesing im Untersuchungsgebiet), die mit Planungsteams, Experten, Verwaltung und Eigentümern zusammenarbeiten. Klare Rahmenbedingungen mit einem begrenzten Zeithorizont und die Erkenntnis widersprüchlicher Interessen treffen auf Bürger und Politiker, die ihre Ansichten darlegen sowie Planer, die Moderator und/oder Berater sind. Entscheidend ist auch die Nähe zum Planungsgebiet, etwa am Beispiel der Sargfabrik Atzgersdorf im Bezirk Liesing (ebenda: 27).

Vorteile	
Lernendes Verfahren	Gemeinsames Lernen mit Austausch, konsensualer Wissensstand
Dialogverfahren	Kooperation, Dialektik & Dialog
Werkstattverfahren	Einbezug der Bürger, Höchstmaß an Transparenz, räumliche Nähe mit kurzen Rückkopplungszyklen
Testplanungsverfahren	Klärung von Rahmenbedingungen und offenen Fragen
Charrette	Planungsworkshop vor Ort & öffentlich, „offenes Büro“
Implementation Lab	Workshop durch internationale, nationale und lokale Experten zu einem bestimmten Planungsgebiet
Integrierte Stadtentwicklung	Ressort- und akteursübergreifende, nachhaltige Vorgangsweise
ExpertInnenverfahren	(Mehrere) Planer arbeiten (meist) unkooperativ an einem Projekt
Wettbewerblicher Dialog	1. Diskussion von Lösungen 2. Beauftragung eines Bewerbers 3. Ausarbeitung von Lösungen

Tabelle 7: Verfahrensbezeichnungen von „kooperativen Verfahren“ in Wien, Quelle: MA21 2014b: 25 ff

Testplanungsverfahren erstrecken sich über einen weitaus größeren Zeitraum und umfassen einen Werkstattbericht, eine Zwischen- und eine Endpräsentation, zwischen denen jeweils mehrere Wochen liegen können. Die Politik beauftragt das Verfahren, Experten leiten und beaufsichtigen dieses und mehrere Planungsteams arbeiten in Konkurrenz zueinander Konzepte aus, die jedoch die gleiche grundlegende Aufgabenstellung haben. Abschließend entwickeln Experten aus allen Entwürfen ihre Empfehlungen und Lösungsansätze. Ein besonderes Anliegen von Testplanungsverfahren sind komplizierte planerische Probleme, für die Ideen und Problemlösungen gesucht werden (MA 21 2014 b: 27 f.). Ein öffentlich vor Ort agierender Workshop ist die **Charette**, bei der ca. eine Woche lang Interessierte den Planern ihre eigenen Ideen näher bringen und abends nach den Planungen mitdiskutieren können (ebenda: 28). Das Prinzip des **Implementation Lab** ist es, internationale, nationale und lokale Experten für gewöhnlich 3 Tage vor Ort an einer klar definierten Aufgabenstellung arbeiten zu lassen, die Besichtigungen und Präsentationen, strategische Diskussionen und ausgearbeitete Empfehlungen umfasst (ebenda: 29). **Integrierte Stadtentwicklung** versucht im Sinne nachhaltiger Stadtentwicklung die Zusammenarbeit verschiedener Ressorts und Handlungsfelder und löst sich von dem einseitigen Denken, fehlende Kooperation könne in einzelnen Ressorts wettgemacht werden (ebenda: 29). Ein Unterschied zu Wettbewerbsverfahren ist das **Expertenverfahren**, bei dem namentlich genannte Experten Lösungsvorschläge erarbeiten, die jedoch untereinander nicht kooperativ agieren (ebenda: 29 f.). Der **wettbewerbliche Dialog** sieht schließlich einen Dialog zwischen den Auftraggebern und den Bewerbern vor, bei dem zunächst eine mögliche Lösung diskutiert wird und erst dann ein Bewerber ausgewählt wird, um diese Lösungsansätze zu erarbeiten und auszuformulieren. Aus kooperativer Sicht wird jedoch zuerst ein Bewerber beauftragt, mit dem dann gemeinsam Lösungen gesucht werden (ebenda: 30).

„Wiener Modell“ zur Planung des Donaubereichs

Eines der bekanntesten, älteren Modelle dürfte das „Wiener Modell“ zur Planung des Donaubereichs in den 1970er Jahren sein, das zum Vorbild für weitere Verfahren im deutschsprachigen Raum wurde. Die Grundidee war ein städtebaulicher Wettbewerb 1973, bei dem fünf Projekte weiterverfolgt werden sollten. Diese Projekte wurden zu fünf Gruppen eines Planungsteams ausgebaut, die sich innerhalb der nächsten drei Jahre zu sieben Treffen zwischen 4 – 6 Tagen treffen sollten. Zwischen Jury, Planungsteam, Projektleitstelle und Verwaltung wurden sowohl konkurrierende als auch kooperative Elemente eingesetzt, die auch Testprojekte mit alternativen Lösungsvorschlägen beinhalteten. Besonders innovativ waren eine interdisziplinäre Jury, eine Projektleitstelle, kooperative Elemente im Planungsprozess und der Einbezug von Experten. Schwierigkeiten gab es allerdings in der Strukturierung des Workflows, der Nutzung von vielfältigen Informations- und Kommunikationskanälen und der Einbettung in das bestehende System der Verwaltung.

Abbildung 7: Best-Practice-Beispiel „Wiener Modell“, Quelle: MA21 2014b: 72f

3.2.3. Kooperation vs. Konkurrenz

Selbst im Rahmen kooperativer Verfahren kann eine genau definierte Konkurrenz belebend wirken. Beispielsweise können konkurrierende Planungsteams immer aufs Neue zusammengesetzt werden, die vormals in Konkurrenz zueinander standen. Wichtig ist, dass das „Resultat niemals das Werk eines einzelnen Architekten allein sein kann“ (MA 21 2014 b: 91). Ideal wäre eine über alle Beteiligten reichende Identifizierung mit dem Projekt. Schmitz-Stattfeld (2016: 29 – In: Selle 2016: 7/18) verweist darauf, dass Dialogverfahren keine Architekturwettbewerbe mit einer fragwürdigen Verwertung der Ergebnisse seien, sondern Konflikte vorab durch verschiedene Akteursgruppen auch im öffentlichen Interesse abgeklärt werden können. Die vorhin vorgestellten Verfahrenstypen in Wien werden unter den Aspekten der Kooperation vs. Konkurrenz in vier Bereiche eingeteilt, die von hoher

Kooperation bei gleichzeitig geringer Konkurrenz zu wenig kooperativen, dafür stark konkurrierenden Verfahrenstypen reichen. Unter den evaluierten Beispielen sind im Sinne des Untersuchungsgebietes vor allem Atzgersdorf und In der Wiesen Ost interessant, da diese, abgesehen von ihrer stadtplanerischen Bedeutung, eine hohe Kooperation bei geringer Konkurrenz aufweisen.

	kooperativ	konkurrierend	Verfahrenstyp	Evaluierte Beispiele
1.	● ● ●	●	Klausurplanung und Ähnliche	Atzgersdorf, In der Wiesen Ost, Dittelgasse, Scherbangasse, Franzosengraben
2.	● ● ●	● ●	Testplanungsverfahren	Hauptbahnhof, Eislaufverein, Ödenburger Straße
3.	● ●	● ●	Testplanungsverfahren mit Nachbearbeitung	Neu-Leopoldau
4.	●	● ● ●	kooperatives Wettbewerbsverfahren	(in Wien zuletzt beim Verfahren Flugfeld Aspern angewandt, siehe S. 74)

Abbildung 8: Kooperation vs. Konkurrenz, Quelle: MA21 2014b: 92

3.2.4. Vorteile

Der große Pluspunkt schlechthin sind jene Lernprozesse, die entscheidend zum Gelingen von kooperativen Verfahren beitragen. Durch einen breit angelegten Diskussionsprozess mit der Möglichkeit des Wissensaustausches kommt es während des gesamten Verlaufs permanent zu Lernprozessen. Drohender Wissensverlust, der in nahezu allen Disziplinen bekannt sein dürfte, wird gleichfalls durch neuen Input bei gleichzeitiger Sicherung des vorhandenen Wissens minimiert. Gerade jene Diskussionen und Interessenausgleiche, sei es zwischen Politik, Verwaltung, Experten oder der Bevölkerung, sorgen für eine integrale Bedeutung dieser lernenden Verfahren, die meist auch vor Ort durchgeführt werden (MA 21 2014 b: 104).

Weit entfernt von jenen absolutistisch erfolgten Planungen nach dem 2. Weltkrieg, die Selle (2016) in seinem Artikel so treffend charakterisiert, sind die großen Beteiligungs- und Informationsfelder, die kooperative Verfahren jeglicher Form bieten. Diese können von Veranstaltungen vor Ort oder stadtweiten Foren bis hin zu Publikationen in gedruckter oder

digitaler Form reichen und bieten ein nahezu unendliches Spektrum an Möglichkeiten. Ebenso treffend führt der Werkstattbericht der Stadt Wien aus, wie zögerlich mit diesem Potential umgegangen wird, da oftmals Ergebnisse und Publikationen für kurze Zeit einsehbar sind, zeitlich begrenzt oder nur der Fachöffentlichkeit (z.B. Architekten) zugänglich gemacht werden. Wichtig ist eine lückenlose Dokumentation der Abläufe, um die Vorteile kooperativer Verfahren Skeptikern näher zu bringen (ebenda: 104 f).

Wünschenswert ist jedenfalls eine Identifikation und Stärkung der städtebaulichen Planungskultur durch die Beteiligung vieler verschiedener Individuen, die im Gesamten für die Ergebnisse verantwortlich zeichnen. Kein Beteiligter sollte Problemlösungen für sich alleine beanspruchen können. Lange Planungsphasen widerstehen zudem der Versuchung, diese kurz zu halten und auf ebenso kurze nachfolgende Prozesse zu hoffen, während diese Konstellation oftmals umgekehrt eintreten kann. Verbesserungen im Planungsprozess erhöhen die Umsetzungschancen, erleichtern die allgemeine Akzeptanz und führen zu weniger Nachjustierungen, die bei Wettbewerben nötig werden können (ebenda: 105 f).

Vorteile kooperativer Verfahren	Nachteile kooperativer Verfahren
Lernendes Verfahren	Qualität der Resultate
Beteiligung und Information	Qualitätssicherung der Resultate
Stärkung der städtebaulichen Planungskultur	Gewicht privater Einzelinteressen
Ablaufverbesserungen	Hohe soziale Kompetenzen notwendig
Planungsspielräume	Mögliche Konfliktthemen
Verbesserungen für Planer	

Tabelle 8: Vor- und Nachteile kooperativer Verfahren, Quelle: MA21 2014b: 104 ff

Im Zusammenhang mit Lernprozessen und Wissensaustausch stehen erweiterte Planungsspielräume, die es möglich machen, Standpunkte zu ändern und Abweichungen (im Sinne der Rahmenbedingungen) zu vertreten, die bei Wettbewerben nach den Ergebnispräsentationen nicht möglich gewesen wären. Schlussendlich können bei kooperativen Verfahren nicht nur die immer gleichen Planungsteams- bzw. büros zum Zug kommen, sondern auch neuere, jüngere oder unerfahrenere Planer die Chance erhalten, ihre Ideen zu präsentieren (ebenda: 106 f).

3.2.5. Nachteile

Durch die Fülle an Diskussionen und Ideen kann es aufgrund des geringen Zeitraumes und der Komplexität der Themen zu einem Qualitätsverlust der Resultate kommen. Besonders zu

achten ist auf genügend Diskussionszeit, Moderationsspielraum, Motivation und Vergütung des Zeitaufwandes. Die zu frühe Festlegung in eine Richtung mag Personen, die kooperativen Verfahren skeptisch gegenüber stehen, geschuldet sein. Nachdem keine Einzelperson für die erzielten Ergebnisse und deren Publikation bzw. Weiterentwicklung verantwortlich ist, kann Qualität vermindert oder verloren gehen. Eine laufende Qualitätssicherung ist daher von großer Bedeutung (MA 21 2014 b: 107)

Einen besonders heiklen Punkt stellt ein möglicher Überhang privater Einzelinteressen statt, bei dem schon so viel Gewicht in die vorentscheidenden Schritte gesteckt wird, dass formelle Planungsverfahren keine Änderungen mehr vornehmen können. Deswegen ist es von Bedeutung, die Fachöffentlichkeit frühzeitig mit den betroffenen Bürgern zu verknüpfen, um für genügend Transparenz und Informationsfluss zu sorgen. Natürlich setzt dies hohe soziale Kompetenzen aller Beteiligten voraus, die sich an Diskussions- und Ideenrunden aktiv beteiligen und im Team an Lösungsansätzen arbeiten sollten. Treffen Personen mit mangelnder sozialer Kompetenz aufeinander, können die besten kooperativen Verfahren wenig zu einem Verlust an Qualität der Resultate beitragen (ebenda: 107 f).

Schlussendlich gibt es eine Fülle an möglichen Konfliktthemen rund um die durchgeführten Verfahren, die von Zwistigkeiten über die Rollenverteilung, die Vergütung und mögliche Folgeaufträge sowie der Autorenschaft bei der Finalisierung der Ergebnisse reichen können. Mögliche Grabenkämpfe um Einfluss, Prestige und Rollengenres werden sich wohl auch mit kooperativen Verfahren nicht gänzlich beseitigen lassen können (ebenda: 108).

4. Das Untersuchungsgebiet Wien Liesing

Diese Masterarbeit hat zum Ziel, kooperative Planungen in den letzten Jahren im 23. Wiener Gemeindebezirk Liesing zu untersuchen. Um den organisatorischen Rahmen nicht zu sprengen, werden die Bezirksteile Atzgersdorf, Erlaa, Inzersdorf, Liesing und Siebenhirten untersucht. Ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass Kalksburg, Mauer und Rodaun nicht behandelt werden. Ein Rückblick auf die Historie der alten Ortskerne soll verdeutlichen, wie aus einzelnen Dörfern der heutige Bezirk Liesing entstanden ist.

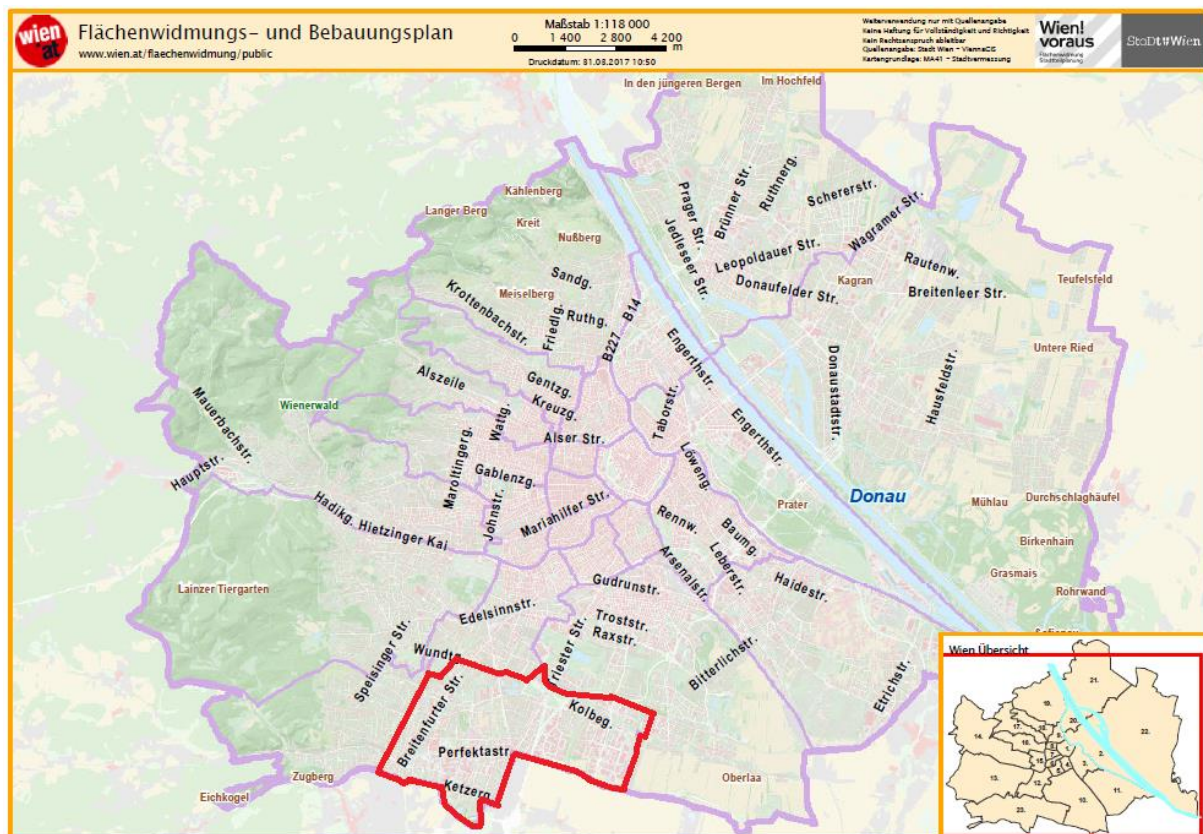


Abbildung 9: Wiener Stadtgebiet mit abgegrenztem Untersuchungsgebiet, Quelle:
<https://www.wien.gv.at/flaechenwidmung/public/>, verändert, Stand 01.04.2017, 10:00

Manche Orte im Bezirk sind mittels mittelalterlicher Überlieferungen besser dokumentiert, andere Bereiche weisen jedoch noch große Lücken auf (Oppl 1982: 15). Prinzipiell war das tägliche Leben bis 1848 von der Grundherrschaft geprägt, die ab 1848/50 von freien Gemeinden abgelöst wurde und bis zum Einmarsch der Nationalsozialisten 1938 andauerte (ebenda: 14). Waren die Dörfer im Süden Wiens zunächst noch agrarisch dominiert, entwickelte sich im Zuge der Industrialisierung und der Eingemeindungen in den 23. Wiener Gemeindebezirk vielfältige Siedlungs- und Nutzungsformen (<https://www.wien.gv.at/bezirke/liesing/geschichte-kultur/bezirksgeschichte.html>, Stand 20.03.2017). Bekannte Beispiele gewerblicher und industrieller Nutzungen sind die Brauerei Liesing, die Lehmvorkommen am Wienerberg oder die chemische Fabrik Emil Seybel.

4.1. Die historischen Ortskerne innerhalb der Bezirksgrenzen

4.1.1. Atzgersdorf

Erste Überlieferungen aus den Jahren 1120/30 sprechen von „Azichinstorf“, was wohl auf einen Personennamen „Atzichi“ und dem Wort Dorf zurückgeht (Oppl 1982: 15). Wie auch in den anderen Gemeinden waren wechselnde Herrschaftsverhältnisse im Mittelalter üblich, die manchmal sogar eine Verbindung in die jeweilige Nachbargemeinde darstellten. Die 1. Wiener Türkenbelagerung 1529 hat wohl auch in Atzgersdorf einige Schäden hinterlassen, erwähnt wird ein Brand im Pfarrhof (ebenda: 16). Geistesgeschichtlich werden das 16. und 17. Jahrhundert von Protestantismus und Gegenreformation geprägt, wobei ersterer eine bemerkenswerte Rolle im Süden Wiens spielte. Bei der 2. Wiener Türkenbelagerung 1783 wird von einer vollständigen Zerstörung der Gemeinde berichtet, allerdings scheint die Chronik nach Ansicht von Oppl (20) zu übertreiben. Letzte Ortsbefestigungen sind 4 Ortstore zur 1. Hälfte des 18. Jahrhunderts, die keine feste Ummauerung aufweisen (ebenda: 21).

Um 1784 wird in einem Gemeindeprotokoll von Johann Paul Stamer die Größe der Gemeinde mit 100 Häusern, einem Gemeindewirtshaus, einem Schulhaus, Armenhaus und Halterhaus, zwei größeren und einem kleineren Steg, einem kleinen und zwei gemeindeeigenen Brunnen angegeben (ebenda: 23). Die Eroberungen Napoleons hinterließen auch in Atzgersdorf Spuren, die erst mit einer allmählichen wirtschaftlichen Erholung mit dem Einsetzen der Industrialisierung vonstattenging. 1825/26 wurde eine Dampfmaschine in der Gemeinde betrieben, die heute im Technischen Museum zu bewundern ist, es erfolgten sowohl Verbesserungen der Verkehrsverbindungen in die umliegenden Gemeinden als auch die Eröffnung der Südbahnstrecke im Abschnitt Wien-Liesing-Mödling am 20. Juni 1841. Durch die letzten großräumig auftretenden Epidemien in Wien (Choleraeuche) wurden die Wiener Hochquellleitungen errichtet, deren Anschluss für die Gemeinden im heutigen Bezirk 1913 gewährleistet wurde (ebenda: 24 f).

Das Revolutionsjahr 1848 brachte das Ende der Grundherrschaft, am 25. Juni 1859 wurde Atzgersdorf eine freie Gemeinde und entwickelte sich von einem Anfang des 19. Jahrhunderts landschaftlich geprägten Gebiet zu einer industrialisierten Region, mit der auch die

Bevölkerungsentwicklung (1831: 1.899 EW; 1862: 2.125 EW; 1869: 3.628 EW; 1900: 8.008 EW; 1910: 10.398 EW) verbunden war (ebenda: 83). Allerdings bedingte das Bevölkerungswachstum und die industrielle Entwicklung auch soziale und infrastrukturelle Missstände, die sich in schlechten Nahverkehrsverbindungen in die Nachbargemeinden ausdrückten (ebenda: 84 ff). Mit dem Anschluss Österreichs 1938 wurde eine Gebietsreform in Wien durchgeführt, die 97 Gemeinden in den Stadtbereich eingliederten, wodurch auch Atzgersdorf Teil des 25. Wiener Bezirks Liesing wurde (ebenda: 89)

4.1.2. Erlaa

Oppls (1982: 26) Recherche schreibt den Ortsnamen Heinrich von „Erla“ zu, der in einer Klosterneuburger Traditionsnotiz zu finden ist. Grundsätzlich gibt es relativ wenig gesicherte Informationen, die neben den ähnlichen Entwicklungen der Nachbargemeinden (Türkenbelagerungen sowie Protestantismus und Gegenreformation) von einem wehrhaften Herrschersitz sprechen, der im 18. Jahrhundert zu einem Schloss ausgebaut wurde (ebenda: 27). Eine der Quellen gibt für das Jahr 1590 34 Häuser an.



Abbildung 10: Historische Ortskerne, Quelle: MA18 2015: 44

Mit der auch hier einsetzenden Industrialisierung gingen bedeutende Veränderungen der Lebensweisen einher, erwähnt sei hier etwa die 1806 eröffnete Baumwolldruckerei F. Maurer (ebenda: 29). In Erlaa entstand demnach sogar ein neuer, sich rasch entwickelnder Stadtteil, der unter dem Namen Neuerlaa firmiert. Interessanterweise hatte dieser 1869 mit 34 Häusern nur zwei Häuser weniger als Alterlaa. Die im Abschnitt über Atzgersdorf erwähnte Eröffnung der Südbahn in diesem Streckenabschnitt hatte für die Gemeinde(n) eine geringere Bedeutung durch die größere Distanz zu ebendieser (ebenda: 30).

Die weitere Entwicklung ab 1848/50 kann als „Emanzipationsprozess“ (ebenda:90) von Atzgersdorf verstanden werden. Ab 1886 wurde eine Ortsbeleuchtung ebenso wie zu Beginn des 1. Weltkriegs eine Wasserleitung eingeführt. In der Zwischenkriegszeit wurde vor allem die schlechte Verkehrsanbindung an die Umlandgemeinden deutlich (ebenda: 91).

4.1.3. Inzersdorf

Vermutlich gibt es Ähnlichkeiten mit gleichnamigen Orten in Niederösterreich (Inzersdorf ob der Traisen, Siebenhirten), erwähnt wird ca. 1120/25 ein „Ymizinsdorf“ oder „Imicinesdorf“ (Oppl 1982: 32 f). Bereits Mitte des 15. Jahrhunderts ist eine Auseinandersetzung zwischen Kaiser Friedrich III und seinem Bruder, dem Erzherzog Albrecht VI, überliefert, deren Heere bei Inzersdorf lagerten. Der Grund lag damals wie heute in der verkehrsgünstigen Lage der Gemeinde durch die Ausfallstraße von Wien in den Süden, die heutige Triester Straße (ebenda: 35). Ende des 17. Jahrhunderts erfolgten mit der Pest und einer Türkenbelagerung dunkle Kapitel in der Ortsgeschichte. 1775 wurde auf Initiative von Maria Theresia eine Ziegelei in Inzersdorf errichtet, die noch von Bedeutung sein wird (ebenda: 37 f).

Auch Inzersdorf erlebte Anfang des 19. Jahrhunderts einen Strukturwandel durch weitere Ziegeleien und Fabriken der Lebensmittelindustrie (ebenda: 39). Die weithin bekannten Ziegelwerke am Wienerberg sind noch heute ein Begriff. Zwischen 1862 und 1869 lies dies die Einwohnerzahl von 5.120 EW auf 7.504 EW in die Höhe schnellen. Verkehrstechnisch wurde 1874 die Pottendorfer Bahn eröffnet, wobei allerdings eine eigene Haltestelle erst 1886 realisiert wurde. Ebenso zu nennen ist die Eröffnung der Badner Bahn am 1. Mai 1907 im Vollbetrieb Wien Oper – Baden (ebenda: 93). Interessanterweise wurde, im Unterschied zu den umliegenden Gemeinden, nach und nach durch mehrere Eingemeindungen der Stadt

Wien Gebiete von Inzersdorf abgetrennt, die das Gemeindegebiet halbierten. In der Zwischenkriegszeit gab es denn auch weiterhin Gespräche zu einer kompletten Eingemeindung, die als Teil des 25. Wiener Gemeindebezirks tatsächliche Realität wurde.

4.1.4. Liesing

Um 1002 als „Liezniccha“ erwähnt, existierte der Name wahrscheinlich schon im 11. Jahrhundert (Oppl 1982: 48). Erste Grundbücher berichteten im 15. Jahrhundert von 18 Häusern in Oberliesing und 16 Häusern in Unterliesing mit Mühlen am Liesingbach, der gleichzeitig für Wohlstand und Überschwemmungen sorgte. Wie alle anderen Gemeinden versank auch Liesing in den Auseinandersetzungen der Türkenbelagerungen und des sich verbreitenden Protestantismus. Eine Dezimierung der Bevölkerung und der Nahrungsmittelgrundlagen brachte auch die 2. Türkenbelagerung (ebenda: 52 f.). Besonderes Augenmerk sollte auf die unterschiedlichen Entwicklungen in Ober- und Unterliesing durch weltliche und geistliche Grundherrschaften gelegt werden (ebenda: 54).

Ende des 18. Jahrhunderts bis 1830/40 setzte, durch eine interessante Verbindung zwischen Herrschaft und Industrie, ein struktureller Wandel der Industrialisierung ein, der sich im Bewusstsein der Menschen etwa mit der Liesinger Brauerei oder Emil Seybel verbinden lässt. Durch die Eröffnung der Eisenbahnteilstrecke Wien-Liesing-Mödling waren zu diesem Zeitpunkt bereits 88.351 Reisende in Liesing und im Vergleich dazu 6.470 in Atzgersdorf (ebenda: 55 ff.).



Abbildung 11: Chronologie des Wachstums 1828-1938, Quelle: Ma18 2015: 53

Als Liesing am 24. Juni 1850 zu einer freien Gemeinde erklärt wurde, war weiterhin die Entwicklung der Industrie maßgeblich für alle anderen Bereiche. Der Bahnhof wies eine sehr zentrale Lage auf, die Straßen ins Wienerwaldgebiet waren gut ausgebaut und die Industrie sorgte für ökonomischen Rückhalt und technische Neuerungen – steigende Bevölkerungszahlen waren die Folge. Eisenbahn, Straßenbahn und Straßen wurden ausgebaut bzw. neu errichtet, wobei die Dampftramway Hietzing-Mauer-Rodaun-Perchtoldsdorf das Gemeindegebiet nur am Rande streifte. Mehr und mehr wurde Liesing zu einem überregionalen Zentrum, das sich durch die Ernennung zur Stadt am 2. Oktober 1905 bestätigte. Nach 33 Jahren Selbständigkeit und einer schwierigen Zeit im ersten Weltkrieg und der Zwischenkriegszeit erfolgte jedoch die Eingemeindung nach Wien, für dessen Bezirk Liesing namensgebend war (101 ff.).

4.1.5. Siebenhirten

Ca. 1140/50 als „Subinhirtin“ bekannt, ist die mittelalterliche Entwicklung nur schwer zu konstruieren. Gesichert ist 1559 die Vereinigung mit der Herrschaft Rodaun, die bis 1848 bestand. Bis ins 18. Jahrhundert hinein lebten die Menschen von Getreide und Weinbau. Obwohl auch hier 1836 eine Fabrik nachgewiesen werden kann, ist das wirtschaftliche

Rückgrat aber nach wie vor die Landwirtschaft (Oppl 1982: 81 f.) 1861-1863 hatte Siebenhirten lediglich 575 Einwohner, bis es zu einem Bevölkerungsanstieg in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam, die 1910 4.109 EW mit sich brachte.

4.2. Liesing als der 23. Wiener Gemeindebezirk

1954 wurde Liesing als jüngster Wiener Gemeindebezirk im Süden Wiens geschaffen und umfasst alle der hier vorgestellten, ehemals eigenständigen Dörfer und Gemeinden. In seiner heutigen Ausdehnung umfasst er die Bezirksteile Atzgersdorf, Erlaa, Inzersdorf, Kalksburg, Liesing, Mauer, Rodaun und Siebenhirten (<https://www.wien.gv.at/bezirke/liesing/geschichte-kultur/bezirksgeschichte.html>, Stand 09.03.2017). Im Süden grenzt der Bezirk an Niederösterreich, wo etwa Perchtoldsdorf, Brunn am Gebirge und Vösendorf genannt werden können, im Norden an die Wiener Bezirke Hietzing und Meidling sowie im Osten an Favoriten. Jeder Bezirksteil besitzt sowohl eine eigene Charakteristik den anderen Bezirksteilen gegenüber als auch ein oftmals heterogenes Erscheinungsbild im Gebiet selbst. Neben Einfamilienhäusern entstanden Betriebsgebiete, neben gigantischen Wohnparks wie jenem in Alterlaa sind ausgedehnte Freiflächen wie in der Wiesen, alte Ortskerne werden von Neubaugebieten flankiert und freie Flächen warten auf Lückenschlüsse. Markante Straßenzüge sind die Breitenfurter-, die Altmannsdorfer und die Triester Straße, die im Untersuchungsgebiet in Nord-Süd-Ausrichtung verlaufen. Wichtigste öffentliche Verkehrsmittel sind die S-Bahn-Verbindungen in Richtung Mödling bzw. Wiener Neustadt, die U6 bis Siebenhirten und die Badner Bahn.

Bis 2024 wird dem Bezirk ein Bevölkerungswachstum von ca. 13.000 Menschen vorausgesagt, dass lokal auch höher ausfallen kann. Nicht an jedem Standort im Untersuchungsgebiet ist dieses Wachstum möglich, andere Standorte eignen sich jedoch hervorragend. Dabei stellen sich also schlussendlich Fragen nach der Art der Nachverdichtung, den dafür vorgesehenen Standorten und wie sich der Bezirk in den nächsten Jahrzehnten weiterentwickeln wird (MA 18 2015: 10).

5. Fragestellung 1 – Konfliktpotential vor Ort

Nach dieser ausführlichen Schilderung des Bezirkes Liesing und seiner früher eigenständigen Ortschaften stellt sich die auf den ersten Blick banal wirkende Frage, wozu Kooperation vor Ort eigentlich nötig sein sollte? Welches Konfliktpotential ist denn im Bezirk vorhanden und zwischen welchen Gruppen kann es zu unterschiedlichen Ansichten kommen? Dazu wird dieses Kapitel in drei Bereiche untergliedert, die die Selbstbilder bzw. Fremdbilder der Beteiligten, deren Legitimität sowie Bürgerbeteiligung und Information veranschaulichen sollen.

5.1. Selbstbilder vs. Fremdbilder

Selbstbilder sind oft auf Kollisionskurs mit Fremdbildern. Politik, Verwaltungsapparat, Experten und Bürger treffen nicht nur anhand einer Problemstellung aufeinander, sondern haben auch als Gruppen übereinander oft vorgefertigte Meinungen. Dabei können innerhalb der Akteurskonstellationen viele verschiedene Muster auftreten. Je höher ein Entscheidungsträger in der Hierarchie steht, desto exponierter sind seine Entscheidungen – der Wiener Bürgermeister wird etwa direkt für (Fehl-)entwicklungen in der Stadt verantwortlich gemacht. Oppositionspolitikern stehen hingegen ganz andere Möglichkeiten offen, um sich gegenüber Beteiligungsprozessen und Kooperationen offener zu zeigen, da sie eine gänzlich andere Verantwortung wahrnehmen (MA 18 1993: 17). Es gibt nicht nur den einen Typ Politiker, der die eigenen Interessen rücksichtslos auf dem Rücken der Bürger vor Ort durchsetzt und Kooperation als lästige, neumodische Notwendigkeit abtut. Ebenso wenig sind alle Verantwortlichen hochofrend über jeden Input, jede Diskussion und jedes (Gegen-)argument. De facto ist jedoch die Politik jener Entscheidungsträger, der über die Beteiligung an sich und die Umsetzbarkeit von Ergebnissen entscheidet (MA 18 2012: 48). Zu erwähnen sind hier etwa exemplarisch die Mitarbeiter der Magistratsabteilungen MA 18 (Stadtentwicklung und Stadtplanung), MA 21 (Stadtteilplanung und Flächennutzung) und die Bezirkspolitik des 23. Wiener Gemeindebezirkes.

Bürger und Betroffene vor Ort haben über sich eine ganz andere Wahrnehmung. Oft herrscht das Gefühl vor, man werde zu wenig beteiligt und die im Raum stehenden Maßnahmen seien

schon beschlossene Sache, die Politik rege nur „pro forma“ einen Beteiligungsprozess an. Zwei grundsätzliche Richtungen der Beteiligung können hier ausgemacht werden: die Benennung von Missständen und der Wille zu Neugestaltung (MA 18 1993: 34 f). Ein aktuelleres Beispiel aus der Tagespolitik war die temporäre Nutzung eines Gebäudes als Asylunterkunft, die Proteste hervorgerufen und zur Gründung einer Bürgerinitiative geführt hat. Ebenso können die Anrainer aber auch eine erhöhte Verkehrsbelastung fürchten, da Liesing schon heute einer der Bezirke mit dem höchsten Verkehrsaufkommen bedingt durch viele Ausfallsstraßen ist oder den Verlust von Ruhe und Privatsphäre. Anrainer von In der Wiesen finden eine kaum genutzte, freie Wiesenfläche vor, die eine Ruhezone in der Nähe der Altmannsdorfer Straße bietet.

Von hoher Bedeutung ist die Überwindung von Selbst- und Fremdbilder bei einer anstehenden Problemstellung. Im konkreten Fall können keine Politiker, keine Verwaltung und keine Bürger dem Bevölkerungswachstum im Wiener Stadtgebiet etwas entgegensetzen, ebenso wenig kann der daraus entstehende Siedlungsdruck durch einzelne Personen abgefedert werden. Die Rahmenbedingungen sind gegeben; wie sich Liesing letztendlich in den nächsten Jahrzehnten verändern wird, liegt jedoch zu einem großen Teil an der Kommunikationsbereitschaft vor Ort.

5.2. Legitimation und Legitimität

Gerne wird gegenseitig Legitimation abgesprochen; es ist durchaus ein probates Mittel, diese grundsätzlich in Frage zu stellen. Dabei genügt bei dieser Thematik ein Blick, um festzustellen, wie unterschiedlich die „Key-Player“ legitimiert sind. Politiker, Beamte und Bürger haben jeweils eigene Ansichten, wer mit welcher Legitimität in welcher Sache ausgestattet ist. Am einfachsten scheinen Beamte durch die ihnen festgeschriebene Rolle der Verwaltung ihrer Legitimität sicher zu sein. Politiker hingegen können diese nur indirekt erbringen, zudem wird ihre ideenpolitische Legitimität in Frage gestellt. Bei den Bürgern scheint am schwersten auszumachen zu sein, wer wofür legitimiert ist, wessen Interessen vertreten werden, inwieweit Objektivität vorherrscht und wie das Wechselspiel von Nähe und Distanz zu politischen Parteien zu tragen kommt (MA 18 1993: 57 f). Ein besonders häufig auftretender Vorwurf kann jener nach der bewussten Durchsetzung von Eigeninteressen sein, der über das

Allgemeinwohl gestellt wird. Besonders wichtig scheint die Frage, unter welchen Gesichtspunkten der zur Sprache kommende Raum betrachtet wird, da er von allen Gruppen anders gesehen wird. Politiker neigen dazu, das große Ganze zu sehen, in diesem Fall etwa die Stadtregion Wien, die in den nächsten Jahrzehnten vor weiteren Herausforderungen steht. Der Bürger jedoch hat vor allem ein Auge auf die unmittelbare Umgebung, die mit übergeordneten Problemstellungen kollidieren kann.

5.3. Bürgerbeteiligung und Information

Nicht vergessen werden sollte die Frage, wie und in welcher Form Beteiligung denn heutzutage vonstattengehen kann. Das Praxishandbuch Partizipation der Stadt Wien (MA 18 2012: 10) unterscheidet zunächst die Bürgerbeteiligung, bei der im Gegensatz zur Öffentlichkeitsbeteiligung (Bürger, Organisationen und Fachöffentlichkeit) „nur“ die vor Ort lebenden Bürger beteiligt werden. Partizipation geht jedoch weit darüber hinaus und bindet zu den eben genannten Gruppen auch noch die Verwaltung, Politik und Unternehmen ein (ebenda: 10). Welche Form auch immer gewählt wird, die entscheidende Frage wird sein, wie die Nachverdichtung gegenüber dem Status Quo kommuniziert wird. Sofern nicht von den Bürgern aktiv auf Missstände hingewiesen wird, kann der Ist-Zustand gegenüber Nachverdichtungen als willkommenere Alternative angesehen werden. Ist es schlussendlich besser, Klausurplanungsverfahren anzusetzen, Konzepte auszuarbeiten und der Bevölkerung möglichst viele Informationen über den Prozessverlauf zukommen zu lassen? Oder sind Planungswerkstätten wie jene in der Sargfabrik in Atzgersdorf das bessere Mittel, um die Bevölkerung zu beteiligen?

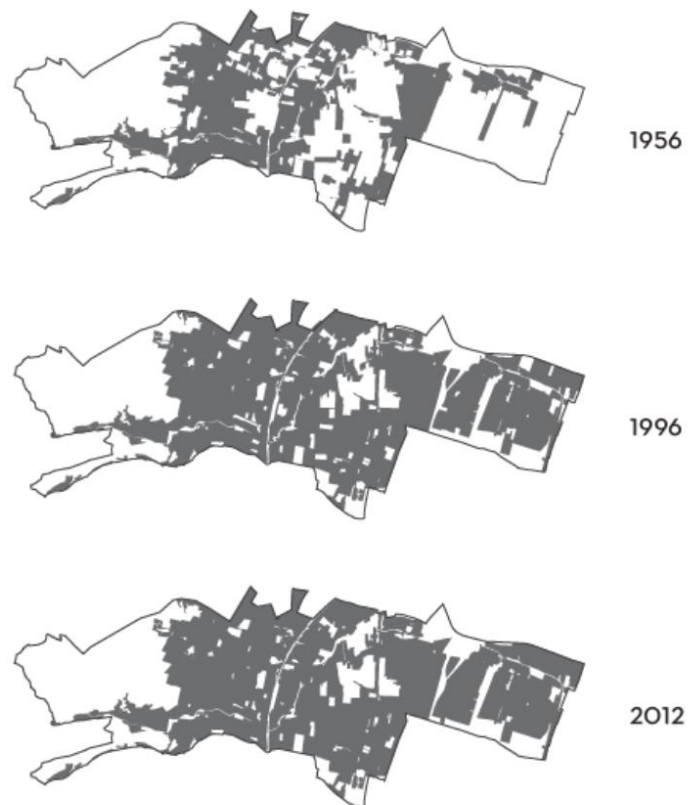


Abbildung 12: Chronologie des Wachstums 1956-2012, Quelle: Ma18 2015: 53

Fakt ist, mögliche Konflikte entstehen nicht am Ende, sondern am Anfang eines Kommunikationsprozesses und sollten bereits dann ernst genommen werden (MA 18 1993: 19). In Atzgersdorf könnte ein möglicher Konfliktpunkt vermehrte Staus auf der Breitenfurter Straße betreffen, in Erlaa der Verlust von stadtnahen Freiflächen bei In der Wiesen oder der Verlust von Einfamilienhäusern zugunsten verdichteter Bauformen. Diese Bedenken können wahrscheinlich nur schwer entkräftet werden und für einen Bürger vor Ort ist die Notwendigkeit von Nachverdichtung im Bestand schwerer nachvollziehbar als für Politiker oder Fachleute. Ebenfalls wichtige Aspekte sind völlige Kommunikationsverweigerung oder Scheinkommunikation. Schlussendlich kann niemand dazu gezwungen werden, in einen Kommunikationsprozess zu treten, der von vornherein abgelehnt wird. Schwierig wird es, die richtige Antwort auf Scheinkommunikation zu finden, die von vornherein dazu angelegt sein kann, eine Problemlösung zu verhindern (MA 18 1993: 21).

6. Fragestellung 2 – Kooperative Planung vor Ort

6.1. Knüpfwerk Atzgersdorf

Das Knüpfwerk Atzgersdorf, 2011 konzipiert und durchgeführt, kann als eines der jüngeren kooperativen Verfahren in Wien gelten und war ohne Zweifel eine mutige Entscheidung mit Blick auf künftige ähnliche Verfahren (MA 21 2014 b: 34 f). Es wurde auf Basis eines Klausurplanungsverfahrens vom Zielgebietskoordinator für Liesing Mitte, Volkmar Pamer, konzipiert. Als Vorbereitung fand im März 2011 ein internationales Implementation Lab statt, im Juni eine Begehung vor Ort und im Oktober eine zweieinhalbtägige Klausur in Gmünd, Niederösterreich. Nachbearbeitung und Aufbereitung erfolgten durch den Zielgebietskoordinator jeweils im Oktober und November, danach fand noch eine abschließende Besprechung statt. Vorarbeiten waren besonders wichtig, um in dem knappen Zeitrahmen Ergebnisse erarbeiten zu können, Nachbesprechungen stärkten über einen längeren Zeitraum die Identifikation mit dem Projekt und machten umsetzbare Ergebnisse aus. Erstmals wurde hier ein Klausurplanungsverfahren erprobt, dessen Charakteristik aus einem engen zeitlichen und örtlichen Rahmen bestand und für ein Areal in Liesing ein Leitbild erstellen sollte. Die Namensgebung – Knüpfwerk – sollte für die das Areal verknüpfende Freiräume stehen, die Entwicklungsvorschläge für einen darauf folgenden Masterplan sein würden. Der Klausur wohnten die Verfahrensorganisation (3 Personen), die Planungsteams (2 Architektenteams), die Steuerungsgruppe (2 Mitarbeiter der MA21 B) und die Experten (1 Raumplaner, 1 Verkehrsplaner, 1 Freiraumplanerin) bei. Das Programm wurde bereits vorab durch den Zielgebietskoordinator und die Steuerungsgruppe genauestens strukturiert, diese fungierten auch als Moderatoren während der Klausur. Von hoher Bedeutung war jedoch ausreichende Flexibilität in der Ablaufplanung, um nicht in einer organisatorischen Sackgasse zu landen (ebenda: 34 ff). Die wichtigsten Eckpunkte waren (ebenda: 35):

- Eine Beschäftigung mit der Aufgabenstellung vorab war nicht vorgesehen, erst in der Klausur sollte intensiv gearbeitet werden
- Kaum Arbeitsteilung, sondern „alle dürfen alles“
- Keine Arbeitsgruppenbildung (im Gegensatz zu späteren Verfahren)

Wie bereits eingangs besprochen haben auch kooperative Verfahren ihre Vor- und Nachteile, so auch in diesem Versuch eines Klausurplanungsverfahrens in Liesing. Abbildung 13 soll graphisch auf die wichtigsten Rahmenbedingungen, die bereits über kooperative Planung in Wien beschrieben wurden, hinweisen. Mit klarem Fokus auf den Städtebau und einem kontinuierlichen Verlauf lag der Schwerpunkt auf Kooperation, Konkurrenzsituationen wurden völlig hintangestellt, der Weg zum (weiterführenden) Resultat sollte keineswegs auf klassisch hierarchischen Weg erfolgen.

Knüpfwerk Atzgersdorf						Rollen		St/O	Entsch	Plan		
Klausurplanung u. Ä.	koop.	Leitbild	StB.	Workshop + Nachb.	kontin.		StG	● ● ●	● ● ●	● ●	strikt gem. Entw.	heterarch.
	● ● ●		● ● ●		● ● ●		Gr	–	–	–		● ● ●
	konkurr.		Arch.		diskontin.		VO	● ● ●	● ●	● ●		● ● ●
	●		●		○		PT	●	● ●	● ● ●		hierarch.
							and	–	–	–		○

Abbildung 13: Eckdaten über das Knüpfwerk Atzgersdorf, Quelle: MA21 2014b: 36

Bereits angesprochen wurde die Arbeitsverteilung, die eine starke Rolle der Steuerungsgruppe und Verfahrensorganisation in der allgemeinen Steuerung und Organisation sowie der Entscheidung vorsah, während die Planungsteams ihre Stärken in der Entscheidung und Planung ausspielten.

Neben der straffen Organisation und der hohen Identifikation auf Augenhöhe kann jedoch der zeitliche Rahmen auch zu knapp gesetzt sein, sodass weitere Arbeitstage nötig sein müssten. Wie und in welcher Form diese danach stattfinden könnten, ist jedoch eine schwierig zu beantwortende Frage. Da hier erstmals ein kooperatives Verfahren in der jüngeren Vergangenheit erprobt wurde, waren die Honorare der Teilnehmer entsprechend niedrig angesetzt, bei späteren Verfahren erfolgte eine dementsprechende Anpassung (Ma 21 2014 b: 37).

6.2. In der Wiesen Ost

Ein zweites Klausurplanungsverfahren im Untersuchungsgebiet fand im Juni 2012 in In der Wiesen Ost statt (MA 21 2014 b: 43). Im Unterschied zum Knüpfwerk Atzgersdorf war diesmal

auf einem weitaus kleineren Areal eine bei weitem detaillierte Planung nötig. Vorarbeiten wurden in einem Implementation Lab im Jahr 2009 geleistet, dreieinhalb Tage wurden für die Klausur veranschlagt, die jedoch im Südteil einen weiteren halben Tag notwendig machten. Der Abschlusstermin wurde für einen halben Tag Ende August angesetzt. Das Thema „Urban Farming“ trug dem gärtnerisch genutztem Areal Rechnung, auf dem Wohnbauten entstehen sollten. Wiederum in Gmünd, Niederösterreich, waren dreieinhalb Tage Arbeit durch einen Personenkreis von 20 Personen (doppelt so viele wie im Knüpfwerk Atzgersdorf) veranschlagt: Verfahrensorganisation, Steuerungsgruppe (MA 21, Grundeigentümer), Planungsteams (4 Architekten) und Experten (1 Verkehrsplaner, 2 Energieexperten, MA 22). Um dem geplanten geförderten Wohnbau Rechnung zu tragen, waren Wohnfonds, Sozialbau/Volksbau und Mischek/Wiener Heim ebenfalls beteiligt. Anhand eines 3x3 m großen Modells wurde in drei bzw. zwei informellen Gruppen auf mehreren Maßstabsebenen geplant: visuelle, physische und soziale Verbindungen; Mobilitätsnetz; Funktion, Programmierung und Aktivitäten; Aktivitätsfelder und Freiraumkonzepte, Qualitätssicherung sowie Formate, Akteure und Wachstumsszenarien (ebenda: 44). Durch genügend Flexibilität konnte zusätzliche Zeit zur Verfügung gestellt werden, um Folgetermine zu gewährleisten.

Bezogen auf das Projekt In der Wiesen Ost ergaben sich folgende ausgewählte Vorteile (ebenda: 45):

- Intensive, engagierte Arbeitsatmosphäre mit großer zeitlicher Effizienz
- Fehlervermeidung unklarer Rollen, Entscheidungsfindungen und Honorare
- Kooperatives und selbstverpflichtendes Arbeiten
- Sehr themenbezogenes Verfahren mittels Urban Farming
- Lobenswerte Flexibilität in der Nachbereitungsphase
- Erhöhte Identifikation allgemein durch Nachbereitungsphase, aber auch der Flexibilität

Dennoch sind auch bei diesem Klausurplanungsverfahren Nachteile aufgetreten. Vertreter der Bezirkspolitik waren nicht vor Ort, was eine Identifikation mit den Projekten nachhaltig erschweren kann. Zudem wurde auf eine geringe Varianz der Teilnehmer und die mögliche Gefahr eines erhöhten Selbstbezuges hingewiesen (ebenda: 46).

Ebenso wie beim Knüpfwerk Atzgersdorf wurde auch hier eine Graphik erstellt, die die wichtigsten Rahmenbedingungen der Klausurplanung vereint. Im direkten Vergleich fällt vor allem auf, dass neben dem Städtebau auch Wert auf Architektur gelegt und eine Balance zwischen heterarchisch und hierarchischer Entscheidungsfindung versucht wird.

In der Wiesen Ost						Rollen		St/0	Entsch	Plan		
							StG	● ● ●	● ● ●	● ●		
Klausurplanung u. Ä.	koop.	GL Fläwi/ Beb, BTW	StB.	Workshop + Nachb.	kontin.		Gr	–	–	–	Zusfgr. VO/ T/Gr	heterarch.
	● ● ●		● ● ●		● ● ●		VO	● ● ●	● ●	● ●		● ●
	konkurr.		Arch.		diskontin.		PT	●	● ●	● ● ●		hierarch.
	●		● ●		●		and	–	–	–		● ●

Abbildung 14: Eckdaten über In der Wiesen Ost, Quelle: MA21 2014b: 44

Alle weiteren Eckpunkte wie hohes Kooperationspotential bei kontinuierlicher Verlaufsform und die Aufgabenverteilung zwischen Steuerungsgruppe, Verfahrensorganisation und Planungsteam folgen einem ähnlichen Verlauf wie beim Knüpfwerk. Aufgrund der unterschiedlichen Situation vor Ort – große, freie Wiesenflächen bei In der Wiesen (Ost) und Umnutzungen bzw. Bebauung von freien Flächen in Atzgersdorf – wurde ein und dasselbe Verfahren in räumlicher Nähe bei zwei unterschiedlichen Stadtentwicklungsgebieten angewandt.

6.3. Perspektive Liesing

Die Stadtentwicklungspläne 2005 und 2025 (STEP) weisen neben anderen Zielgebieten in Wien den Kernbereich von Liesing als eines der 13 Zielgebiete mit erhöhtem innerstädtischem Potential aus. Diese Zielgebiete sind Gebiete „von gesamtstädtischer Bedeutung, in welchen hohes Entwicklungspotential bzw. spezifische Herausforderungen komplexe Koordinations- und Abstimmungserfordernisse mit sich bringen – Rahmenbedingungen, die eine besonders enge Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen privaten und öffentlichen Interessensgruppen (...) notwendig machen“ (STEP 2025: 28). Dabei verordnet sich die Stadt Wien als „partizipative Stadt“ verbindliche Leitlinien für Beteiligungsverfahren, die von gegenseitiger Wertschätzung, Lernbereitschaft und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen

geprägt sind (ebenda: 25). Während des Verfassens dieser Masterarbeit war ein Masterplan Partizipation der Stadt Wien in Arbeit, der in einer Rohfassung vorlag (MA 21 2016). Mit Blick auf das mögliche Konfliktpotential stellt Hahn (2014: 14) die entscheidende Frage: „Letztendlich und besonders dringlich stellt sich die Frage nach der daraus resultierenden Wertsteigerung für die Gesellschaft, die mit all dem zu leben hat. Wie kann verdichtet werden, ohne dass diese Verdichtung als negativ empfunden wird?“.

6.3.1. Perspektivenwerkstatt

Unter den Schlagwörtern „Perspektive Liesing“ wurde versucht, dieser Frage auf den Grund zu gehen und das künftige städtebauliche Bild in diesem Bereich zu diskutieren. Von 8. – 12. September 2014 fand hierzu eine Perspektivenwerkstatt in der ehemaligen Sargfabrik Atzgersdorf statt, dem eine Projektzeitung mit Bezug auf die Bevölkerung vor Ort vorangestellt wurde. Aus vielen einzelnen Projekten sollte unter Mitwirkung eines Planungsteams der TU Wien ein Entwicklungskonzept erarbeitet werden, dem umfangreiche Vorarbeiten und Begehungen vorausgingen und bei dem mittels der Perspektivenwerkstatt ebenso die Bevölkerung zu Wort kommen sollte (MA 21 2014 a: 3). Der Ablauf des Planungsprozesses wurde dabei wie folgt beschrieben (ebenda: 3):

- Grundlagen erheben: Gutachten, Studien, Pläne, Begehungen, Gespräche....
- Perspektivenwerkstatt: Veranstaltung vor Ort, Anforderungen an die künftige Entwicklung
- Konzept erstellen: Ausarbeitung eines räumlichen Entwicklungskonzeptes
- Abschlussforum: Vorstellung in der Öffentlichkeit, 2. Projektzeitung
- Fertigstellung des Konzeptes: Veröffentlichung des Plandokuments

Von 8. – 12. September 2014 arbeiteten Vertreter der Bezirkspolitik, der Stadt Wien und des Planungsteams der TU Wien sowie weitere geladene Vertreter vor Ort an den Konzepten, die ab dem Nachmittag mit den Bürgern besprochen wurden. Zudem fanden zu Fuß oder per Rad Ausflüge in vorab definierte Gebiete wie „In der Wiesen“, Industriegebiete oder die Liesingtaltangente statt.

- PROGRAMM DER PERSPEKTIVENWERKSTATT -		
08. – 12. SEPTEMBER 2014 Sargfabrik Atzgersdorf Breitenfurter Straße 176, 1230 Wien		
*Anmeldung zu den Expeditionen (mit eigenem Rad, Öffis oder zu Fuß): perspektive-liesing@ifoor.tuwien.ac.at Bei Schlechtwetter werden die Gespräche in die Sargfabrik verlegt (16:00 – 18:00).		
MO 08.09.	17:00 – 18:00	19:00 – 21:00
Erich Sperger, Verantwortlicher für die angestrebte kulturelle Nachnutzung der Sargfabrik, wird gemeinsam mit ehemaligen Bediensteten am Montag und Freitag eine Führung durch das Gebäude anbieten. Treffpunkt im Hof.	FÜHRUNG DURCH DIE FABRIK	AUFTAKT-VERANSTALTUNG
DI 09.09.	16:00 – 18:00	18:30 – 20:00
Fokus am DI FREIRÄUME & MOBILITÄT S. 10 – 11	EXPEDITION LIESING* EXP 1: Freiraumnetz Treffpunkt: U6 Siebenhirten, Basler Gasse EXP 2: Liesingaltangente Treffpunkt: U6 Alterlaa (südl.)	SALON LIESING Freiräume & Mobilität
MI 10.09.	16:00 – 18:00	18:30 – 20:00
Fokus am MI WOHNEN & BILDUNG S. 12 Vertiefung ENERGIE S. 13	EXPEDITION LIESING* EXP 3: Atzgersdorf Treffpunkt: Scherbangasse 7 EXP 4: In der Wiesen Treffpunkt: U6 Erlaaer Straße	SALON LIESING Wohnen & Bildung
DO 11.09.	16:00 – 18:00	18:30 – 20:00
Fokus am DO ZENTREN, KULTUR & ARBEIT S. 14 – 15	EXPEDITION LIESING* EXP 5: Ortskern Atzgersdorf Treffpunkt: Kirchenplatz EXP 6: Industriegebiet Treffpunkt: U6 Perfektastraße	SALON LIESING Zentren, Kultur & Arbeit
FR 12.09.	17:00 – 18:00	19:00 – 21:00
Am letzten Tag der Perspektivenwerkstatt wird das erarbeitete Material zusammengefasst. Die Abschlussveranstaltung wird sowohl einen Rückblick auf die gesamte Woche als auch einen Ausblick auf die nächsten Schritte geben.	FÜHRUNG DURCH DIE FABRIK	ABSCHLUSS-VERANSTALTUNG

Abbildung 15: Programm der Perspektivenwerkstatt, Quelle: MA21 2014a: 5

Jeweils ab 18:30 wurden die Ergebnisse des Tages vorgestellt und zusammengefasst. Die zentralen, zur Frage gestellten Themen waren jene nach der Qualitätsverbesserung im Bestand, neue qualitätsvolle Entwicklungen, die zeitliche Abfolge der einzelnen Maßnahmen und welche Zentren wie gestärkt werden (MA 21 2014a: 8).

Eine zweite Projektzeitung im Jänner 2015 fungierte als Bindeglied zwischen der Planungswerkstatt und dem Konzept „Perspektive Liesing“ mit einem Rückblick auf bereits Geschehenes und einem Ausblick auf die Inhalte des Strategieplans. Im Fokus standen die Herausforderungen, die für diesen Stadtteil künftig in mehrere Kategorien unterteilt würden, nämlich ein „Grünes Gerüst“ mit Stadtteilparks und Verbindungen zwischen Grünflächen sowie ein Mobilitätsnetz mit neuen Tangentialen und Knotenpunkten zu schaffen (MA 21 2015: 5). Unter den Schlagwörtern Zentren und Quartiere werden Atzgersdorf, In der Wiesen und der Standpunkt Liesing als Weiterentwicklung des Industriegebietes als Schwerpunkte genannt (ebenda: 5). Ca. 27.000 Einwohner sollen langfristig das vorhandene Flächenpotential nutzen, dem eine ganzheitliche Stadtteilplanung zu Grunde liegen wird mit neuen Bildungseinrichtungen, vernetzten Freiräumen und aufeinander abgestimmter Zentrumsentwicklung (ebenda: 6).

6.3.2. Strukturprojekt

Die umfassendste Publikation war der Strategieplan „Perspektive Liesing“, der anschließend an die 2. Projektzeitung 2015 vorgestellt wurde. Von besonderer Bedeutung ist dabei ein Satz, der den Anfang des 1. Kapitels „Liesing lesen“ bildet: „Es gibt nicht nur ein Liesing, es gibt viele Liesings“ (MA 18 2015: 25). Die Ortskerne der alten Dörfer treffen auf ehemalige Industriekomplexe, Einfamilienhaussiedlungen oder gewerblich genutzte Flächen. Kleinteilige Strukturen werden von moderneren Strukturen bedrängt. Wie schon vorhin erwähnt wurde das gesamte Strukturprojekt in vier Bereiche untergliedert, die wieder jeweils eigene Schwerpunkte in ihrem Bereich setzen.



LEGENDE STRUKTURKONZEPT

	Baufeld		Kindergarten (Kiga)		Busverbindung
	Entwicklungsgebiet mit neuer Bebauung		Volksschule (VS)		Radwegverbindung
	Entwicklungsgebiet		geplante VS-Erweiterung		Mobilitätsknoten
	Grünraum		Bildungseinrichtung in Planung		Lokales Zentrum
	Friedhof		zusätzlicher Bedarf an Bildungseinrichtungen		Freiraumnetz im Straßenraum
	landwirtschaftliche Nutzung		Hauptschule / Neue Mittelschule (NMS)		Freiraumnetz
	Gewässer		Polytechnische Schule		mögliche neue Freifläche
	Bezirksgrenze		Allgemeine Höhere Schule (AHS)		
	S-Bahn		Musikschule		
	U-Bahn		Volkshochschule		
	Badner Bahn				

Abbildung 16: Strukturplan Gesamt, Quelle: MA18 2015: 86f

Freiraumplanung wird durch „das grüne Gerüst“ abgedeckt, die die bestehenden Grünflächen bestmöglich miteinander verknüpfen und auf den Anstieg der Bevölkerung vorbereiten soll. Dabei muss abgewogen werden, wieviel Freiraum der wachsende Bezirk benötigt, wie diese Flächen miteinander in Beziehung stehen und wo neue Flächen geschaffen werden können. Die Situation im Bezirk stellt sich als ein Sammelsurium an Flächen dar, zwischen denen einzelne Freiräume liegen, die einer Verbindung harren (MA 18 2015: 64). Ins Auge stechen in Abbildung 16 die beiden vertikalen Grünachsen der Liesing und des Petersbachs. Die Liesing war stets Fluch und Segen zugleich, da sie für Wohlstand und Arbeitsplätze, aber auch verheerende Überschwemmungen sorgte. Heute soll der Nahbereich vor allem der Erholung dienen und möglichen Konfliktsituationen zwischen Fußgängern und Radfahrern bestmöglich aus dem Weg gehen. Das Augenmerk liegt auf einer Verbesserung und Verdichtung des Radwegnetzes und genaueren Hinweisen auf die Eingänge in das Freiraumangebot sowie die Schaffung eines Überganges im Bereich des Knoten Atzgersdorfs.



Abbildung 17: Naherholungsgebiet an der Liesing, Quelle: Eigendarstellung

Am südlichen Rand des Planungsgebietes erstreckt sich das Freiraumareal des Petersbaches, bei dem eine Fuß- und Radwegverbindung zur S-Bahn Station Perchtoldsdorf und der Lokalbahnstation Vösendorf-Siebenhirten als grenzüberschreitende Kooperation angedacht

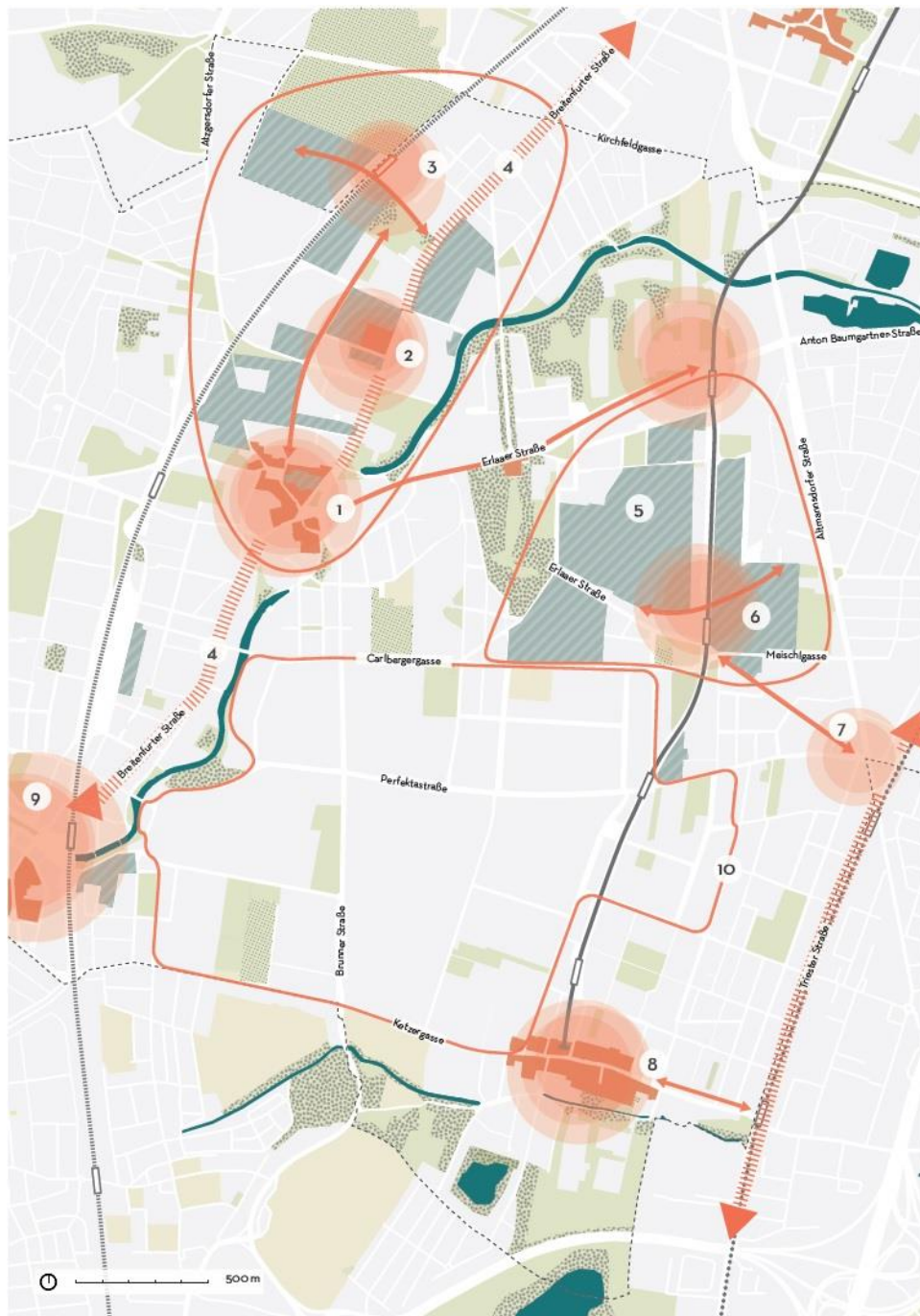
ist. Zwischen den bereits vorhandenen Freiflächen werden Grünkorridore von großer Bedeutung sein, die Stadtteile miteinander verbinden, wie etwa vom heutigen Campingplatz über Atzgersdorf westwärts oder ostwärts bis in die Wiesen und an die Altmannsdorfer Straße. Wenn von bestehenden Freiräumen die Rede ist, muss gleichzeitig auch die Rede von quantitativen Verbesserungen sein, da viele Flächen entweder nicht frei nutzbar (z.B. Wildschek-Areal in Atzgersdorf) oder nur temporär nutzbar sind (z.B. Flächen im Industriegebiet); viele Flächen befinden sich zudem in privater Hand. Besonders in den beiden Schwerpunktgebieten Atzgersdorf und in der Wiesen ist die Rede von Stadtteilparks, die an das bestehende Netz angebunden werden müssen (ebenda: 66 ff).

Das Grüne Gerüst	Das Mobilitätsnetz	Bildung	Starke Zentren und Quartiere
„Grünes Rückgrat“ Liesingbach	Neue S-Bahn Station „Rosenhügel“	Atzgersdorf: 2 neue Schulen, 1 Erweiterung	Zentrum Atzgersdorf
Verbindung der Stadtteile	Knoten Atzgersdorf	In der Wiesen Ost: 4 neue Schulen, 1 Erweiterung	Sargfabrik Atzgersdorf
„Grüne Tangente“ Wiesen Süd	Mobilitätsknotenpunkt In der Wiesen		Neue S-Bahn Station „Rosenhügel“
„Grüne Tangente“ Industriegebiet	Erschließungskonzept In der Wiesen		„Breitenfurter Boulevard“
Am Petersbach	Angebotsverbesserungen im hochrangigen ÖV-Netz		Ganzheitliche Entwicklung des Quartiers In der Wiesen
Zum Kellerberg	Bustangentiale		Lokales Zentrum In der Wiesen
Stadtteilpark Atzgersdorf	„Liesingtaltangente“ - Schnellbusverbindung		Erlaaer Spitz
Knüpfwerk Atzgersdorf	Vom Süden bis Hietzing - Schnellbusverbindung		Ortskern Siebenhirten
Stadtteilpark In der Wiesen Mitte	Liesing-Linie Lokal		Liesinger Platz
	„Breitenfurter Boulevard“		Industriegebiet Liesing
	„Grüne Tangente“ Wiesen Süd - Aktivverkehrskorridor		
	„Grüne Tangente“ Industriegebiet - Aktivverkehrskorridor		
	Radlangstrecke		

Tabelle 9: Räumliche Prinzipien, Quelle: Eigendarstellung nach MA18 2015: 62 ff

Mit der Aufwertung des Bezirkes muss auch die soziale Infrastruktur an die neuen Begebenheiten angepasst werden. Zusätzliche Kindergärten und Schulen sind sowohl in Atzgersdorf als auch in der Wiesen notwendig. In Atzgersdorf sieht der Strukturplan mindestens zwei neue Schulen und die Erweiterung einer bestehenden Schule, in der Wiesen soll um vier neue Schulen und eine bereits geplante Schulerweiterung bereichert werden (ebenda: 80 f).

Bereits bekannt sind die auch heute noch bemerkbaren ehemaligen Ortskerne, die oftmals von vormals industriell genutzten Gebieten flankiert werden. Starke Zentren und Quartiere sollen aufeinander abgestimmt werden, um eine Wechselwirkung zwischen den neuen Zentren und Quartieren zu fördern (MA 18 2015: 82). Ein Beispiel ist das Zentrum von Atzgersdorf, dem durch das Carée Atzgersdorf ein starker Konkurrent erwachsen ist und das mit Abwanderung von Einzelhändlern zu kämpfen hat. Die Gestaltungs- und Aufenthaltsqualität soll ebenso wie der Austausch mit dem neuen Zentrum verbessert werden, um die Konkurrenzsituation sukzessive zu verringern und mögliche Bezüge zueinander herzustellen. Weitere Schwerpunktsetzungen in Atzgersdorf sind die ehemalige Sargfabrik, die Breitenfurter Straße und die neu zu errichtende S-Bahn-Station Rosenhügel. Kulturelle Nutzung „außerhalb des Blickfelds der Innenstadt“ (ebenda: 84) soll als Ankerpunkt für die Veränderungen vor Ort in der Sargfabrik stattfinden. In der Wiesen bedarf als neu zu errichtender Stadtteil einer ganzheitlichen Orientierung, die die Entwicklung eines städtebaulichen Verfahrens notwendig macht. Der geplante nördliche Ausgang der U6-Station Erlaaer Straße soll die Stütze für ein lokales Zentrum in der Wiesen sein. Neben dem Erlaaer Spitz zwischen Triester und Altmannsdorfer Straße, der stark von Autoverkehr geprägt ist und mehr lokalen Bezug nötig hat, wird dem Ortskern von Siebenhirten mit Gestaltungsmaßnahmen, Neuorganisationen des Erscheinungsbildes und aktiver Unterstützung der Kaufmannschaft sowie dem Industriegebiet Liesing mit aktiver Sicherung und Weiterentwicklung besonderes Augenmerk geschenkt (ebenda: 84 f).



LEGENDE ZENTREN UND QUARTIERE

Baufeld	Bezirksgrenze	Besondere Gebäude / Ortskern
Entwicklungsgebiet	S-Bahn	Straßen mit lokaler Versorgungsfunktion
Grünraum	U-Bahn	Verbindung herstellen
Friedhof	Badner Bahn	Lokales Zentrum
landwirtschaftliche Nutzung		
Gewässer		

Abbildung 18: Zentren und Quartiere, Quelle: MA18 2015: 82 ff

Unter allen Bezirken Wiens weist Liesing den höchsten Anteil an Transitverkehr, der außerhalb der Stadtgrenzen seinen Ursprung hat, aus. Angesichts der angestrebten Verdichtung ist

deshalb die Implementierung des Mobilitätsnetzes ein wichtiger Faktor. Der öffentliche Verkehr betrifft vor allem die S-Bahn Linien, die U6 und zu verbessernde oder neu anzulegende Buslinien (MA 18 2015: 72). Eine neue S-Bahn Station „Rosenhügel“ soll nicht nur zu einer verbesserten Mobilität im Norden Atzgersdorf führen, sondern auch eine Brückenschlagfunktion zwischen den westlich und östlich der Südbahnlinie gelegenen Stadtteile bilden. An der U6 Station Erlaaer Straße ist ein neuer, nördlicher Ausgang zusätzlich zu den südlichen Ausgängen geplant, der zu einer besseren Verbindung von In der Wiesen Mitte und In der Wiesen Ost führen soll (ebenda: 74). Überhaupt sind hier genau abgestimmte Planungsschritte im Bereich Städtebau, Freiraum und Verkehrsplanung notwendig, um möglichst kurze Wege zu schaffen. Zudem werden an allen drei wichtigen Verkehrslinien – der Südbahn, U6 und der Badner Bahn – Intervallverdichtungen angestrebt, die zum Teil bereits umgesetzt wurden. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Verbesserung und Schaffung neuer Buslinien wie einer Linie von Atzgersdorf bis zur U6 Station Erlaaer Straße, zur Altmannsdorfer Straße und darüber hinaus oder der Liesingtaltangente von der S-Bahn Station Liesing zur U6 Perfektastraße und über die Badner Bahn zur (künftigen) U1 Station Rothneusiedel. Zwischen Hietzing und Siebenhirten ist eine neue Nord-Süd Verbindung geplant, ebenso vom Rosenhügel über die erwähnte neue S-Bahn Station und die Erlaaer Straße nach Siebenhirten. Die Breitenfurter Straße soll neben einer breit angelegten Umgestaltung auch durchgehende eigene Busspuren erhalten, um den Busverkehr unabhängiger von Verkehrsstaus zu machen. „Grüne Tangenten“ im Industriegebiet und In der Wiesen sollen den Individualverkehr zwischen der S-Bahn und U-Bahn fördern (ebenda: 75 ff).

6.3.3. Schwerpunkt Atzgersdorf

Die baulichen Maßnahmen werden nicht überall sofort umgesetzt, sondern erstrecken sich über einen längeren Zeitraum und müssen von den vorhin beschriebenen Maßnahmen begleitet werden. Manche befanden sich zur Zeit des Strukturprojektes in der Planungsphase, manche in der Bauphase und Stand Anfang 2017 wurden bereits einige Projekte errichtet. In der Wiesen Mitte hat als völlig neu zu entwickelnden Stadtteil den größten Zeithorizont. Entlang des Emil-Behring Wegs und an der Breitenfurter Straße, flankiert von der Südbahn, liegen die Schwerpunkte in Atzgersdorf, die allerdings erheblicher struktureller Veränderungen bedürfen, um eine ausreichende Durchlässigkeit zu gewährleisten. Viele

Gebiete sind gewerblich genutzt, Lücken müssen gefüllt und öffentlich zugängliche Flächen geschaffen werden (MA 18 2015: 94). Als Stadtteilpark ist eine unbebaute Fläche am Wildschek-Areal im Gespräch, die bis an die bestehende Bahntrasse verlängert werden könnte. An der Liesing wäre der heutige Campingplatz ebenso gut geeignet, um eine Freiraumversorgung zu gewährleisten. Die Bebauung an der geplanten S-Bahn Station Rosenhügel sollte sich als lokales Zentrum mit einer attraktiven Durchquerung der Bahntrasse präsentieren, ebenso angedacht sind eine Buslinie und Radwege. Um die Breitenfurter Straße in den „Breitenfurter Boulevard“ umzuwandeln, sind unter anderem zwei neue Schulen, zwei (potentielle) neue Parks, kulturelle Schwerpunkte und bauliche Veränderungen angedacht. Schwerpunkte innerhalb des Schwerpunkts, sogenannte lokale Zentren wie das Zentrum von Atzgersdorf oder die ehemalige Sargfabrik, sollen als Beziehungs- und Orientierungspunkte dienen und den Stadtteil grundsätzlich prägen (ebenda: 96 f).

Eines der nächsten umzusetzenden Projekte ist das Carée Atzgersdorf, bei dem bis 2020 mehr als 1.350 Wohneinheiten gebaut werden sollen. Der Baubeginn ist 2018 geplant, nachdem 2017 alle erforderlichen Vorarbeiten abgeschlossen sind. Neben dem Emil-Behring Weg sollen hier mit Abstand die meisten Wohnungen im Schwerpunkt Atzgersdorf errichtet werden. Mittelpunkt wird ein Stadtteilplatz sein, auf dem ein Gemeinschaftshaus als Informationsquelle und Treffpunkt dienen soll und neben der Sargfabrik in fußläufiger Nähe einen weiteren Identifikationspunkt darstellen wird. Zusätzlich sind eine Spielstraße, ein Entréeplatz, ein Kinderspielplatz und ein neuer Kindergarten geplant (<https://www.wien.gv.at/bauen-wohnen/carree-atzgersdorf.html>, Stand 09.03.2017).

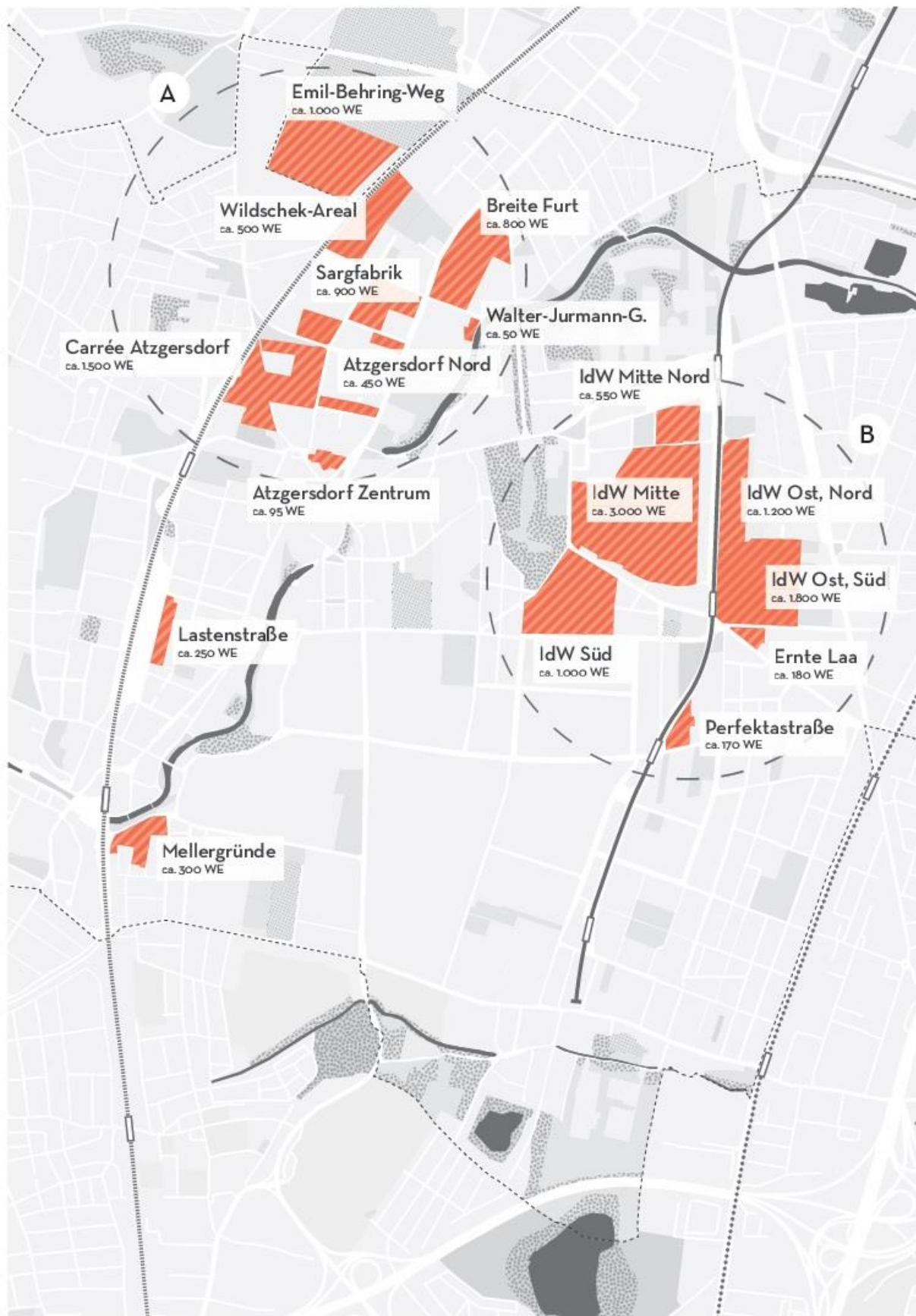


Abbildung 19: Projekte in Planung, Quelle: MA18 2015: 91

6.3.4. Schwerpunkt In der Wiesen

In der Wiesen wird in einen nördlichen, mittleren, südlichen und östlichen (bzw. nord-östlichen und süd-östlichen) Teil unterteilt. Ein großer, 22 ha umfassender Bereich könnte gesamtheitlich bebaut werden, wobei noch auf die Eigentümerverhältnisse eingegangen und der nahe Wohnpark Alterlaa sowie kleinteiligere Wohnhausanlagen miteinbezogen werden müssen (MA 18 2015: 98). Anders als in Atzgersdorf muss der Stadtteilpark In der Wiesen Mitte genauer geplant werden, Freiraumverbindungen entlang der Rösslergasse und an der Alterlaa-Erlaaer Straße könnten die zu planenden neuen Freiraumbereiche miteinander verbinden. Das Verkehrskonzept sieht vor, die öffentlichen Räume möglichst von individuellem Verkehr freizuhalten und kurze Wege zu garantieren. Auch die Frage nach Stellplätzen in Form von Garagen muss noch abgeklärt werden (ebenda: 100 f).

Wichtig ist eine optimale Einbindung der beiden U6 Stationen Alt Erlaa und Erlaaer Straße, die als Knotenpunkte für die lokalen Zentren dienen sollen (MA 18 2015: 101). Wie die Nettobaufläche (bereits abzüglich Straßen, Fußwege, Plätze, Grünflächen und Schulen) exakt bebaut werden kann, wurde anhand von vier Szenarien durchgespielt. Szenario 1, „der Fleckerlteppich“, sieht eine parzellenweise, voneinander unabhängige Bebauung vor, die keine ganzheitliche Entwicklungsperspektive vorsieht. Diese Variante wurde als unökonomisch und für eine moderne, urbane Entwicklung als nicht tragfähig angesehen. Szenario 2, „Das Quartier Der Dörfer“, würde Teilbereiche zusammenfassen und diese gemeinsam entwickeln. Diese Dörfer würden dann nach und nach miteinander verknüpft. Bedenken wurden wieder hinsichtlich der Planungssicherheit und der Schaffung von Infrastruktur geäußert (ebenda: 104). Szenario 3, „Der Große Garten“, könnte ein ganzheitliches Leitbild haben, aber in unterschiedlichen Etappen entwickelt werden und so für eine aufeinander abgestimmte Entwicklung sorgen. Bei einer freiwilligen Flächenumlegung, bei der alle Eigentümer entsprechend an der Infrastrukturschaffung beteiligt sind, könnte dieser Plan sinnvoll sein. Szenario 4, „Der Masterplan“, vernachlässigt die Parzellenstruktur (wie etwa beim Carée Atzgersdorf) und sieht eine ganzheitliche Entwicklung des Gebiets vor. Schwierig ist die Frage nach dem Koordinationsaufwand, da alle Eigentümer zur gleichen Zeit am selben Strang ziehen müssten und alle Interessen in diesem Masterplan gebündelt werden müssten (ebenda: 105).

	Atzgersdorf	In der Wiesen	Gesamt (A+I)	Liesing Mitte
BGF (m²)	ca. 570.000	ca. 850.000	ca. 1.420.000	ca. 1.480.000
WE	ca 5300	ca. 7900	ca. 13.200	ca. 13.750
Einwohner	ca. 11.100	ca. 16.600	ca. 27.700	ca. 28.900

Tabelle 10: Überblick über ausgewählte Parameter, Quelle: MA18 2015: 90

Tabelle 10 zeigt noch einmal die Bedeutung der beiden Stadtentwicklungsschwerpunkte im Bezirk Liesing. Alleine aufgrund der hier erfolgten Neubautätigkeit sollen knapp 28.000 Einwohner neuen Wohnraum finden, wobei In der Wiesen etwa ein Drittel mehr Bewohner aufnehmen wird. Insgesamt sollen nur 60.000 m² im Zielgebiet Liesing Mitte nicht auf Atzgersdorf oder In der Wiesen entfallen.

6.4. Quartiersmanagement Standpunkt Liesing

Das Quartiersmanagement Liesing am Standort Perfektastraße 87 hat sich vor allem eines zum Ziel gesetzt: Information und Beratung bei gleichzeitiger Kooperationsstärkung anzubieten. Dabei geht es, anders als in den schon vorgestellten Projekten, nicht darum, Wohneinheiten zu entwickeln oder gar neue Stadtteile von Grund auf zu planen, sondern um die Weiterentwicklung, Aufwertung und Gestaltung eines historisch gewachsenen Gewerbegebietes. Die erste Betriebsansiedlung erfolgte bereits 1828 mit der Firma Braun und Wagenmann (Spiritus, Branntwein, Farbstoffe), mit Stand 2011 sind 563 Unternehmen registriert. Abgesehen von dieser historischen Komponente sind die heutigen Standortvorteile in der Nähe zu vielen Autobahnen (A2 Richtung Süden, A 21 Richtung Westen, A 23 Richtung Norden bzw. S1/A4 Richtung Osten) als auch dem öffentlichen Verkehrsnetz, vor allem der U6 und der Südbahn, zu sehen. Wohngebiete sind nur an den Rändern des Gebietes gewidmet, vorherrschend sind die Widmungen „Industriegebiet“ und „Gemisches Baugebiet“. Als Teil des Stadtentwicklungsgebietes Liesing können freie Flächen zur Betriebsansiedlung geboten werden, deren erste Anlaufstelle das Quartiersmanagement ist (<http://www.standpunkt-liesing.at/der-standpunkt-liesing/>, Stand 07.03.2017).

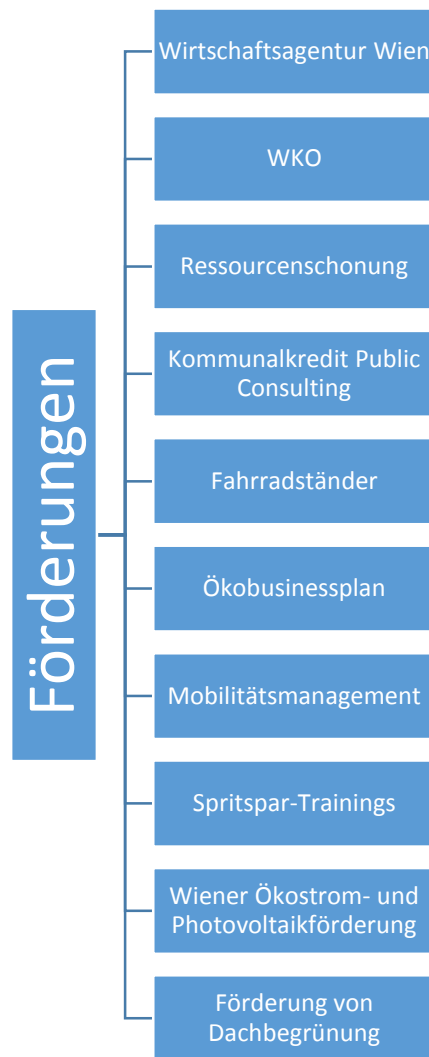


Abbildung 20: Förderungen des Standpunkt Liesing, Quelle: <http://www.standpunkt-liesing.at/foerderungen/>, 14.03.2017, 10:50

Umfassender formuliert werden folgende Tätigkeitsbereiche verfolgt (<http://www.standpunkt-liesing.at/das-quartiersmanagement/>, Stand 07.03.2017):

- Information und Beratung im Förderungsbereich
- Netzwerkaufbau- und pflege
- Organisation von Veranstaltungen
- Aufbau eines regionalen Wissensmanagements
- Vermittlerrolle zwischen ansässigen sowie standortsuchenden Unternehmern, Betriebsgründern, Grundeigentümern, Investoren und Projektentwicklern, Bezirkspolitik, Verwaltung

Das Quartiersmanagement soll also Anlaufstelle für Fragen aller Art sein, die von der Grundstückssuche über Informationen zu Förderungen oder Anliegen zur Verbesserung der Situation vor Ort reichen. Wie Informationsfluss und Kooperation konkret gestärkt werden sollen, zeigt sich anhand der geplanten Öffnung von nicht zugänglichen Flächen außerhalb der Betriebszeiten, die die Aufenthaltsqualität stärken sollen, der Zwischennutzung von brachliegenden Flächen und die Sichtbarmachung einer Landmark Liesing durch Orientierungstafeln, einem Verkehrsleitsystem und einem Ausstellungscontainer an der U6 Station Perfektastraße (<http://www.standpunkt-liesing.at/das-quartiersmanagement/>, Stand 07.03.2017).

6.4.1. Aktuelle Projekte

SEGRO-Park

Eines der beiden derzeitigen großen Projekte findet am ehemaligen Areal von Novartis im Bereich Brunner Straße / Carlberggasse statt. SEGRO ist auf Lösungen in den Bereichen Gewerbe- und Industrieimmobilien spezialisiert und in zehn europäischen Ländern tätig. Zu den Mietern in Deutschland zählen vor allem Transport und Logistik, produzierendes Gewerbe, Einzelhandel und Großhandel in internationaler und nationaler Ausfertigung (http://www.standpunkt-liesing.at/fileadmin/user_upload/SEGRO_Park.pdf, Stand 14.03.2017).

SEGRO PARK WIEN LIESING



Abbildung 21: Segro Park Wien Liesing, Quelle: http://www.standpunkt-liesing.at/fileadmin/user_upload/SEGRO_Park.pdf, Stand 14.03.2017, 10:50

Der Segro Park Wien Liesing wird sich auf ca. 11 ha Grundstücksgröße erstrecken, der in mehrere Bereiche unterteilt wird. Unter anderem sollen ein Parkdeck, eine eigene Kita und ein Pavillon errichtet werden. Bereits zu sehen ist ein Verteilerzentrum von DHL. Mit Blick auf kooperative Planung sticht vor allem der Slogan hervor, mit dem sich Segro selbst beschreibt: Stabilität, Ressourcen- und Energieeffizienz sowie Entwicklungspartnerschaften (http://www.standpunkt-liesing.at/fileadmin/user_upload/SEGRO_Park.pdf , Stand 14.03.2017).

LAB-Liesing

Das LAB Liesing dient als Entwicklungslabor urbaner Arbeitslandschaft und wird die im Standpunkt Liesing erarbeiteten städtebaulichen Leitlinien im Bereich der Perfektastraße umsetzen. Besonders im Fokus stehen 19,5 ha in unmittelbarer Umgebung der U6 Stationen Perfektastraße und Siebenhirten mit dem Fokus auf Freiräume und Straßenräume. Unterschieden wurde in Freiraum und Nutzungen (Straßenräume und Binnenräume), Gemein- / Nachraum und Gebäudestruktur und Nutzungen (http://www.standpunkt-liesing.at/fileadmin/user_upload/downloads/160406_LIE_Lab_Perfektastrasse.pdf, Stand 14.03.2017).

6.4.2. SWOT-Analyse

Eine SWOT-Analyse als Stärken/Schwächen und Chancen/Risiken-Untersuchung soll dabei helfen, ein ressourcenschonendes Industriegebiet Liesing umzusetzen. Dabei wurden fachliche Expertisen in den Bereichen Raumplanung, Freiraumplanung, Städtebau, Architektur, Verkehrsplanung, Infrastrukturplanung, Energieberatung, soziale Systeme und Nachhaltigkeit erstellt. Die Ziele sind eine langfristige Wettbewerbsfähigkeit auf eine attraktive, ressourcenschonende und nachhaltige Art und Weise (MA 21b et. al 2011: 26). Im Prozessablauf waren eine Bestandsanalyse, Internetbefragungen und Kommunikation mit Auftraggebern und Akteuren vorgesehen, um daran anschließend eine SWOT-Analyse durchführen zu können (ebenda: 7f). Grundsätzlich ist das Industriegebiet Liesing ein relativ alter Standort, der über eine hervorragende Verkehrsinfrastruktur in Form von mehreren Autobahnen, Schnellstraßen und öffentlichen Verkehrsmitteln verfügt. Die Geschossanzahl der Gebäude bewegt sich meist im einstöckigen Bereich und ist in Form von Hallen konzipiert, das Baualter der Gebäude unterliegt dabei erheblichen Schwankungen. 29 % der Gebäude wurden zwischen 1946/1976, 24 % zwischen 1977/1996 und 29 % unbestimmten Datums

errichtet (ebenda: 13 f). Um besser verdeutlichen zu können, wie gering die Wohnnutzung in diesem Gebiet ist, kann die Bevölkerungszählung 2011 mit 739 wohnhaften Personen herangezogen werden (ebenda: 17). Bemerkenswert sind einige Gegensätze, die auch bei den mehrmaligen Begehungen bei genauerem Hinsehen sichtbar wurden. Abseits der Positionierung als Gewerbegebiet Liesing werden auch Gewerbegebiete innerhalb des Gewerbegebiets als einheitliche Fläche beworben, bei denen unklar scheint, inwieweit als gesamte Marke an einem Strang gezogen wird. Bezüglich der Leerstands- und Umstrukturierungsflächen ist zu bemerken, dass Betriebe selbstverständlich unterschiedliche Ansprüche an Standorte und Flächen haben. Erstaunlich ist zudem die Tatsache, dass einige Flächen unter Berücksichtigung des Bevölkerungsanstiegs als eventuelles Wohnbauland gehortet wurden (ebenda: 31). Geplant ist eine gemeinsame Marke unter dem Titel „Ressourcenschonendes Industriegebiet Liesing“, die viele freie Flächen auf einem verlässlichen, zusammenhängenden Standort bilden sollen (ebenda: 50). Wichtigste Konkurrenten im Umfeld sind etwa das IZ NÖ Süd, die Ailecgasse als gemeinsames Betriebsgebiet von Wien und Schwechat und Flächen in Himberg (ebenda: 61 f).

6.4.3. Masterplan

Um eine nachhaltige, strukturelle Aufwertung des Betriebsgebietes zu erreichen, wurde ein Masterplan ausgearbeitet, der als Planungsbasis der allgemeinen Standortentwicklung dienen sollte. Betont wurde die Notwendigkeit, das Gebiet auch während der betriebsarmen bzw. – freien Zeit attraktiver und belebter zu gestalten (Quartiersmanagement Standpunkt Liesing 2013: 18). Folgende Maßnahmenswerpunkte wurden in den vier Bereichen Raumplanung, Bebauung, Freiraum und Verkehr bearbeitet (ebenda):

- Marketing
- Ressourcenschonung
- Erreichbarkeit / Mobilität
- Kooperation / Vernetzung
- Freiraum / soziale Aspekte
- Erlebbarkeit / Bespielung

- Immobilienmarkt
- Vorzeigeprojekte

Die Fachexpertise Freiraum empfahl vor allem, das Betriebsgebiet Liesing nicht nur als Arbeitsplatz zu betrachten, sondern den Erhalt bestehender Freiräume und die Verbesserung des Freiraumangebotes zu forcieren. Konkretisiert werden könne dies durch die Gestaltung von kleinen Zentren, der Aufwertung und Schaffung von Freiräumen für Mitarbeiter, der allgemeinen Verbesserung des Straßenbildes oder der Förderung temporärer Nutzungen wie etwa die Begrünung der Schleppbahntrasse (ebenda: 19).

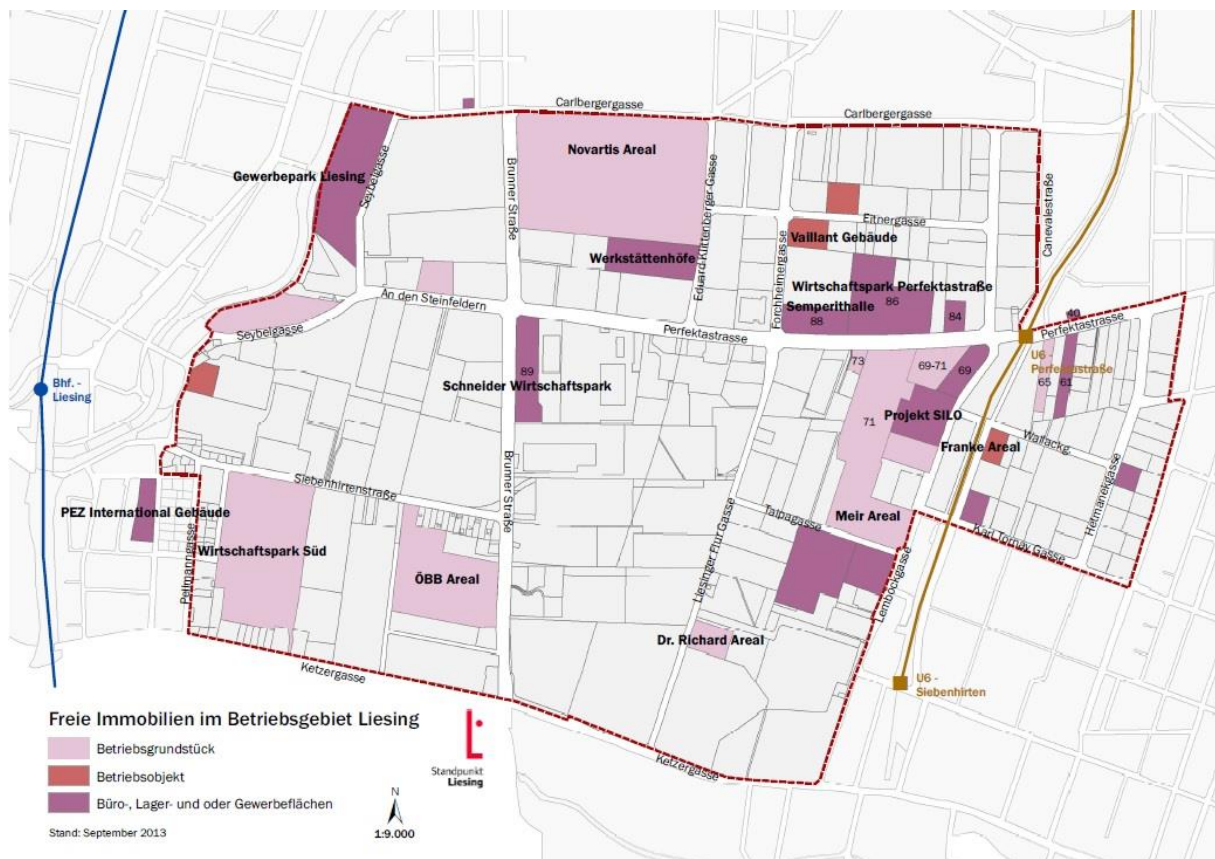


Abbildung 22: Freie Immobilien im Betriebsgebiet Liesing Stand 2013, Quelle: http://www.standpunkt-liesing.at/fileadmin/user_upload/downloads/Karte_Liesing_Freie_Immobilien.pdf, Stand 14.03.2017, 10:50

Raumplanerische Aspekte sollten vor allem hingehend der Aufwertung des Betriebsgebietes erfolgen und den Erhalt des Standortes mittels eines Flächenmanagements beinhalten. Eine gemeinschaftliche Identität als ressourcenschonendes Betriebsgebiet wurde angedacht, die auch Ausdruck einer Beschilderung an den wichtigsten Straßen wurde. Unterstützung bei der strukturellen Aufwertung oder Restrukturierung von Flächen würde durch den Standpunkt Liesing bereitgestellt (Quartiersmanagement Standpunkt Liesing 2013: 21). Die Fachexpertise

Verkehr fokussierte vor allem auf den Fuß- und Radverkehr, den öffentlichen und individuellen Verkehr sowie den Güterverkehr und seiner Logistik. In Kooperation mit der Fachgruppe Raumordnung wurde ebenfalls eine attraktivere Gestaltung des Straßenbildes mit einer Verbesserung der Durchwegung des Gebietes gefordert, da in einigen Bereichen Flächen nur weitgehend umgangen werden können. Eine damals schon und heute noch geforderte Verbesserung stellt die Taktung der Fahrpläne und die Linienführungen dar, die von Radabstellanlagen flankiert werden könnten (ebenda: 23).

7. Fragestellung 3 – Nutzung der vorhandenen Flächenpotentiale

Hier soll der Frage nachgegangen werden, wie zum Zeitpunkt der Begehungen Ende 2016 und Anfang 2017 die bisher behandelten Flächenpotentiale genutzt wurden. Alle untersuchten Bezirksteile unterscheiden sich in ihrer Dynamik als auch in ihrem Potential. Als Grundlage soll neben den kooperativen Planungen vor Ort auch der STEP 2025 dienen, der in Abbildung 23 deutlich die Entwicklungsschwerpunkte für Liesing, jedoch auch die vielfältigen Entwicklungschancen im Norden Wiens zeigt. Grob unterteilt werden kann in Bereiche der Siedlungsentwicklung und der Entwicklung von Wirtschaft und Zentren, wobei zwei Schwerpunkte besonders hervorstechen. Im Süden und Osten des Bezirks sind Zonen für nicht mischfähige Betriebe, die u.a. die Betriebsgebiete Liesing und Inzersdorf umfassen.

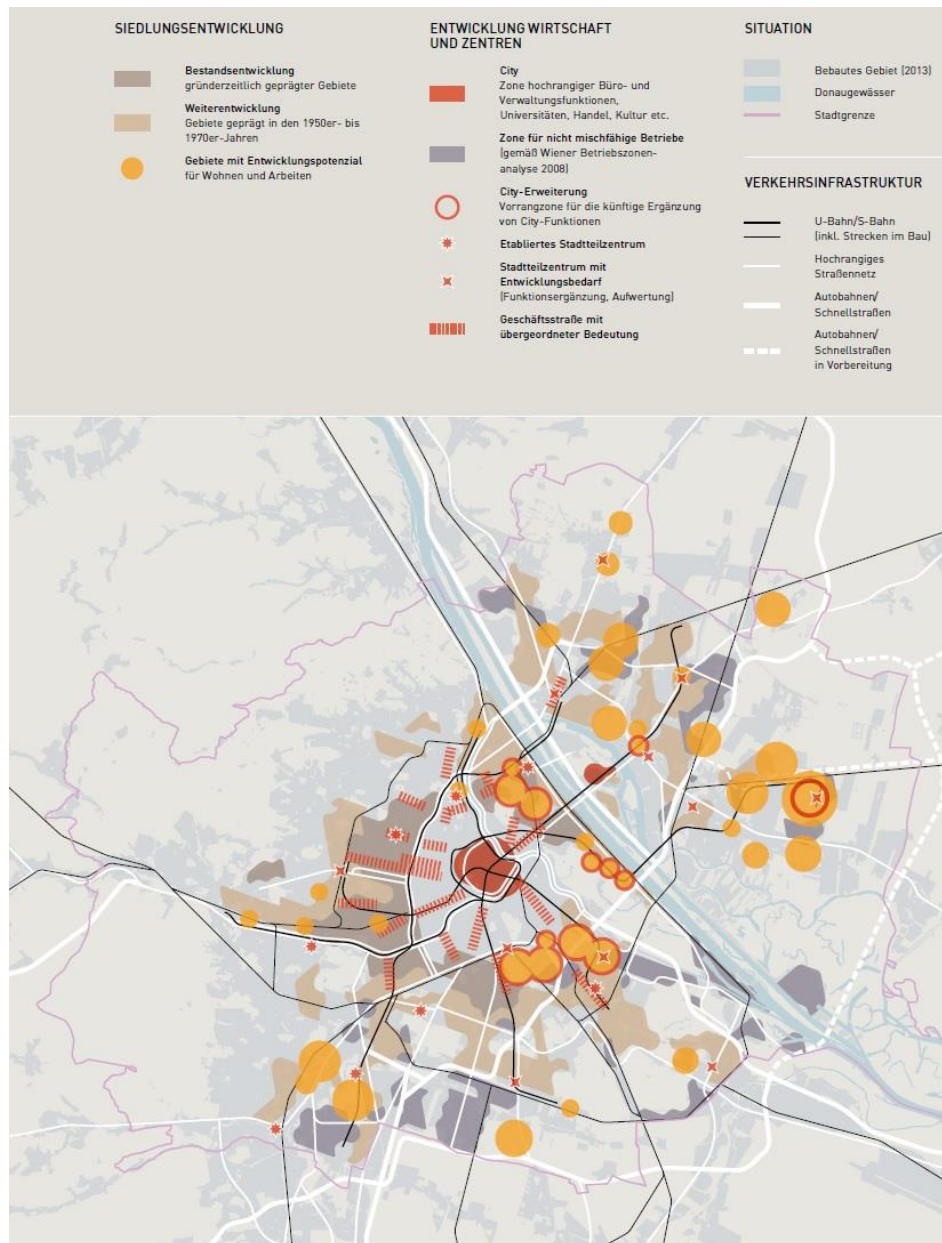


Abbildung 23: STEP 2025 – Leitbild Siedlungsentwicklung,, Quelle: MA 18 2014: 67

Ebenso deutlich sind die Gebiete mit Entwicklungspotential ausgewiesen, die im Kern Liesings Atzgersdorf und In der Wiesen betreffen. Zum Teil an diese Schwerpunkte anschließend, sind Weiterentwicklungen von Siedlungen der 1950er bis 1970er Jahre geplant.

7.1. Atzgersdorf

Folgt man dem Verlauf der Breitenfurter Straße stadtauswärts, so ergibt sich ein für außenstehende Personen seltsam unfertiger, für ortskundige Menschen jedoch weitaus vertrauter Anblick. Das hohe Verkehrsaufkommen im Kreuzungsbereich Breitenfurter Straße / Altmannsdorfer Straße kann nicht über die wie ein unfertiges Puzzle wirkende Bebauung

hinwegtäuschen. Nachdem die Straßenbahnlinie 62 Richtung Hetzendorf abbiegt, ist das einzige öffentliche Verkehrsmittel, abgesehen von der Südbahnstrecke, der Gelenksbus 62 A. Eine geschlossene Bebauung oder gar eine Blockrandbebauung ist hier zu keiner Zeit gegeben; vielmehr existiert zwischen dem Johann-Radfux-Hof auf Höhe Breitenfurter Straße 184 bis zur Kreuzung Kirchfeldgasse kein einziger sozialer Wohnbau. Die Szenerie ist von einigen älteren Einfamilienhäusern, einem meist auf Autos ausgerichteten Gewerbe, einigen Industriegebäuden und dazwischen liegenden Brachen gekennzeichnet. Es verfestigt sich der Eindruck, dass gerade die üppig ausgewiesenen Gewerbeflächen, die großzügige Parkflächen zur Verfügung haben, ein Hindernis für eine angestrebte Nachverdichtung sein können. Erst in den Seitenstraßen, die ostwärts oft einen Blick auf den Wohnpark Alterlaa mit seinen markanten Wohntürmen zulassen, sind zahlreiche Einfamilienhäuser zu sehen, die sogar oftmals einen dörflichen Charakter aufweisen. Westwärts zieht sich entlang der Gleise der Südbahn (noch immer) ein industriell geprägter Bereich, dem eine Durchmischung aus genutzten und ungenutzten Gebäuden anhaftet. Die Neubautätigkeit an der Breitenfurterstraße selbst bewegt sich auf einem erstaunlich niedrigen Niveau, sieht man von einem größeren Grundstück im Bereich Breitenfurter Straße / Kunerolgasse und einem kleineren Grundstück im Bereich Breitenfurter Straße / Charausgasse ab.



Abbildungen 24-27: Brachflächen im Bereich Breitenfurter Straße, Quelle: Eigendarstellung

Je weiter man sich dem alten Ortskern von Atzgersdorf annähert, desto höher wird der Anteil der Wohnflächen bzw. desto geringer der Anteil der Gewerbeflächen. Die Bausubstanz zeigt eine weitaus höhere Geschlossenheit und das Gefühl der Unvollkommenheit nimmt ab. Gerade im Hinblick auf die derzeitige Situation an der Breitenfurter Straße ist der alte Ortskern überdeutlich erkennbar. Ebenso deutlich ist die Konkurrenzsituation, in der der alte Ortskern von Atzgersdorf (z.B. in der unmittelbaren Umgebung der Pfarrkirche) mit den angrenzenden Bereichen steht. Große Supermarktketten bieten ein größeres Sortiment mit Parkflächen an, während der Ortskern eine begrenzte Anzahl an Flächen zur Verfügung hat. Wie es gelingen kann, den alten Kern nicht zu sehr gegenüber den neuen Zentren in Schieflage zu bringen, zeigen die Handlungsempfehlungen. Vor allem das Carée Atzgersdorf mit Baubeginn 2018 kann zu einer Konkurrenzsituation führen und die Gewerbetreibenden unter Druck setzen.



Abbildungen 28-31: Ortskern von Atzgersdorf, Quelle: Eigendarstellung

Dennoch konnte auch am Rand des Ortskerns die Fertigstellung eines Neubaus beobachtet werden, der eine enge räumliche und zeitliche Bindung sowohl an das alte Atzgersdorf als auch an die Breitenfurter Straße zulässt. Zugleich sollte aber klar sein, dass dieser Wohnblock eine Ausnahme bildet.

7.2. Erlaa

Erlaa kann in den nächsten Jahren durch das Entwicklungsgebiet In der Wiesen die größte Dynamik aufgrund großzügiger, derzeit noch unbebauter Flächen aufweisen. Zwischen den Stationen Alterlaa und Erlaaer Straße sind beidseitig der Trasse ehemals gärtnerisch genutzte Flächen frei von aktueller Nutzung, sieht man von einigen wenigen Bereichen ab, in denen noch Reste dieser ehemaligen Nutzung zu sehen sind. Die Verkehrsanbindung wäre durch die nördlich gelegene Anton-Baumgartner Straße, die östlich gelegene Altmannsdorfer Straße und die südlich bzw. westlich gelegene Erlaaer Straße sowie die das Gebiet in eine West und Ost Hälfte trennende U6 optimal. Bautätigkeiten durch die Strabag sind im östlichen Teil, In der Wiesen Ost, während der Begehung im Gange, allerdings scheint dies lediglich als vorbereitende Maßnahme für Wohnbauten zu gelten.



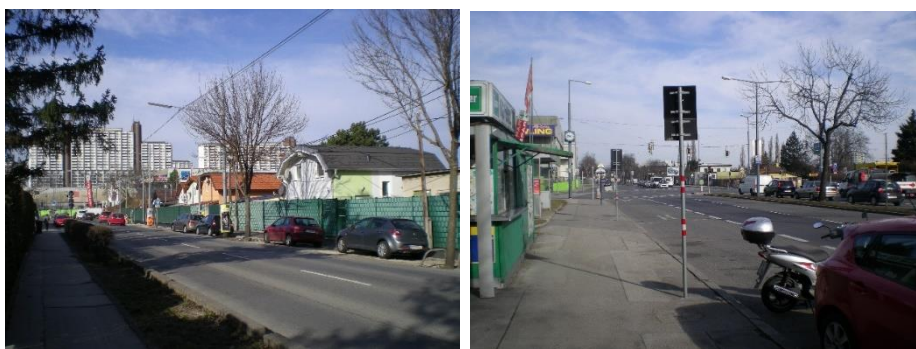
Abbildungen 32-35: In der Wiesen Anfang 2017, Quelle: Eigendarstellung

Bei einer kompletten Umrundung des Gebietes im Uhrzeigersinn von der U6 Station Alterlaa werden die Dimensionen dieses Stadtentwicklungsgebietes bewusst. Von Interesse werden die Interaktionen zwischen den neu gebauten Gebieten und bereits bestehenden Siedlungen sein. So scheint, obwohl die Altmannsdorfer Straße in Sicht- und Hörweite ist, die Zeit entlang der Putzendoplergasse stehengeblieben zu sein, da es hier auffallend ruhig durch eine verkehrsberuhigte Straße ist. Südlich der freien Flächen wird das ganze bauliche Paradoxon

von Liesing sichtbar: von Nord nach Süd sind Reste von ehemaligen Gärtnereien zu erkennen, daran schließen Wohnbauten der letzten Jahrzehnte an, die wiederum im Bereich der Erlaaer Straße von Resten des alten Dorfkerns abgelöst werden. Weiter südlich sind moderne Wohnbauten der letzten beiden Jahrzehnte entstanden, woran die nördlichen Ausläufer des Betriebsgebietes Liesing anschließen. Diese Beobachtungen erstreckten sich über lediglich 200 m Luftlinie. Ironischerweise konnte dabei eine Gaststätte mit dem klingenden Namen „Zum Mittelpunkt der Welt“ entdeckt werden.

7.3. Inzersdorf

Inzersdorf scheint durch die Tangente (A23) vom Rest des Bezirkes etwas abgeschnitten zu sein. Hauptverbindung nach Erlaa ist die Sterngasse im Bereich des Knoten Inzersdorf. Rund um den Friedhof sind sowohl Einfamilien- als auch Mehrfamilienhäuser angesiedelt, westlich, südlich und östlich schließen das Industriegebiet Inzersdorf und gewerblich genutzte Flächen an. Da die Schwerpunkte der Stadtentwicklung im Bezirk Liesing weiter westwärts liegen, lässt sich erwartungsgemäß wenig Dynamik erkennen. Einzelne gewerblich genutzte Flächen könnten den Besitzer wechseln, Flächen für groß angelegten Wohnungsbau scheinen nicht vorhanden zu sein.



Abbildungen 36-37: Einfamilienhäuser im Bereich Altmannsdorfer Straße, Quelle: Eigendarstellung

Westlich der Tangente bzw. der Triester Straße und östlich der Breitenfurter Straße befinden sich ausgedehnte Einfamilienhausgebiete, die ebenso wenig Dynamik in den nächsten Jahrzehnten zeigen werden. Wenn die Bautätigkeiten in In der Wiesen abgeschlossen sein werden, werden sich zwei relativ geschlossene Bereiche gegenüber stehen: auf der einen Seite der klassische Traum vom Einfamilienhaus mit einem kleinen Garten, jedoch in guter

Verkehrslage, auf der anderen Seite ein modernes Stadtentwicklungsgebiet, dass im Norden von den Wohntürmen Alterlaas flankiert wird.

7.4. Liesing

Östlich des Bahnhofs Wien/Liesing bzw. des Liesingbachs und westlich der U6 liegt das Industriegebiet Liesing. Das Kapitel über das Quartiersmanagement Liesing hat bereits einiges über kooperative Planungen vor Ort gezeigt. Ein Rundgang vor Ort lässt vor allem entlang der Perfektastraße einige Brachflächen in den Fokus rücken, die durch den Standpunkt Liesing oder private Makler zur Bebauung angeboten werden. Erstaunlicherweise befinden sich einige dieser Flächen in ausgezeichneter Lage wie etwa beiderseitig des P+R Perfektastraße in unmittelbarer Nähe zur U6 oder entlang der Perfektastraße in südlicher Ausrichtung. Einige Flächen harren zudem einer neuen Nutzung wie etwa das ehemalige A1 Logistikzentrum in der Nähe des Kreuzungsbereichs Brunnerstraße/Perfektastraße.



Abbildungen 38-41: Eindrücke im Gewerbegebiet Liesing, Quelle: Eigendarstellung

Auch wenn die Karten der freien Flächen nicht mehr aktuell sind, so zeigt sich dennoch das Potential, dass vorherrscht. Besonders ins Auge sticht auf Satellitenbildern das ehemalige Novartis Areal an der Ecke Brunnerstraße/Carlberggasse, auf dem ein Segro Park entstehen soll. Vor Ort wurde ersichtlich, dass das DHL Logistikzentrum bereits gebaut wurde und ein

weiteres Gebäude im Rohbau steht, die gesamte Fläche aber bei weitem noch nicht verbaut ist. Deutlich zu erkennen sind die Bemühungen, das Gebiet als Standpunkt Liesing zu vermarkten wie an einem Schaucontainer an der U6 Station Perfektastraße sowie einem großen, roten „L“ und mehreren Hinweistafeln an den Hauptverkehrsadern erkenntlich wird.

7.5. Siebenhirten

In Siebenhirten, eingerahmt durch die Triester Straße und die Ketzergasse, scheint neben Inzersdorf die geringste Dynamik aller untersuchten Bezirksteile von Liesing zu herrschen. Südlich der Ketzergasse scheint, auch bedingt durch die nahe Grenze zu Niederösterreich, wenig Potential vorhanden, rund um die U6 Endstation Siebenhirten sind die Ausläufer des Industriegebietes Liesing, mehrere Mehrparteienhäuser und mehrere große Wohnblöcke vorhanden. Im Einzugsgebiet der Triester Straße sind vor allem Einfamilienhäuser dominierend. Freie Flächen treten nur sehr sporadisch und in geringer Flächenausdehnung auf.

8. Handlungsempfehlungen

Das abschließende Kapitel soll aufbauend auf die drei Fragestellungen – Konfliktpotential, kooperative Planung vor Ort und Nutzung der vorhandenen Flächenpotentiale – der Frage nachgehen, welche Akteursgruppe in ihren Handlungen bestärkt werden kann, wo Verbesserungsansätze zu erkennen sind und wie die Zukunft des Bezirkes aus kooperativer Sicht verlaufen kann. Dabei sind die Handlungsempfehlungen klar strukturiert und umfassen die Stadt Wien mit ihren Planungsorganen, den Bezirk mit Schwerpunkt auf der Bezirkspolitik, der interessierten und mitgestaltenden Fachöffentlichkeit und schlussendlich den betroffenen Bürgern vor Ort.

8.1. Stadt Wien

In Bezug auf die Stadt Wien scheinen zwei Dinge von Bedeutung zu sein: auf welche Art wird, abgesehen von der räumlichen Komponente, aufgewertet und nachverdichtet und wie lassen sich kooperative Verfahren in ihren unterschiedlichen Ausprägungen auf einen gemeinsamen Nenner bringen, ohne von vornherein zu einengend zu wirken?

Handlungsempfehlung A: Vertikale Nachverdichtung zunächst hintanstellen

Prinzipiell kann zwischen horizontaler und vertikaler Nachverdichtung unterschieden werden, die ihre jeweiligen Vor- und Nachteile haben. Vertikale Nachverdichtung bedeutet nichts anderes als die Aufstockung bestehender Gebäude, ohne einen zusätzlichen Flächenverbrauch zu generieren. Die Versorgungs- und Verkehrsinfrastruktur (Straßen, Gas-, Wasser- und Stromanschlüsse, Abwässer etc.) ist bereits vorhanden, meist wird das Gebäude einer grundlegenden Sanierung unterzogen und energetisch optimiert. Eine große Herausforderung ist die Statik des Gebäudes und die Frage, ob die Fundamente ausreichen, um die zusätzliche Last zu schultern (Müller 2015: 41). Vorsicht ist außerdem vor einer zu einseitigen Herangehensweise mit Blick auf die Vermeidung von zusätzlichem Flächenverbrauch geboten, denn je großflächiger vertikal nachverdichtet wird, desto mehr Menschen werden die vorhandene Infrastruktur nutzen. Jede weitere Familie wird mit hoher Wahrscheinlichkeit einen PKW-Stellplatz benötigen bzw. die öffentlichen Verkehrsmittel mitbenutzen. Im Falle Liesings mit seiner heterogenen Bebauung in Form von Wohn-, Gewerbe-, Industrie- und Landwirtschaftsflächen, oft auf engstem Raum aneinandergereiht, stellt sich die Frage, wo es sinnvoll ist, vertikal nachzuverdichten. In den alten Ortskernen sind viele Häuser denkmalgeschützt, in Gewerbe- und Industriegebieten eine Wohnbebauung weder sinnvoll noch erwünscht. Ergänzt werden die eben genannten Gebiete durch ausgedehnte Einfamilienhaussiedlungen und Kleingartenanlagen. Am ehesten ließen sich bereits bestehende Wohnblöcke wie etwa im Bereich der Altmannsdorfer Straße/ Putzendoplergasse aufstocken, dies scheint aber in Bezug auf die Schwerpunkte Atzgersdorf und In der Wiesen mit großen, freien Flächen zu diesem Zeitpunkt nicht sinnvoll.

Dem gegenüber steht die horizontale Nachverdichtung, die abgesehen von freien Flächen auch in städtischen Blockinnenbereichen (in Liesing nachrangig) oder auf den oft zu großzügig angelegten Grünflächen zwischen Wohnbauten der 1950er bis 1970er Jahre möglich ist. Die Vorteile liegen auf der Hand: am Stadtrand werden keine neuen Flächen erschlossen, wodurch die Flächenversiegelung wesentlich geringer ist; umgewidmete ehemalige Gewerbeflächen (z.B. im Bereich der Breitenfurter Straße) können sogar besser begrünt sein als im Ist-Zustand; alle notwendigen Anschlüsse sind zumeist vorhanden, wenngleich in Liesing vor allem der öffentliche Nahverkehr Nachverbesserungen erfordert und allgemein erfolgt eine Aufwertung der Gebiete mit einer stärkeren städtischen Identität (siehe z.B. Sargfabrik in Atzgersdorf). Die Herausforderungen bestehen vor allem aus zwei gravierenden Punkten: Wie soll der künftige Grundriss aussehen und sind die geplanten Projekte genehmigungsfähig? Und wie sehen die Anrainer die zukünftigen Entwicklungen? (Müller 2015: 69). Mit Blick auf die beiden Schwerpunkte scheint zunächst eine horizontale Nachverdichtung von Vorteil zu sein, die vor allem bei In der Wiesen einen gänzlich neuen Stadtteil mit sich bringen kann. Durch die U6 ist hier bereits ein hochrangiger ÖPNV-Anschluss in horizontaler Richtung gegeben, während die Vertikalverbindungen bei steigender Bevölkerungszahl noch Nachjustierungen erfordern. Auch die Umwidmungen im Bereich der Breitenfurter Straße von vormals gewerblich- oder industriell genutzten Flächen sprechen für diese Form von Nachverdichtung. Maßnahmen durch eine neue S-Bahn Station und eine verbesserte Busspur sind angedacht. Von großer Bedeutung wird die Umsetzung jener Grünflächen sein, die in der Perspektive Liesing angedacht sind, um ein ausreichendes Freiraumnetz für die ansässigen und neuen Bewohner zu schaffen. Hier scheint wohl auch ein Ansatzpunkt vorhanden, um etwaige Bedenken abzumildern, da so heute nicht zugängliche Flächen (z.B. das Wildschek Areal oder große, durch Gitter abgesperrte Freiflächen östlich der Breitenfurter Straße) für eine Freiraumnutzung geöffnet werden können, also de facto mehr Flächen für die bereits ansässige Bevölkerung zur Verfügung stehen.

Eine Evaluierung kooperativer Verfahren spricht Ziele an, die entweder nicht erreicht oder deren Zielerreichung zumindest fragwürdig ist: die Verknüpfung mit der Öffentlichkeit, eine Stärkung der Planungskultur, Vermeidung von langwierigen Umplanungen und eine bessere Grundlage für weitere Planung (MA 21 2014b: 110 ff). Mit dem Entwurf eines Partizipationsleitfadens für die Stadt Wien ist ein erster Schritt in die richtige Richtung getan, damit eine in Grundzügen geregelte Kommunikation zwischen den Beteiligten bereits frühzeitig erfolgen kann. Abgesehen von formalen Planungsschritten wie Änderungen der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne kann so zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt Beteiligung im Planungsprozess ermöglicht werden. Dabei wurde eine Grundsystematik „Einladen-Beteiligen-Rückmelden“ anvisiert (MA 21 2016: 7 f). Im Hinblick auf die bisher nicht erreichten Ziele bei kooperativen Verfahren sollte mittels des Partizipationsleitfadens evaluiert werden, inwieweit dieser die Lücken schließen kann und die darin bereits beschriebene Überprüfung und Weiterentwicklung sicherstellen kann (ebenda: 45).

8.2. Bezirk Liesing

Dem Bezirk Liesing soll eine Mittlerrolle zwischen der Stadt Wien und den vor Ort lebenden Bürgern angedacht werden. Dadurch kann nicht „das Rad neu erfunden“ werden, wohl aber sind Bezirkspolitiker näher am Ort des Geschehens angesiedelt als Stadtpolitiker. Gerade eine Großstadt wie Wien weist viele verschiedene Zielgebiete aus, die alle einer tiefer gehenden Analyse bedürfen. Besonders wichtig sind dabei zwei Bereiche: der Kontakt zwischen den Bezirksvertreten und dem Zielgebietskoordinator für den 23. Wiener Gemeindebezirk und der Kontakt zwischen den Bezirksvertretern und der Bevölkerung vor Ort. Die meisten Kontakte würden sich im informellen Bereich bewegen und dabei Gespräche, Informationsveranstaltungen vor Ort oder in dafür geeigneten Einrichtungen vorsehen.

8.3. Bürger

Handlungsempfehlung E: Beteiligung geht über negative Erfahrungen hinaus

Beteiligung sollte nicht erst dann beginnen, wenn negative Erfahrungen gemacht werden und dagegen Protest eingelegt wird. Beteiligung sollte als aktive Mitgestaltung der eigenen Umgebung oder anderer Stadtgebiete verstanden werden, die so helfen können, Probleme erst gar nicht entstehen zu lassen. Um dies der Bevölkerung bewusst zu machen, ist ein permanenter Informationsfluss von Nöten, der verhindern soll, dass die Bürger der Beteiligung überdrüssig werden. Zudem kann auf neue Methoden hingewiesen werden, von denen hier zwei ausgewählte Beispiele vorgestellt werden sollen.

Handlungsempfehlung F: Systemisches Konsensieren

Oftmals wird mit klassischen „Schwarz-Weiß“ Argumenten gearbeitet: entweder ist man für einen Vorschlag oder strikt dagegen. Systemisches Konsensieren kann dieses Denkmuster aufbrechen und gerade bei Beteiligungsprozessen in kooperativen Verfahren für eine breite Palette an durchführbaren Vorschlägen sorgen. Jeder Kooperation wohnt ein Konsens inne, der den geringsten Widerstand erzeugt. Er wird das geringste Konfliktpotential besitzen und bei der Umsetzung weniger bekämpft werden (Visotschnig 2015: 31). Systemisches Konsensieren reiht die Vorschläge sowohl nach Zustimmung als auch Widerständen und erzeugt so ein komplett anderes Bild. Ein fiktives Beispiel würde bei In der Wiesen eine Hochhaussiedlung mit 100m hohen Türmen vorsehen, die von der Bevölkerung strikt abgelehnt werden. Dem gegenüber können weitere Vorschläge stehen, die jeweils eine Reduzierung der Geschosshöhen vorsehen und weniger Widerstände mit sich bringen. Die Vorschläge werden demnach in eine Reihe mit dem geringsten und höchsten Widerstand gelegt, wobei der Vorschlag, der von allen Beteiligten den geringsten Widerstand erfährt, der Konsens ist (ebenda: 32 ff). Die Vorteile liegen auf der Hand: hier wird eine Entscheidung unter der Mitwirkung vieler gefällt, bei der „selbst Vorschläge, die eine relative Mehrheit erhalten, (...) von einer absoluten Mehrheit der Beteiligten abgelehnt werden (können)“, womit eine Wahl zwischen „Pest und Cholera“ vermieden werden kann (ebenda: 34). Der Mehraufwand

sollte sich unter dem Aspekt der gewollten Kooperation in Grenzen halten und könnte leicht in bestehende Verfahren eingebaut werden. Wichtig ist für denjenigen, der einen Konsens zu einem Vorschlag haben möchte, zu sehen, woher der Widerstand überhaupt kommt und wie diesem begegnet werden kann (ebenda: 38). Klarerweise bietet sich systemisches Konsensieren auch im Internet an, womit eine Überleitung zum nächsten Punkt gegeben ist: e-Partizipation im Internet.

Handlungsempfehlung G: e-Partizipation im Internet

Das Internet bietet viele Chancen, aber auch Risiken mit Blick auf e-Partizipation. Kommunikation erlebt hier eine Flexibilisierung unabhängig von einer räumlichen und zeitlichen Komponente, die die Beteiligung der Bürger bei kooperativen Planungsverfahren ermöglichen würde und die Akzeptanz und Qualität von Entscheidungsprozessen heben könnte (Seethaler 2015: 86 f). Seethaler unterscheidet hierbei mehrere Bedürfnisse und Funktionen für Beteiligte (ebenda: 88):

- Generieren und Austausch von Information und Orientierung im Alltag
- Unterhaltung und Zeitvertreib
- Selbstdarstellung und Identitätsfindung
- Zugehörigkeitsgefühl

Genau hier scheinen aber auch die Risiken von e-Partizipation zu liegen, denn nahezu jeder kann mit einfachsten Kenntnissen eine zu selbstbezogene Darstellung ausleben und damit viel mehr Menschen erreichen, als dies offline möglich wäre. Ein Austausch von Informationen ist wichtig, jedoch können Scheinkommunikation oder Kommunikationsverweigerung um des reinen Verhinderns problematisch werden. Nichtsdestotrotz ist mit Blick auf die vorhandenen Angebote den Bürgern empfohlen, mehr e-Partizipation zu fordern, die sowohl vor, während und nach den klassischen Beteiligungsprozessen stattfinden kann. Meist erstrecken sich die Angebote auf unverbindliche Planungsdokumente, die eine Zusammenfassung der Ergebnisse präsentieren. Das Evaluierungsverfahren kooperativer Verfahren moniert, dass Ergebnisse teilweise nur in lokalen Ausstellungen präsentiert wurden oder bestimmte Gruppen nur schwer dauerhaft an Ergebnisse herangekommen sind (MA 21 2014 b: 100 f).

8.4. Fachöffentlichkeit

Handlungsempfehlung I: Mittlerrolle zwischen Stadt, Bezirk und Bevölkerung

Die Fachöffentlichkeit steht nach Auffassung des Autors gewissermaßen zwischen den Stühlen: Für die Bevölkerung besitzen diese oft eine Fülle an Wissen, die sie selbst niemals oder nur schwer erreichen können und für die Politik denken sie oftmals in ganz anderen Maßstäben, die für diese schwer verwirklicht sein können. Prinzipiell besitzen sie das meiste Wissen, ohne für die ausführende Politik (und deren Verantwortung) zuständig zu sein oder vor Ort mit den gesetzten Maßnahmen leben zu müssen. Deshalb kann ihnen, abseits der fachlichen Expertise, eine Mittlerrolle zufallen, die den Bürgern in allen Details zu Hilfe kommt und der Politik helfen kann, die Anliegen derselben besser bearbeiten zu können.

9. Zusammenfassung und Ausblick

Liesing wird in den nächsten Jahrzehnten einer der spannendsten Bezirke Wiens sein. Das Stadtbild wird sich zwischen alten Ortskernen und neuen Zentren, Kleingartenanlagen und Einfamilienhäusern, Gewerbe- und Industrieflächen, oft mit Blick auf die bekannten Wohntürme in Alterlaa, massiv verändern. Neue Zentren werden neben alten Ortskernen entstehen, in ehemaligen Betriebsgebieten werden Wohnungen gebaut und andere Betriebsgebiete als Marke nach außen gestärkt. Die Schwierigkeit besteht darin, die Diversität Liesings mit dem prognostizierten Bevölkerungswachstum zu vereinen und der Frage nachzugehen, inwieweit diese durch Nachverdichtungen gestärkt oder abgeschwächt werden soll. Wird es in Zukunft also noch mehr unterschiedliche Nutzungen auf engstem Raum geben?

Es scheint so, als ob sich diese Diversität in manchen Bereichen eher auflösen und in anderen Bereichen verstärkt auftreten wird. Nach Abschluss aller geplanten Projekte in Atzgersdorf werden sich etwa entlang der Breitenfurter Straße bis zum alten Ortskern Atzgersdorfs Wohnbauten ziehen, die von jenen Gewerbegebieten flankiert werden, die sich auf die veränderte Situation optimal einstellen konnten. Damit sind Industriebetriebe und die meisten Gewerbegebiete aus diesem Stadtteil abgewandert. Auch in der Wiesen wird eine

Lücke in der Wohnraumversorgung in Erlaa schließen und die Gärtnereien vollständig verdrängen. Anders sieht die Situation bei den ausgedehnten Einfamilienhausgebieten aus, deren Homogenität eine viel längere Zeitspanne aufweist. Ob und wann hier jemals Nachverdichtungen stattfinden werden, ist aktuell nicht abschätzbar. Ebenso stellt sich die Frage nach der Dynamik in den einzelnen Bezirksteilen: Werden auch Inzersdorf und Siebenhirten eine ähnliche Entwicklung erleben?

Kooperative Verfahren sollten im Wien des 21. Jahrhunderts selbstverständlich sein. Ihre Verfahrensfülle bietet jedoch sowohl Chancen als auch Risiken für den Erfolg eines Beteiligungsverfahrens und die erzielten Ergebnisse. Gerade in einem Bezirk wie Liesing mit vielen verschiedenen Ausgangspositionen bietet es sich an, der Verfahrensfindung und –vorbereitung im Vorfeld ausreichend Zeit einzuräumen. Ein Qualitätsverlust bei der Ausarbeitung und Speicherung der Resultate wäre nicht nur in Hinblick auf verlorenes Wissen katastrophal, sondern auch für die Menschen vor Ort ein falsches Signal von fehlender Wertschätzung und Professionalität. Gerade ein Projekt wie In der Wiesen kann eine Signalwirkung für kommende Projekte haben, die hierbei nicht nur lernen, wie eine unbebaute Fläche entlang einer ins Zentrum führenden U-Bahn-Trasse bebaut werden kann, sondern auch, wie die entsprechenden Beteiligungsprozesse ablaufen.

Schlussendlich muss klar sein, dass Beteiligung niemals endet. Kooperativen Planungsverfahren werden in einer Großstadt wie Wien niemals die Flächen und Ideen ausgehen, ebenso wenig werden sich ohne diese Beteiligungen konkurrierende Meinungen einander angleichen. So gesehen sind die hier vorgestellten Planungsverfahren nur ein Tropfen auf den heißen Stein, dem noch viele weitere Diskussionen folgen mögen. Der nächste STEP wird zeigen, ob im 23. Wiener Gemeindebezirk weiterhin Entwicklungsschwerpunkte liegen oder ob diese vorerst ausgereizt sind und andere Gebiete von Wien verstärkte Aufmerksamkeit erfahren. Ein wichtiges Thema in der Zukunft könnte die Verkehrssituation darstellen, die durch die steigenden Bevölkerungszahlen eine zusätzliche Belastung zum Durchzugsverkehr zu verkraften hat. Auch die Querverbindungen des ÖPNV im Bezirk – von West nach Ost oder umgekehrt – können noch optimiert werden, was auch im Betriebsgebiet Liesing ein oft geäußelter Wunsch ist. Die Zukunft des Bezirks wird auf jeden Fall aus stadtplanerischer Sicht eine spannende sein, die weitere Evaluierungen im Laufe der Zeit nötig macht.

10. Verzeichnisse

10.1. Abbildungsverzeichnis

ABBILDUNG 1: OECD REGIONAL TYPOLOGY: EUROPE, QUELLE: DIRECTORATE FOR PUBLIC GOVERNANCE AND TERRITORIAL DEVELOPMENT 2012: 8	13
ABBILDUNG 2: GRAD DER URBANISIERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION NACH GEMEINDE, QUELLE: HTTP://WWW.STATISTIK.AT/WEB_DE/KLASSIFIKATIONEN/REGIONALE_GLIEDERUNGEN/STADT_LAND/INDEX.HTML , 13.03.2017, 10:27	14
ABBILDUNG 3: ERGEBNIS DER URBAN-RURAL-TYPOLOGIE, QUELLE: STATISTIK AUSTRIA 2016A: 13	16
ABBILDUNG 4: BEST-PRACTICE-BEISPIEL FLIEß IN TIROL, QUELLE: MA21 2014B: 80F	25
ABBILDUNG 5: BEST-PRACTICE-BEISPIEL KABELWERK WIEN, QUELLE: MA21 2014B: 75 FF	31
ABBILDUNG 6: UNTERSCHIEDLICHE ROLLENVERSTÄNDNISSE, QUELLE: MA21 2014B: 101	33
ABBILDUNG 7: BEST-PRACTICE-BEISPIEL „WIENER MODELL“, QUELLE: MA21 2014B: 72F	36
ABBILDUNG 8: KOOPERATION VS. KONKURRENZ, QUELLE: MA21 2014B: 92	37
ABBILDUNG 9: WIENER STADTGEBIET MIT ABGEGRENZTEM UNTERSUCHUNGSGEBIET, QUELLE: HTTPS://WWW.WIEN.GV.AT/FLAECHE NWIDMUNG/PUBLIC/ , VERÄNDERT, STAND 01.04.2017, 10:00	40
ABBILDUNG 10: HISTORISCHE ORTSKERNE, QUELLE: MA18 2015: 44	42
ABBILDUNG 11: CHRONOLOGIE DES WACHSTUMS 1828-1938, QUELLE: MA18 2015: 53	45
ABBILDUNG 12: CHRONOLOGIE DES WACHSTUMS 1956-2012, QUELLE: MA18 2015: 53	50
ABBILDUNG 13: ECKDATEN ÜBER DAS KNÜPFWERK ATZGERSDORF, QUELLE: MA21 2014B: 36	52
ABBILDUNG 14: ECKDATEN ÜBER IN DER WIESEN OST, QUELLE: MA21 2014B: 44	54
ABBILDUNG 15: PROGRAMM DER PERSPEKTIVENWERKSTATT, QUELLE: MA21 2014A: 5	56
ABBILDUNG 16: STRUKTURPLAN GESAMT, QUELLE: MA18 2015: 86F	59
ABBILDUNG 17: NAHERHOLUNGSGEBIET AN DER LIESING, QUELLE: EIGENDARSTELLUNG	59
ABBILDUNG 18: ZENTREN UND QUARTIERE, QUELLE: MA18 2015: 82 FF	62
ABBILDUNG 19: PROJEKTE IN PLANUNG, QUELLE: MA18 2015: 91	65
ABBILDUNG 20: FÖRDERUNGEN DES STANDPUNKT LIESING, QUELLE: HTTP://WWW.STANDPUNKT- LIESING.AT/FOERDERUNGEN/ , 14.03.2017, 10:50	68
ABBILDUNG 21: SEGRO PARK WIEN LIESING, QUELLE: HTTP://WWW.STANDPUNKT- LIESING.AT/FILEADMIN/USER_UPLOAD/SEGRO_PARK.PDF , STAND 14.03.2017, 10:50	69
ABBILDUNG 22: FREIE IMMOBILIEN IM BETRIEBSGEBIET LIESING STAND 2013, QUELLE: HTTP://WWW.STANDPUNKT- LIESING.AT/FILEADMIN/USER_UPLOAD/DOWNLOADS/KARTE_LIESING_FREIE_IMMOBILIEN.PDF , STAND 14.03.2017, 10:50	72
ABBILDUNG 23: STEP 2025 – LEITBILD SIEDLUNGSENTWICKLUNG,, QUELLE: MA 18 2014: 67	74
ABBILDUNGEN 24-27: BRACHFLÄCHEN IM BEREICH BREITENFURTER STRAßE, QUELLE: EIGENDARSTELLUNG ..	75
ABBILDUNGEN 28-31: ORTSKERN VON ATZGERSDORF, QUELLE: EIGENDARSTELLUNG	76
ABBILDUNGEN 32-35: IN DER WIESEN ANFANG 2017, QUELLE: EIGENDARSTELLUNG	77
ABBILDUNGEN 36-37: EINFAMILIENHÄUSER IM BEREICH ALTMANNSDORFER STRAßE, QUELLE: EIGENDARSTELLUNG	78
ABBILDUNGEN 38-41: EINDRÜCKE IM GEWERBEGEBIET LIESING, QUELLE: EIGENDARSTELLUNG	79

10.2. Tabellenverzeichnis

TABELLE 1: ABGRENZUNGEN VON STADT IM EUROPÄISCHEN RAUM, QUELLE: PERLIK 2001: 62 – IN: HAHN 2014: 19F	12
TABELLE 2: KLASSEN DER URBAN-RURAL-TYPOLOGIE, QUELLE: STATISTIK AUSTRIA 2016A: 2	15
TABELLE 3: EINFLUSSFAKTOREN DER DICHTEWAHRNEMUNG, QUELLE: HUSEMANN 2005: 219	21

TABELLE 4: QUALITÄTSVOLLE INNENENTWICKLUNG VON STÄDTEN UND GEMEINDEN, QUELLE: EIGENDARSTELLUNG NACH HOCHSCHULE LUZERN 2014: 15 FF	23
TABELLE 5: FORMEN KOOPERATIVER DEMOKRATIE, QUELLE: BOGUMIL 2002 – IN: HAUS 2002: 157	28
TABELLE 6: GRUNDLEGENDE FORMEN KOOPERATIVER PLANUNG; QUELLE: MA21 2014B: 24 F.	32
TABELLE 7: VERFAHRENSBEZEICHNUNGEN VON „KOOPERATIVEN VERFAHREN“ IN WIEN, QUELLE: MA21 2014B: 25 FF	34
TABELLE 8: VOR- UND NACHTEILE KOOPERATIVER VERFAHREN, QUELLE: MA21 2014B: 104 FF	38
TABELLE 9: RÄUMLICHE PRINZIPIEN, QUELLE: EIGENDARSTELLUNG NACH MA18 2015: 62 FF	60
TABELLE 10: ÜBERBLICK ÜBER AUSGEWÄHLTE PARAMETER, QUELLE: MA18 2015: 90.....	67

10.3. Quellenverzeichnis

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (2005): Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover

Barsugila, M. ; Sturm, U. ; Schumacher, J. (2014): Qualitätsvolle Innenentwicklung von Städten und Gemeinden durch Dialog und Kooperation. Argumentarium und Wegweiser, Luzern

Bock, S. (2015): Kommunale Beteiligungskultur auf dem Prüfstand: Von Inseln der Beteiligung zu einer integrierten Beteiligungskultur, S. 103-113 – In: Ferz, S. ; Salicites, H. ; Storr, S. (Hrsg): Forschungen in Appropriate Dispute Resolution, Band 2. Mediation und BürgerInnenbeteiligung. Konsensorientierte Verfahren im urbanen Bereich, Wien

Directorate for Public Governance and Territorial Development (2010): OECD Regional Typology

Fassbinder, H. (1997): Stadtforum Berlin. Einübung in kooperative Planung – In: Harburger Berichte zur Stadtplanung Band 8, Hamburg

Frey, O. ; Koch, F. (2011): Die Zukunft der Europäischen Stadt. Stadtpolitik, Stadtplanung und Stadtgesellschaft im Wandel, Wiesbaden

Hahn, T. (2014): Neue Wiener Dichte. Städtebau im Zeitalter der Stadt, Wien

Haus, M. (2002): Bürgergesellschaft, soziales Kapital und lokale Politik – In: Haus, M. (Hrsg): Stadtforschung aktuell, Band 86, Opladen

Häußermann, H. (2011): Was bleibt von der europäischen Stadt?, S. 23-35 – In: Frey, O. ; Koch, F. (Hrsg): Die Zukunft der Europäischen Stadt. Stadtpolitik, Stadtplanung und Stadtgesellschaft im Wandel, Wiesbaden

Hummel, K. (2015): Demokratie in den Städten, Baden-Baden

Huning, S. (2004): Der Weg ist das Ziel: Planung als gemeinsames Handeln, S. 45-56 – In: Altrock, U. (Hrsg): Perspektiven der Planungstheorie, Berlin

Husemann, A. (2005): Die Wahrnehmung und Bewertung von verdichteten Stadtquartieren, Berlin

- Koch, F. (2010): Die Europäische Stadt in Transformation. Stadtplanung und Stadtentwicklungspolitik im postsozialistischen Warschau – In: Breckner, I. et. al. (Hrsg): Stadt, Raum und Gesellschaft, Wiesbaden
- Kunzmann, K.R. (2011): Die Europäische Stadt in Europa und anderswo, S. 36-54 – In: Frey, O. ; Koch, F. (Hrsg): Die Zukunft der Europäischen Stadt. Stadtpolitik, Stadtplanung und Stadtgesellschaft im Wandel, Wiesbaden
- Lendi, M. (2004): Grundorientierung für die Raumplanung/Raumordnung – Versuch einer Annäherung, S. 21-44 – In: Altrock, U. (Hrsg): Perspektiven der Planungstheorie, Berlin
- Linder, W. (2015): Demokratietheoretische Aspekte der Entscheidungsfindung im urbanen Raum, S. 3-13 – In: Ferz, S. ; Salicites, H. ; Storr, S. (Hrsg): Forschungen in Appropriate Dispute Resolution, Band 2. Mediation und BürgerInnenbeteiligung. Konsensorientierte Verfahren im urbanen Bereich, Wien
- Magistrat der Stadt Wien, MA 18 (1993): Kommunikation und Konflikte bei städtischen Planungen – In: Stadtplanung Wien. Beiträge zur Stadtforschung, Stadtentwicklung und Stadtgestaltung, Band 48, Wien
- Magistrat der Stadt Wien, MA 18 (2012): Werkstattbericht Nr. 127. Praxisbuch Partizipation. Gemeinsam die Stadt entwickeln, Wien
- Magistrat der Stadt Wien, MA 18 (2014): STEP 2025. Stadtentwicklungsplan Wien, Wien
- Magistrat der Stadt Wien, MA 18 (2015): Werkstattbericht Nr. 153. Perspektive Liesing. Strategieplan für einen Stadtteil im Wachsen, Wien
- Magistrat der Stadt Wien, MA 21 (2014 a): Perspektive Liesing. Ein Entwicklungskonzept für einen Stadtteil im Wachsen, Projektzeitung 1 August 2014, Wien
- Magistrat der Stadt Wien, Ma 21 (2014 b): Werkstattbericht Nr. 142. Evaluierung der kooperativen Verfahren. Endbericht, Wien
- Magistrat der Stadt Wien, MA 21 (2015): Perspektive Liesing. Ein Entwicklungskonzept für einen Stadtteil im Wachsen, Projektzeitung 2 Jänner 2015, Wien
- Magistrat der Stadt Wien, MA 21 (2016): Masterplan für eine partizipative Stadtentwicklung. Frühzeitiges Beteiligen bei städtebaulichen Planungs- und Widmungsprozessen (Entwurf), Wien
- Magistrat der Stadt Wien, MA 21b; Wirtschaftsagentur Wien; Wirtschaftskammer Wien (2011): SWOT-Analyse. Ressourcenschonendes Industriegebiet Liesing, Wien
- Müller, P. L. (2015): Urbane Ressourcen, Köln
- Oppl, F. (1982): Liesing: Geschichte des 23. Wiener Gemeindebezirkes und seiner alten Orte, Wien
- Quartiersmanagement Standpunkt Liesing (2013): Wirtschaft, die nachhaltig punktet, Wien

Roskamm, N. (2011): Dichte. Eine transdisziplinäre Dekonstruktion. Diskurse zu Stadt und Raum, Weimar

Statistik Austria (2016 a): Urban-Rural-Typologie, Wien

Statistik Austria (2016 b): Kurzbeschreibung internationaler Verfahren zur Klassifikation von Stadt und Land, Wien

Seethaler, U. (2015): Leitlinien zur Durchführung dialogorientierter Online-Beteiligungsprozesse, S. 85-89 – In: Ferz, S. ; Salicites, H. ; Storr, S. (Hrsg): Forschungen in Appropriate Dispute Resolution, Band 2. Mediation und BürgerInnenbeteiligung. Konsensorientierte Verfahren im urbanen Bereich, Wien

Selle, K. (2016): Kommunikative Interdependenzgestaltung in Prozessen der Stadtentwicklung. Eine Geschichte der Entdeckungen. Teil 1: Alle im Blick? Wie die Fachleute des Planens und Entwickelns der Akteursvielfalt gewahrt wurden, S. 1|18 – 18|18 – In: Ginski, S. et. al. (Hrsg): pnd online, Ausgabe II, 2016

Stelzer, H. (2015): Kann es eine „gerechte“ Entscheidungsfindung in Städten geben? S. 15-28 – In: Ferz, S. ; Salicites, H. ; Storr, S. (Hrsg): Forschungen in Appropriate Dispute Resolution, Band 2. Mediation und BürgerInnenbeteiligung. Konsensorientierte Verfahren im urbanen Bereich, Wien

Wukovitsch, F. (2011): Europäische Städte zwischen staatlich vermittelter Integration und neoliberaler Spaltung: Wandel der Wohnungs- und Quartierspolitiken, S. 86-100 – In: Frey, O. ; Koch, F. (Hrsg): Die Zukunft der Europäischen Stadt. Stadtpolitik, Stadtplanung und Stadtgesellschaft im Wandel, Wiesbaden

Visotschnig, E. (2015): Entscheidungen unter Mitwirkung Vieler, S. 29-39 – In: Ferz, S. ; Salicites, H. ; Storr, S. (Hrsg): Forschungen in Appropriate Dispute Resolution, Band 2. Mediation und BürgerInnenbeteiligung. Konsensorientierte Verfahren im urbanen Bereich, Wien

Internetquellen

<https://www.arl-net.de/> , Stand 31.03.2017, 11:00

<http://www.planung-neu-denken.de/> , Stand 31.03.2017, 11:00

<http://www.standpunkt-liesing.at/home/> , Stand 31.03.2017, 11:00

https://www.statistik.at/web_de/statistiken/index.html , Stand 31.03.2017, 11:00

<https://www.wien.gv.at/> , Stand 31.03.2017, 11:00

Experteninterviews

Dipl.-Ing. Volkmar Pamer, Zielgebietskoordinator für den 23. Wiener Gemeindebezirk, durchgeführt am 09.01. 2017, ab 10:00 Uhr

Dipl.-Ing. Elke Szalai, MA, Planung & Vielfalt in Wiener Neustadt, durchgeführt am 09.01. 2017, ab 13:30 Uhr

Ing. Mag. Andrés Pena, Quartiersmanager am Standpunkt Liesing, durchgeführt am 24.01.2017, ab 11:00 Uhr

11. Anhang

Zusammenfassung

Wien wächst. In den nächsten Jahren wird sich Wien weiter der „magischen“ Grenze von 2 Millionen Einwohnern nähern und diese laut Prognosen auch überspringen. Damit erfährt nicht nur das Umland, sondern erstmals seit längerer Zeit auch das Stadtgebiet einen signifikanten Bevölkerungszuwachs. Dieses Wachstum wird manche Bezirke stärker, manche schwächer beeinflussen.

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit dem Bezirk Liesing, genauer gesagt den Bezirksteilen Atzgersdorf, Erlaa, Inzersdorf, Liesing und Siebenhirten und geht der Frage nach, inwieweit kooperative Planung im Zuge der gewünschten Nachverdichtung vor Ort in den letzten Jahren stattgefunden hat und welche Veränderungen dadurch heute im Bezirk zu sehen sind. Demnach lautet die übergeordnete Forschungsfrage:

Inwieweit hat kooperative Planung unter Beachtung von Nachverdichtung im Untersuchungsgebiet stattgefunden?

Konkret untersucht werden das Konfliktpotential vor Ort zwischen Politik, Verwaltung und Bürgern, Schwerpunktsetzungen kooperativer Planungen und Bauvorhaben sowie die aktuelle Nutzung ausgewählter Flächen. Vor allem die beiden Schwerpunkte Atzgersdorf und In der Wiesen stechen mit ambitionierten Bauvorhaben hervor, die zum Teil bereits in der Bauphase sind. In einer Stadt wie Wien gibt es eine Vielzahl an Verfahren, deren Vor- und Nachteile umfassend behandelt werden sollen. Welches Verfahren in welcher Situation angewandt werden kann, muss vorab umfassend geklärt werden. Da die Umsetzung der geplanten Maßnahmen in diesen Bezirksteilen kontinuierliche Prozesse sind, werden Schritt für Schritt für die Stadt Wien, die Bezirkspolitik, die Fachöffentlichkeit und den Bürgern vor Ort Handlungsempfehlungen gegeben, die Altbewährtes miteinander verbinden, aber auch neuere Ansätze mit sich bringen sollen, die es leichter machen, kooperative Planung als das zu sehen, was es ist: ein permanenter Lern- und Wissensprozess der beteiligten Personen und Institutionen.

Abstract

Vienna is growing. In the next few years, Vienna will continue to approach the "magical" border of 2 million inhabitants and, according to forecasts, also skip them. Thus, not only the surrounding area, but also the urban area is experiencing a significant population growth for the first time in a long time. This growth will influence some districts more or less.

The present work deals with the district of Liesing, in particular the district parts of Atzgersdorf, Erlaa, Inzersdorf, Liesing and Siebenhirten, and examines the extent to which cooperative planning has taken place in the course of the desired redensification in the past years and what changes are made by it in the district. Accordingly, the overall research question is:

To what extent did cooperative planning take place with consideration of post-compaction in the investigation area?

Specifically, the potential for conflict between political, administrative and citizens, the focus of cooperative planning and building projects as well as the current use of selected areas are examined. Above all, the two main areas of Atzgersdorf and In der Wiesen stand out with ambitious construction projects, some of which are already in the construction phase. In a city like Vienna, there are a large number of procedures whose advantages and disadvantages are to be dealt with extensively. Which procedure can be applied in which situation must be clarified beforehand. Since the implementation of the planned measures in these district sections is a continuous process, the city of Vienna, the district politicians, the specialist public and the local people are given step - by - step recommendations on how to combine old fashioned and modern approaches to make it easier to see cooperative planning as what it is: a permanent learning and knowledge process of the persons and institutions involved.